

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Peter Gosztony

Der Volksaufstand in Ungarn 1956

Markus Wehner

Stalinistischer Terror

Genese und Praxis der kommunistischen Gewaltherrschaft  
in der Sowjetunion 1917–1953

Jan Foitzik

Sowjetische Hegemonie und Kommunismus  
in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg

Ulrich Mählert

Schauprozesse und Parteisäuberungen  
in Osteuropa nach 1945

B 37–38/96

6. September 1996

Peter Gosztony, Dr. phil., Dr. nat. oec, geb. 1931 in Budapest; 1956 als Reserve-Offizier der Ungarischen Armee Teilnahme am Volksaufstand; 1957 Flucht nach Österreich und in die Schweiz; seit 1963 Leiter der Schweizerischen Osteuropa-Bibliothek.

Veröffentlichungen u. a.: Endkampf an der Donau 1944/45, Wien 1968; Deutschlands Fremde Heere, Düsseldorf 1975; Die Geschichte der Roten Armee, Wien 1979; Stalins Fremde Heere, Bonn 1991.

Markus Wehner, Dr. phil., M. A., geb. 1963; Osteuropa-Historiker und Publizist; Studium der Osteuropäischen Geschichte, Politologie und Slawistik in Freiburg i. Br., Moskau und an der FU Berlin.

Veröffentlichungen zur sowjetischen Geschichte der zwanziger Jahre, zum Stalinismus, zur Geschichte der Kommunistischen Internationale, zur Geschichtsdebatte und Archivpolitik in Rußland seit der Perestroika; zuletzt: Bauernpolitik im „proletarischen Staat“. Die Bauernfrage als zentrales Problem der sowjetischen Innenpolitik 1921–1928 (i. E.).

Jan Foitzik, Dr. phil., M. A., geb. 1948; Studium der Politischen Wissenschaften, Geschichte und Philosophie in München und Mannheim; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München, Außenstelle Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40, Bonn 1986; Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949, München 1995.

Ulrich Mählert, Dr. phil., geb. 1968; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsschwerpunkt DDR-Geschichte im Arbeitsbereich IV des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung, Universität Mannheim; Redakteur von „Aktuelles aus der DDR-Forschung“ (erscheint dreimal jährlich in der Zeitschrift Deutschland Archiv).

Veröffentlichungen u. a.: Die Freie Deutsche Jugend 1945–1949. Von den „Antifaschistischen Jugendausschüssen“ zur SED-Massenorganisation: Die Erfassung der Jugend in der Sowjetischen Besatzungszone, Paderborn 1995; (zus. mit Gerd-Rüdiger Stephan) Blaue Hemden – Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Leverkusen 1996; (seit 1996 Mithrsg.) Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 1993 ff.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

## Der Volksaufstand in Ungarn 1956

### Eine Nation wehrt sich gegen die sowjetische Diktatur

Im Jahr 1956 befand sich die Volksrepublik Ungarn, jenes Land mit knapp zehn Millionen Einwohnern im Herzen des Donaupraumes, in einer äußerst kritischen politischen und moralischen Lage. 1945 war Ungarn von der Roten Armee besetzt worden. Nach der Vereinbarung der Siegermächte in Jalta und Potsdam wurde es wie alle seine Nachbarstaaten – ausgenommen Österreich –, der sowjetischen Einflußzone zugeordnet. Nach dem Krieg festigte die ungarische Kommunistische Partei mit Aufwand, aber beharrlich, ihre Position im Lande. Entgegen der Erwartung der Bevölkerung verließ die Rote Armee auch nach Inkrafttreten des Friedensvertrages Ungarn nicht. Moskau berief sich dabei auf seine Rechte, weiterhin Truppen in Rumänien und Ungarn zu unterhalten, und zwar zur Sicherung der Verbindungen zu seinen im Ostteil Österreichs stationierten Besatzungstruppen. Heute wissen wir, daß vor dem Volksaufstand 1956 in Ungarn vier sowjetische Divisionen dort ihre ständigen Garnisonen hatten<sup>1</sup>.

---

### Ungarn wird Volksdemokratie

---

Im Zuge der Entwicklung des Kalten Krieges beschleunigte die Kremlführung die Eingliederung der als Kriegsbeute erhaltenen europäischen Gebiete in ihren Machtbereich. Allein Marschall Titos Jugoslawien weigerte sich, die Moskauer Vorhaben zu erfüllen. In Ungarn wurde am 20. August 1949 die Volksdemokratie nach sowjetischem Muster proklamiert, und die ungarische KP übernahm die Ausübung der gesamten Macht im Lande. Ihre bisherigen Koalitionsparteien wurden vorerst in einem politischen Sammelsurium, genannt „Volksfront“, vereinigt und danach liquidiert.

Der aus dem Moskauer Exil nach Ungarn zurückgekehrte KP-Führer Mátyás Rákosi kopierte mit Hingabe die politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Einrichtungen der UdSSR in allen

Details, um seine Ergebenheit dem Kreml gegenüber zu beweisen. Die Folgen zeigten sich rasch, und sie waren für Ungarn verheerend: Die verordnete Planwirtschaft brachte das Land binnen weniger Jahre an den Rand einer Wirtschaftskrise; die Bauern zwang man in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, womit sie jegliches Interesse an der „Produktion“ verloren – etwa zehn Prozent der gesamten Ackerbodenfläche Ungarns lag 1955 brach<sup>2</sup>. Die „Rentabilität“ der Industrie ließ sich nur in Defizit-Zahlen ausdrücken. Eine getarnte Kriegsindustrie mußte rasch aus dem Boden gestampft werden. Zwischen 1949 und 1953 rechnete man in Moskau mit einem weltweiten Krieg, wobei Stalin auch Offensivpläne gegen das aus seinem Imperium ausgeschiedene Jugoslawien hegte<sup>3</sup>.

Ungarn war infolge seiner geopolitischen Lage somit zum „Frontstaat“ geworden. Die Ungarische Volksarmee mußte ab 1949 ausgebaut werden und hielt 1954 über 200 000 Soldaten unter Waffen<sup>4</sup>. Dazu kamen noch die Grenztruppe (etwa 20 000 Mann) und die Ordnungskräfte des Staatssicherheitsdienstes (ca. 14 000 Mann). Diese Aufrüstung hatte ihre Konsequenzen im ständig sinkenden Lebensstandard der „werkstätigen Bevölkerung“. Dieser ging trotz aller Versprechungen der KP ständig zurück und lag schließlich unter dem Niveau der Vorkriegsjahre. Noch schlimmer aber stand es aber um die Rechte der Staatsbürger. Die KP hatte nicht nur die Polizei und die Volksarmee unter ihrer „Obhut“, sondern verfügte auch über eine eigene Hausmacht, den Staatssicherheitsdienst (AVH)<sup>5</sup>. Diese Institution war dem Generalsekretär der KP, Mátyás Rákosi, unmittelbar unterstellt und de facto jeglicher Kontrolle entzo-

---

2 Vgl. János Berecz, *Ellenforradalom tollal és fegyverrel 1956* (Gegenrevolution mit Feder und Waffen 1956), Budapest 1981, S. 31.

3 Vgl. Charles Gati, *Hungary and the Soviet block*, Durham 1986.

4 Vgl. János Takács, *A Magyar Honvédség 1945 és 1956 között, az 1956 évi forradalom és szabadságharc* (Die Ungarische Armee zwischen 1945 und 1956. Die Revolution und Freiheitskampf 1956), Budapest 1994, S. 81.

5 Bis jetzt wurde in Ungarn nur eine Monographie über den Staatssicherheitsdienst publiziert: Mihály Berki, *Az Államvédelmi Hatoság*, Budapest 1993.

---

1 Vgl. Ignác Romsics, *Magyarország és a nagyhatalmak a 20. században* (Ungarn und die Großmächte im 20. Jahrhundert), Budapest 1995, S. 167.

gen. Während der siebenjährigen Herrschaft von Rákosi (1949 bis 1956) füllten sich die Kerker. Internierungslager und Arbeitslager wurden errichtet; die „Volksgerichte“ hatten mit der Verhängung von Todesstrafen viel zu tun.

Ab 1949 häuften sich in Ungarn die politischen Prozesse. Mit ihnen wollte man Macht demonstrieren und die Bevölkerung einschüchtern, was den Verantwortlichen auch gelungen ist. Sowohl Angehörige des hohen Klerus, sozialdemokratische Funktionäre, bürgerliche Politiker aller Schattierungen, der Wirtschaftssabotage angeklagte Ingenieure als auch führende Mitglieder der amtierenden Kommunistischen Partei (die „gestern“ noch Ministerposten inne hatten und „treue Genossen“ gewesen waren) wurden verhaftet und mußten sich in „Schauprozessen“ verantworten. Nach späteren offiziellen Angaben wurden allein zwischen 1952 und 1955 1 136 434 Menschen vor Gericht gestellt und davon etwa die Hälfte zu kürzeren oder längeren Freiheitsstrafen verurteilt<sup>6</sup>. Etwa ein Viertel der Bevölkerung war in dieser Zeit Polizeiverfolgungen und Schikanen seitens der Behörden ausgesetzt<sup>7</sup>.

Über diese „Epoche“ kommunistischer Herrschaft in Ungarn schrieb schon 1961 in Budapest ein ehemals führendes Mitglied der Partei, Sándor Nógrádi, in seinen Erinnerungen: „Die Mitglieder des Politbüros wurden niemals über die Zahl der Inhaftierten, Internierten und Deportationen in Kenntnis gesetzt. Für solche Maßnahmen hatten wir auch keine gesetzliche Grundlagen gehabt. Rákosi jedoch hielt sie für eine natürliche Folge der bisherigen revolutionären Entwicklung. Er vertrat die Ansicht, es gebe keine ‚revolutionäre Gesetzmäßigkeit‘. Die Leute sollen einfach lernen, daß wir hier die Diktatur des Proletariats haben.“<sup>8</sup> Und ein noch berühmterer Politiker urteilte: „Die Führungsqlique des Landes, im Monopolbesitz der Gewaltorgane, hielt es nicht mehr für erforderlich, daß Partei und Regierung das Vertrauen und die Unterstützung der werktätigen Massen für eine Politik erwarben, die angeblich das Interesse Ungarns und des Volkes berücksichtige und sich dieses Vertrauen mit ihrer tagespolitischen Aktivität immer wieder vom neuen sichere. Diese Politik

6 Vgl. J. Berecz (Anm. 2), S. 29.

7 Vgl. die Zahlenangaben von Iván Berend in: Történelem és Közgondolkodás. Tudományos tanácskozás, Eger, 1982 junius 16. – 18. (Geschichte und öffentliche Meinung. Wissenschaftliche Tagung, Eger, 16. – 18. Juni 1982), S. 179.

8 Sándor Nógrádi, Történelmi leckék (Historische Lektionen), Budapest 1961, S. 400.

ist kein Weg der Volksdemokratie mehr, sondern der Weg des Bonapartismus.“<sup>9</sup>

Diese Sätze stammen aus der Feder des ungarischen Kommunisten Imre Nagy, selber Moskauer Emigrant und seit 1945 wieder in Ungarn und Mitglied des Führungsgremiums der Parteileitung. Nach Stalins Tod 1953 wurde er für anderthalb Jahre – auf Moskaus Geheiß – Ungarns Ministerpräsident; er verfocht während seiner Amtsperiode eine humane sozialistische Politik. Er war eine Art Vorgänger von Alexander Dubček in Prag 1968. Unter Imre Nagy schien der Stern Rákosis zu verblassen, obwohl es dieser verstand, die Führung der KP weiterhin diktatorisch auszuüben. Während Nagys Amtszeit wurden etliche Reformen verfügt, die das Alltagsleben in der Volksrepublik erträglicher machten. Imre Nagy (1896–1958) genoß echte Popularität im Lande. Unter ihm hörten die üblen Machenschaften des Staatssicherheitsdienstes auf. Die Mitglieder des „ancien régime“ durften ihre Zwangssiedlungen verlassen. Nagy verkündete 1954 bei der Neugründung der „Ungarischen Volksfront“: „Wir sind alle Ungarn, ohne Unterschied, aus welchen Schichten wir stammen!“

Diese Aufgabe des Klassenkampfes nutzte Rákosi für seine Intrigenkampagne gegen Nagy in Moskau, den er im Kreml als „Abweichler von der Parteilinie“ bezeichnete. Im Frühjahr 1955 „siegte“ Rákosi in Moskau. Beeinflußt durch etliche weltpolitische Ereignisse – so die Ratifizierung der „Pariser Verträge“ der Westmächte, die u. a. der Aufstellung einer westdeutschen Armee den Weg ebneten – war Chruschtschow von seinen Widersachern im Politbüro gezwungen worden, dominanter in den europäischen Volksdemokratien aufzutreten. In Ungarn wurde Imre Nagy geopfert: Er mußte im April 1955 seine Demission einreichen. An seiner Stelle trat eine Kreatur von Rákosi – der 33jährige Parteifunktionär András Hegedüs. Nagy wurde nicht nur aus der Regierung entfernt, sondern auch aus der Partei. Im November 1955 wurde Nagy sogar unter Hausarrest gestellt. Er verfaßte diverse Denkschriften an das Politbüro der ungarischen KP, in denen er seine Reformpolitik vor der Partei zu rechtfertigen suchte<sup>10</sup>. Die Rákosi-Führung hingegen, die sich nun im Besitz der Macht und Gunst Moskaus wähnte, glaubte ihre Herrschaft für die Ewigkeit gesichert.

9 Imre Nagy, On Communism. In Defense of the New Course, New York 1957, S. 288.

10 Zu Einzelheiten siehe Dér Ferenc (Red.), Nagy Imre. Egy magyar miniszterelnök (Imre Nagy. Ein ungarischer Ministerpräsident), Pécs 1993.

---

## Stalins Verdammung in Moskau und deren Auswirkung auf Ungarn

---

In Moskau geschah aber etwas Unvorhergesehenes. Im Februar 1956 wurde der XX. Parteikongreß der sowjetischen KP abgehalten. Es war der erste Kongreß nach Stalins Tod. Das Hauptreferat hielt der Generalsekretär der KP, N. S. Chruschtschow – ein Ukrainer, der die „Erbschaft“ des Verstorbenen übernommen hatte. Am letzten Tag des Kongresses, als die offiziellen Redner nach kommunistischen Ritualen ihre Pflichtübungen vor den Delegierten absolviert hatten und sich für die Abreise vorbereiteten, wurden sie von Chruschtschow unerwartet zu einer zusätzlichen Sitzung zusammengerufen. Dies sollte eine Geheimsitzung sein – unter Ausschluß der Medien und der Öffentlichkeit. Man durfte auch keinerlei Notizen machen. Chruschtschow sprach vier Stunden lang zu den Versammelten, und was er sagte, verschlug manchen Zuhörern regelrecht den Atem: Chruschtschow rechnete an diesem 25. Februar 1956 mit dem bis jetzt als „Gott“ verehrten J. W. Stalin und seinen Führungsmethoden scharf ab. Anhand von bis dahin als Kremlgeheimnisse aufbewahrten Dokumenten entlarvte er seinen Vorgänger als Massenmörder, als blutrünstigen Diktator, der die UdSSR über 17 Jahre lang grausam regiert und Lenins Erbe verraten habe<sup>11</sup>.

Die Rede wurde bald im ganzen Sowjetimperium bekannt. Die Bevölkerung traf Chruschtschows Kritik an dem früheren „Gott“ der Sowjetunion hart. Und auch westliche Medien sorgten dafür, daß diese sensationelle Geheimrede bald mit den Einzelheiten der begangenen Verbrechen in den osteuropäischen Volksdemokratien publik wurde. Die dortigen spürten den offenbar bevorstehenden Kurswechsel in der Sowjetpolitik, waren aber unfähig, sich den neuen Anforderungen anzupassen.

Am 30. Juni 1956 begannen Unruhen in der polnischen Messe-Stadt Posen. Arbeiter und Studenten rebellierten gegen die Regierung. Nur mit Brachialgewalt und nach etwa 41 Toten konnte die Volksarmee zusammen mit dem Staatssicherheitsdienst die Ordnung wieder herstellen. Im Oktober 1956 kam es innerhalb der polnischen KP-Führung zu einer gefährlichen Spaltung zwischen „Falken“ und „Tauben“, letztere befürworteten eine reformfreundige Politik. Sie wünschten auch den National-

kommunisten Wladyslaw Gomulka (der seit 1951 verhaftet war) als neuen Parteichef sowie ein Ende der Sowjetisierung der Polnischen Volksarmee, in welcher beinahe 40 Prozent der höheren Chargen mit sowjetischen Generälen besetzt waren. Sogar der polnische Verteidigungsminister und Vize-Ministerpräsident war ein Sowjetmarschall: K. K. Rokossowski.

Die politische Krise in Warschau nahm Mitte Oktober 1956 ein solch gefährliches Ausmaß an, daß der sowjetische Verteidigungsminister Marschall Schukow die in Polen stationierten Sowjettruppen für eine eventuelle Intervention in Richtung Warschau in Marsch setzte. Chruschtschow kam mit großem Gefolge – uneingeladen – am 18. Oktober 1956 nach Warschau und versuchte dort, mit Zugeständnissen die Lage zu meistern: Gomulka wurde am 20. Oktober als Parteichef von Chruschtschow bestätigt und die Polnische Volksarmee durfte sich von ihren sowjetischen Befehlshabern „verabschieden“. Daraufhin kehrten die Sowjetdivisionen in ihre Garnisonen zurück.

Rumänien und die Tschechoslowakei verhielten sich zu dieser Zeit noch ruhig. Die politischen Führungen dort verstanden es, jegliche Regung von Oppositionellen mit polizeilichen Maßnahmen zu verhindern. Ganz anders lagen indessen die Dinge in der Volksrepublik Ungarn. Schon im Frühjahr 1956 und insbesondere im Frühsommer war aus den Reihen der Studenten, Schriftsteller und anderen Intellektuellen im Rahmen des „Petöfi-Kreises“ (eine Art Diskussionsforum unter Obhut des Kommunistischen Jugendverbandes) heftiger Protest gegen Rákosi, seine Politik und seine Führungsmethoden erhoben worden. Man forderte eine rasche und radikale Durchführung der sogenannten „Entstalinisierung“ in Ungarn, die auch mit dem Wunsch verbunden war, Rákosi sollte endlich seinen Hut nehmen und abdanken. Er war in den Augen der Reformkommunisten ein „abgewirtschafteter Politiker“.

In Moskau hatte man ein erstaunlich klares Bild von der politischen Lage in Ungarn. Seit einiger Zeit amtierte in Budapest als Sowjetbotschafter Jurij Andropow, der spätere KGB-Chef der Sowjetunion. Er riet seinen Vorgesetzten, Rákosi nach Möglichkeit von seinem Posten abuberufen, um damit die rebellierenden Gemüter im Lande besänftigen zu können. Zwei sowjetische Politbüromitglieder – Anastaz Mikojan und Mihail Suslow – reisten daraufhin im Juli 1956 nach Budapest. Das Fazit ihrer Mission war: Rákosi mußte seinen Posten räumen und wurde sicherheitshalber

---

11 Vgl. Chruschtschow erinnert sich. Die authentischen Memoiren, hrsg. von Strobe Talbott, Reinbek 1992, insbes. die Geheimrede, S. 489–546.

nach Moskau gebracht. Er starb im sowjetischen Exil am 2. Februar 1971<sup>12</sup>.

Nun machten jedoch die Moskauer Emissäre einen verhängnisvollen politischen Fehler: Statt Imre Nagy oder den damals noch wenig bekannten János Kádár zum Chef der ungarischen KP zu machen, setzten sie an Rákosis Stelle seinen Stellvertreter (und Vertrauten Moskaus), den 58jährigen Ernő Gerő ein, der keinerlei Popularität in der ungarischen Bevölkerung hatte. Gleichwohl versuchte er sich „reformfreudig“ zu geben und baldige Erfolge zu erzielen. Unter seiner Führung wurde eine Hinwendung zu Marschall Tito und die Versöhnung mit Jugoslawien eingeleitet, mit dem das kommunistische Ungarn seit 1949 in einem „kalten Krieg“ gelebt hatte. Gerő war bereit, dafür alle finanziellen Forderungen Belgrads an die Ungarn zu begleichen. Auf Drängen der Reformkommunisten wurde im August der Rehabilitierungsprozeß mit neuem Elan angegangen; Hunderte politische Gefangene konnten die Gefängnisse verlassen<sup>13</sup>.

Der prominenteste der KP-Märtyrer, der als „Titoist“ im Oktober 1949 hingerichtete László Rajk, und seine Genossen wurden ebenfalls rehabilitiert. Am 6. Oktober 1956 wurde in Budapest für Rajk und drei seiner Hauptmitangeklagten ein großes Staatsbegräbnis organisiert. Es war eine gespenstische Szene: Die Trauerreden hielten dieselben Genossen, die 1949 im Politbüro für die Verurteilung Rajks und seiner Gefährten gestimmt hatten. Etwa 80 000 Ungarn nahmen an diesem Staatsakt teil – beängstigend für die Machthaber, denn die Menschen standen als lebendes Mahnmal, um gegen die bisherige Politik der KP zu demonstrieren. Am selben Tag ließ Gerő vier Staatssicherheitsdienst-Offiziere verhaften<sup>14</sup>. Sie sollten als späte Sündenböcke für Rajks Verhaftung zur Rechenschaft gezogen werden. Damit hoffte Gerő die Massen zu besänftigen. Er irrte sich jedoch gewaltig. All diese Gesten der neuen Führung kamen zu spät und zu spärlich. Sie beeinflussten die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung nicht mehr. Überall wurden kleine „Petöfi-Kreise“<sup>15</sup> gebildet – Debattierklubs, wo die Unzu-

friedenen ihre Sorgen um die Zustände im Lande offen kundtun konnten. Auch die Parteiversammlungen wurden dramatisch.

Die treibende Kraft in dieser vorrevolutionären Periode war zweifellos die Studentenschaft. Am 15. Oktober hatten Studenten aus Szeged in Süd-Ungarn ihren Austritt aus dem von der KP gesteuerten „Verband der Werktätigen Jugend“ erklärt und eine eigene Studentenvereinigung gegründet. Die politische Monopolstellung der KP wurde damit infrage gestellt. Am 22. Oktober schlossen sich die Budapester Studenten ihren Kommilitonen von Szeged an und formulierten ihre Forderungen an die Partei und Regierung in Form eines 16-Punkte-Programms. Darin verlangten sie nicht nur Reformen und Demokratisierung staatlicher Institutionen, sondern auch grundlegende politische Änderungen in Ungarn, u. a. freie Wahlen unter Einbeziehung demokratischer Parteien und vor allem – nach dem Beispiel Österreichs – den Abzug aller sowjetischen Truppen aus Ungarn.

Um ihren Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen, beschlossen sie am folgenden Tag eine Massendemonstration vor dem Denkmal des polnischen Generals Joseph Bem (in ungarischen Diensten während des Freiheitskampfes gegen Habsburg 1848/49) abzuhalten. Es sollten auch Jungarbeiter und Offiziersschüler an dieser Manifestation teilnehmen. Die Einladungen wurden durchwegs positiv beantwortet.

---

## Der Kollaps der Machthaber

---

Ernő Gerő kam am Tag der Demonstration von einem Besuch Titos nach Budapest zurück. Hastig erklärten die Genossen dem Generalsekretär die innenpolitische Lage. Gerös erste Maßnahme war, die Demonstration durch Innenminister László Piros verbieten zu lassen. Die Sicherheitslage war kritisch: Die Ungarische Volksarmee befand sich im Herbst in einer Phase völliger Reorganisation. Durch die Verminderung der Zahl der Offiziere und die Auflösung einzelner Garnisonen war die Stimmung bei der Armee auf dem Nullpunkt angelangt<sup>16</sup>. Der Budapester Polizeipräsident, Oberst Sándor Kopácsi (ein Anhänger von Imre Nagy), erklärte klipp und klar: Die städtische Polizei sei nicht gewillt, mit Brachialgewalt gegen die

12 Siehe die neueste Biographie über Rákosi: Pünkösti Árpád, Rákosi a csúcson (Rákosi, an die Spitze der Macht), Budapest 1996.

13 Vgl. Péter Gosztony, Föltámadott a tenger ... 1956 (1956: Das Meer hat sich erhoben), München 1981, S. 58.

14 Vgl. Vladimir Farkas, Nincs mentés (Es gibt keine Entschuldigung), Budapest 1990, S. 438.

15 Sándor Petöfi (1825–1849), ungarischer Dichter, Freiheitskämpfer gegen Habsburg, gefallen gegen russische Truppen im Juli 1849 am Ende des Freiheitskampfes in Siebenbürgen.

16 Vgl. J. Takács (Anm. 4), S. 122 (Ungarns Volksarmee zählte im Oktober 1956 nur 120 000 Mann).

Demonstranten vorzugehen<sup>17</sup>. Was den Staatssicherheitsdienst betraf, so befanden sich in Budapest lediglich drei, aufgrund der staatlichen Sparmaßnahmen unvollständig aufgefüllte Ordnungsbataillone. Der Chef des Staatssicherheitsdienstes, Oberst István Hárs, war erst einige Tage in seinem Amt. Gerö versuchte dennoch, auf seine Art, die Lage zu meistern: Einerseits ließ er über den Rundfunk am Nachmittag des 23. Oktober die Aufhebung des Demonstrationsverbotes verkünden, andererseits wandte er sich um Hilfe an die Budapester Sowjetbotschaft. Gerö bat um militärische Unterstützung, indem er den Einsatz von Teilen der in Ungarn stationierten sowjetischen Divisionen nach Budapest anzuordnen wünschte.

Die Sowjets beobachteten seit Spätsommer 1956 mit stets größerer Sorge die innenpolitische Lage in Ungarn. Nicht nur Andropow alarmierte die Moskauer Zentrale, auch der Chef des KGB, Generalleutnant Iwan Serow, kam im August 1956 insgeheim nach Ungarn. Im Herbst 1955 war die Zahl der in Ungarn stationierten drei sowjetischen Divisionen auf vier angewachsen, wozu noch eine Reihe Sondertruppen kam<sup>18</sup>. Diese Verbände wurden in einem „Besonderem Armeekorps“ zusammengefaßt und dem sowjetischen Generalstab in Moskau direkt unterstellt. Ungarn war wegen seiner geopolitischen Lage – von Moskau aus betrachtet – der „weiche Unterleib des Sowjetimperiums“, hatte es doch gemeinsame Grenzen mit dem (bürgerlichen) Österreich und dem (unberechenbaren) Jugoslawien. Die Offiziere im Stabe des „Besonderen Armeekorps“ spürten höchstpersönlich die feindselige Stimmung der Ungarn ihnen gegenüber sowie vor allem die angespannte politische Lage in der Volksrepublik<sup>19</sup>.

Heute, da die Moskauer Archive über die Ereignisse von 1956 größtenteils Forschern zugänglich sind, wissen wir, daß Chruschtschow in den frühen Abendstunden des 23. Oktober durch eine direkte telephonische Leitung mit Ernö Gerö gesprochen hatte und zur Kenntnis nahm, daß dieser wegen der angespannten Lage in Ungarn am Moskauer Treffen der Chefs der osteuropäischen KP's nicht teilnehmen könne. Der sowjetische Generalstab ließ das Oberkommando des „Besonderen Armeekorps“ in Stuhlweißenburg schon in den Vormittagsstunden des 23. Oktober 1956 in den Alarmzu-

stand versetzen. Der sowjetische Operationsplan „Kompaß“ – im Sommer 1956 ausgearbeitet – trat in seine erste Phase<sup>20</sup>. Die Sowjets waren also rechtzeitig vorbereitet – sie rechneten allerdings bei ihren Aktionen mit einer kraftvollen Unterstützung seitens der ungarischen bewaffneten Kräfte.

---

## Von der Revolution zum Freiheitskampf

---

Am Nachmittag des 23. Oktober kam es in vielen Teilen der Hauptstadt zu Demonstrationen. Arbeiterdelegationen und Abordnungen der Offizierschüler beteiligten sich daran. Flugblätter mit dem 16-Punkte-Programm der Studentenschaft wurden verteilt; ihr Inhalt fand überall Zustimmung. Die roten Fahnen, die hier und dort noch zu sehen waren, verschwanden; die Fahnen mit den ungarischen Nationalfarben dominierten<sup>21</sup>. Die Stimmung der bis zum Spätabend in der Hauptstadt versammelten etwa 300 000 Menschen war fröhlich und zuversichtlich. Die Polizei griff nirgendwo ein; sie hatte auch keinen Grund dazu. Auf Veranlassung des Innenministers war das Versammlungsverbot doch wieder zurückgenommen worden.

Vor dem Parlamentsgebäude warteten etwa 100 000 Menschen auf das Erscheinen Imre Nagys, dessen Äußerungen zu den Ereignissen sie hören wollten. Er kam, als es schon dunkel war. Von den Geschehnissen offensichtlich überwältigt, schien er verwirrt; in seiner kurzen Ansprache versuchte er, die Menge zu beschwichtigen. Am 13. Oktober war er wieder in die KP aufgenommen worden. Er fühlte sich, obwohl er in dieser Stunde noch keinerlei Parteifunktionen besaß, der Parteidisziplin bereits verpflichtet. So versprach er, für die Forderungen der Studentenschaft im Politbüro, wo man ihn schon erwartete, ein gutes Wort einzulegen und bat die Bevölkerung, „Ruhe und Ordnung“ zu bewahren. Die Versammelten nahmen Nagys Rede mit sichtlicher Enttäuschung auf. Man folgte

20 In diesem Operationsplan war bestimmt worden, wie das „Besondere Armeekorps“ im Falle von eventuellen Unruhen in Budapest vorzugehen hätte. Kern der Planung war: Die ungarischen Ordnungstruppen sollten mit den Rebellen „aufräumen“, während einzelne sowjetische Truppenteile die ungarischen bewaffneten Kräfte nur durch ihre Machtdemonstration unterstützen sollten. Generalleutnant a.D. Malaschenkos Mitteilung gegenüber dem Verf. in Moskau, März 1993.

21 Über die Ereignisse dieses Tages berichtet detailliert László Varga, *Az elhagyott tömeg* (Die verlassene Menge), Budapest 1994.

17 Mitteilung von Sándor Kopácsi an den Verf., Toronto, Oktober 1979.

18 Insgesamt befanden sich etwa 50 000 Rotarmisten in Ungarn.

19 Oberst i. G. Malaschenko (heute pensionierter Generalleutnant der Ex-Sowjetarmee in Moskau) gegenüber dem Verf. in einem Gespräch vom März 1992.

seiner Bitte nicht: Ein Teil der Versammelten zog in Richtung Stadtpark, wo ein riesiges Stalin-Standbild, für die Ungarn ein Symbol der kommunistischen Unterdrückung, noch am selben Abend von seinem Sockel gestürzt wurde.

An jenem Abend kam es zu ersten Gewalttätigkeiten. Der Staatssicherheitsdienst bot zur Bewachung des Rundfunkgebäudes seine Ordnungskräfte auf. Etwa 300 AVH-Leute versuchten, ohne eine andere Möglichkeit zu erwägen, das Rundfunkgebäude mit wiederholten Gewehrsalven gegen die immer größer werdende Menge zu verteidigen. Dies war der Funke im Pulverfaß für die sich nun rapid entwickelnden Ereignisse. Die Belagerer des Rundfunkgebäudes ließen sich auch von den Schüssen nicht verjagen. Der Staatssicherheitsdienst war ohnehin bei allen Schichten der Bevölkerung bar jeglicher Popularität. Zivilpersonen beschafften sich innerhalb einer Stunde Waffen und Munition aus naheliegenden Polizeiposten und Kasernen bzw. bis Mitternacht aus Waffen- und Munitionsfabriken in Budapester Vororten. Auch die Nachtschicht der Arbeiter eilte geschlossen ihren Landsleuten zur Hilfe. Die bis 19 Uhr am 23. Oktober noch friedfertige Menge vor dem Rundfunkgebäude wurde nun zur bewaffneten Stoßtruppe der Revolution. Man wollte das Gebäude besetzen, um das 16-Punkte-Programm der Studentenschaft, jetzt zu einem National-Programm geworden, dem ganzen Lande bekanntzugeben<sup>22</sup>.

Ernö Gerö ließ nun die Ungarische Volksarmee alarmieren. Als wäre die Parteileitung plötzlich ins Jahr 1917 zurückversetzt, ließ das Politbüro noch in der selben Nacht ein Partei-Militär-Komitee bilden. Nicht der Innen- und der Verteidigungsminister, sondern dieses Komitee von „hartgesottene(n) und wie die Fakten zeigten: völlig unfähigen) Bolschewiken“ sollte die Unruhen in kürzester Zeit mit Brachialgewalt beenden. Das Chaos bei den Regierenden wurde damit aber nur noch größer. Befehle und Anordnungen kreuzten sich und bewirkten letztlich eine Stärkung der Position der revoltierenden Budapester.

Die ersten Heereseinheiten der Ungarischen Volksarmee, die um Mitternacht in Budapest eintrafen und zum Rundfunkgebäude dirigiert wurden, kamen zwar mit gepanzerten Fahrzeugen an, führten aber, auf Anordnung ihrer Befehlshaber,

keine Munition mit sich. Sie wollten ohne Anwendung von Gewalt Herr der Lage werden. In den Augen der Machthaber versagten sie aber jämmerlich. Die Soldaten versuchten nämlich erst gar nicht, die Befehle ihrer Kommandanten auszuführen. Vielmehr gingen sie auf die Seite der „Aufständischen“ über. Auch für sie war der Staatssicherheitsdienst eine verabscheuungswürdige Institution.

Daraufhin ließ Gerö die Sowjettruppen nach Budapest beordern. Die ersten Panzer des Besonderen Armeekorps erreichten Budapest in den frühen Morgenstunden des 24. Oktober. Sie irrten vorerst in den dunklen Straßen der Stadt herum, denn ein genauer Einsatzplan und entsprechende Befehle fehlten. Sogar die Karten, die die Einheitskommandeure vom Budapester Straßennetz mit sich führten, stammten noch aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges und waren – angesichts der vielen neuen Straßen- und Platznamen in der Hauptstadt – für sie völlig nutzlos<sup>23</sup>. Als in den Vormittagsstunden des 24. Oktober die Sowjets endlich das Rundfunkgebäude erreicht hatten, war dieses schon von den Ordnungstruppen des Staatssicherheitsdienstes aufgegeben worden und ungarische Volksarmisten bewachten das leere Gebäude. Die Sendeanlage war in der Nacht zerstört worden. Die aufständischen Sieger konnten mit dem Rundfunkhaus nichts anfangen – sie gingen einfach auseinander.

Die sowjetischen Truppen in Budapest – vorerst nur acht Regimenter – erhielten erst um ca. elf Uhr Schießbefehl. Bis zu diesem Zeitpunkt begnügten sie sich damit, auf den Ringstraßen der Hauptstadt „Flottenparade“ abzuhalten, also ihre Stärke zu demonstrieren. Sie waren überzeugt, daß – wie kurz vorher im Juni 1953 in Ost-Berlin – die geballte Masse einiger sowjetischer Panzer-Regimenter genügen würde, die ungarische Bevölkerung zu erschrecken und einzuschüchtern. Alles weitere sollte dann die Aufgabe des ungarischen Staatssicherheitsdienstes sein – so wie der Staatsterror gegen die eigene Bevölkerung auch in der DDR praktiziert worden war.

Aber Generalleutnant Laschtschenko irrte sich. Die Budapester Zivilisten – meist junge Leute: Arbeiter, Angestellte und Studenten – waren bereits am 24. Oktober größtenteils bewaffnet. Sie holten ihre leichten Infanteriewaffen aus den Kasernen der Volksarmee und aus den Waffenfa-

22 Vgl. dazu ausführlich: György Litván/János M. Bak (Hrsg.), Die Ungarische Revolution 1956. Reform, Aufstand, Vergeltung, Wien 1994. Es ist zur Zeit das beste und ausführlichste Buch über Ungarns Volksaufstand in deutscher Sprache.

23 Über den Einsatz der sowjetischen Truppen in Ungarn 1956 siehe Peter Gosztony, Szovjet csapatok Magyarországon 1956 (Sowjetische Truppen in Ungarn 1956), in: Társadalmi Szemle, (1993) 1, S. 65–80.



briken in den Vororten von Budapest. Als die Russen in Budapest auftauchten, wurden sie noch aufgebracht; jetzt war auch ihr nationaler Stolz verletzt: Was sie mit „ihrer Regierung“ vorhatten, ging die Russen nach ihrer Meinung überhaupt nichts an. Sie wollten mit der Partei wie mit dem verhaßten Staatssicherheitsdienst abrechnen. Die jungen Ungarn griffen daher die ihre Macht demonstrierenden Sowjets an. Deren Kommandeur Laschtschenko befahl seinen Truppen, ohne vorher in Moskau zu fragen: „Wenn ihr unter Feuer genommen werdet – schießt zurück!“<sup>24</sup> Damit begann der Kampf. Die Revolution in Ungarn wurde gleichzeitig zum Freiheitskrieg zwischen Magyaren und Sowjetrussen.

Als bald staunte man in Moskau nicht wenig darüber, daß Zivilisten militärisch so geschickt gegen fremde Truppen vorgehen konnten. Man vermutete allen Ernstes, daß „westliche, imperialistische Diversanten“, ehemalige königliche Offiziere – also militärisch ausgebildete Führer – von Österreich her im Herbst 1956 nach Ungarn eingeschleust, die Kommandeure der „bewaffneten Banditen“ wären. Sowjetoberst Malaschenko, der seinen Befehlsstand im Gebäude des ungarischen Generalstabes im Regierungsviertel einrichtete, verlangte von seinen Aufklärern, solche „westliche Diversanten“ ausfindig zu machen und gefangenzunehmen. Er selbst wollte sie verhören. Er wunderte sich dann sehr, als die ihm im Laufe des 24. Oktober vorgeführten ungarischen Gefangenen junge Männer waren: Arbeiter und Studenten. Man hatte anscheinend in Moskau und bei der Sowjetarmee vergessen, daß die Sowjets es selber waren, die großen Wert darauf gelegt hatten, der ungarischen Jugend zwischen 1949 und 1956 für einen „kommenden Krieg“ eine solide militärische Grundausbildung und insbesondere Partisanentaktik zu vermitteln. Kein einziger westlicher „Diversant“ oder Ex-Offizier der 1945 untergegangenen königlichen Armee konnte in Ungarn während der Dauer des Volksaufstandes von ungarischen oder sowjetischen Stellen ausfindig gemacht werden. Es gab nämlich keine.

Mit dem Erscheinen der sowjetischen Militäreinheiten in Budapest änderte sich der Charakter der ungarischen Ereignisse. Sie wurden zu einem Volksaufstand und gleichzeitig zu einem Freiheitskampf gegen die fremden Invasoren. Überall in der Millionenstadt, vor allem in den von Arbeitern bewohnten Vorstädten, wurden kleinere oder größere bewaffnete Gruppen freiwillig gebildet. Sie wurden geführt von demokratisch gewählten Per-

sonen, die sich in der Gruppe Autorität hatten verschaffen können. Nicht nur Arbeiter, Studenten und Angestellte waren in diesen bewaffneten Kampfformationen, sondern auch Volksarmee-Offiziere und einfache Soldaten der ungarischen Armee. Diese Tatsache unterscheidet den Ungarn-Aufstand ganz wesentlich vom 17. Juni 1953 in der DDR, wo die dortige Volksarmee sich bedingungslos den fremden Besatzern wie dem Partei-Terror fügte.

Bereits im Laufe des 24. Oktober konnten seitens der Aufständischen Erfolge erzielt werden. Sie stellten Fallen für sowjetische Panzereinheiten auf; sie bewirkten mit selbstgebastelten Brandflaschen („Molotow-Cocktails“) schwere Ausfälle an Menschen und Material und erbeuteten massenweise sowjetisches Kriegsgerät. Es kamen nicht nur Handfeuerwaffen, sondern auch Panzerabwehr-Geschütze, später sogar intakte Panzer und zwei Raketenwerfer in ihre Hände. Offiziere und Soldaten der Sowjettruppen waren überrascht von einer solchen Abwehrkraft und Abwehrmoral. In der ganzen Stadt begannen die Kämpfe. Laut Oberst Malaschenko hatte die Sowjetarmee auch am 25. Oktober lediglich acht Regimenter in Budapest. Die Ungarische Volksarmee hielt sich auffallend von jeglichen Kampfhandlungen fern, und auch die Polizei verschwand aus dem Straßensbild. Die Truppen des Staatssicherheitsdienstes zogen sich nach ihrer Schlappe beim Rundfunkgebäude in ihre Kasernen zurück. Nicht wenige von ihnen verließen eigenmächtig ihre Einheit und desertierten<sup>25</sup>.

Die ungarischen Machthaber verließen sich jetzt vollends auf die sowjetische Unterstützung. Am 25. Oktober trafen in Budapest, aus Moskau eingeflogen, die Politbüromitglieder Suslow und Mikojan ein. Mit ihnen kam auch der stellvertretende Chef des sowjetischen Generalstabes, Generaloberst Mihail Sergejewitsch Malinyin und Generalleutnant des KGB, Iwan Serow. In den Moskauer politischen und militärischen Kreisen wollte man einfach nicht glauben, daß die mittlerweile zehn sowjetischen Regimenter unfähig seien, in Budapest die „Ordnung“ wiederherzustellen. Inzwischen flammten die Kämpfe auch außerhalb von Budapest auf. In verschiedenen Gegenden des Landes kam es zu Zusammenstößen zwischen Sowjets und Ungarn, zwischen Zivilisten und der Staatssicherheit. Insbesondere wurde in „sozialistischen“ Industriezentren erfolgreich gekämpft.

<sup>24</sup> So die Mitteilung eines ehemaligen AVH-Leutnants (1990 AVH-Generalmajor, heute Pensionär) an den Verf., 1993.

<sup>24</sup> Mitteilung Malaschenkos an den Verf., März 1993.

Seit dem 24. Oktober 1956 zerfiel Tag für Tag das ungarische kommunistische Regime. Die KP mit ihren 900 000 Mitgliedern löste sich einfach auf. Der Staatssicherheitsdienst – nachdem er noch einige Blutbäder in diversen Provinzstädten inszeniert hatte – fiel vollends auseinander. Imre Nagy verhandelte permanent mit den sowjetischen Emissären, die ihrerseits durch ihre Budapester Botschaft ständig mit dem sowjetischen Politbüro in Verbindung waren. In Moskau tagte es seit dem 24. Oktober ununterbrochen; es kam dort zu heftigen Debatten, um das weitere Vorgehen in Ungarn zu bestimmen<sup>26</sup>. Die Protokolle dieser Sitzungen sind erst 1995 im Kremlarchiv gefunden und 1996 in Budapest durch einen russischen Historiker veröffentlicht worden<sup>27</sup>.

Die Scharfmacher im sowjetischen Politbüro wollten in Ungarn mit militärischer Gewalt siegen. Marschall Schukow ließ vorsorglich ab dem 27. Oktober etwa zehn Divisionen (zwei Feldarmeen) um Ungarn herum aufmarschieren, darunter auch Elite-Einheiten der Luftstreitkräfte der Sowjetarmee. Andere Politbüromitglieder wiederum hätten – im Schatten des sich anbahnenden Nahostkrieges gegen Ägypten – es lieber gesehen, wenn man die Lage in Ungarn lediglich mit „politischen Mitteln“ beherrschen würde. Am 28. Oktober sah es noch so aus, als ob die „Tauben“ im Politbüro den Sieg errungen hätten. Nagy bekam durch das noch immer in Budapest weilende Politbüromitglied Anastas Mikojan freie Hand, die Lage in Ungarn auf möglichst „friedlichem Wege“ zu meistern. Daraufhin wechselte Nagy sofort sein Hauptquartier, verließ die Parteizentrale und zog ins nahegelegene Parlamentsgebäude, um von dort aus sein Regierungsamt ausüben zu können. Er fühlte sich somit in erster Linie als ungarischer Staatsmann. Nagy sprach am 28. Oktober im Budapester Rundfunk zur Bevölkerung. Er verkündete triumphierend, die Revolution habe gesiegt. Er sei bereit, die meisten wichtigen Forderungen der Aufständischen zu erfüllen. Der Staatssicherheitsdienst werde mit sofortiger Wirkung aufgelöst. Die Sowjets hätten versprochen, ihre Truppen innerhalb von zwei Tagen aus Budapest abziehen. Verhandlungen würden in den nächsten Tagen geführt, um den Abzug der Sowjet-Armee aus Budapest und später aus ganz

Ungarn zu erreichen. Ein Waffenstillstand wurde verkündet. Die Schaffung einer neuen Ordnungspolizei wurde proklamiert. Ihre Mitglieder würden aus Vertretern der Polizei, der Armee und aus den aufständischen bewaffneten Gruppen bestehen.

Im ganzen Land wurden diese Mitteilungen mit Jubel begrüßt. Das Oberkommando des sowjetischen Besonderen Armeekorps begann in der Tat am 29. Oktober, die Truppen aus einzelnen Budapester Bezirken abzuziehen, und am Abend des 30. Oktober räumten die fremden Truppen Budapest gänzlich. An diesem Tage schaffte Imre Nagy das bisherige Einparteiensystem ab und verkündete die baldige Bildung einer breiten Koalitionsregierung unter Einbeziehung von bürgerlichen und sozialdemokratischen Politikern. Am gleichen Tag wurde der von den Kommunisten 1949 zu lebenslänglicher Haft verurteilte und in den letzten Jahren in einem Landhaus in der Nähe von Budapest festgehaltene Kardinal Joseph Mindszenty von einer ungarischen Panzereinheit befreit und nach Budapest gebracht.

---

## Politisches Intermezzo mit tragischen Konsequenzen

---

In den Nachmittagsstunden des 29. Oktober begann im Nahen Osten der Krieg zwischen Israel und Ägypten – letzteres damals ein Verbündeter der Sowjetunion. Israelische Truppen stießen bis zum Suez-Kanal vor. Briten und Franzosen schickten sich an, auf Seiten Israels den ägyptischen Staatspräsidenten Nasser zu einem Waffenstillstand zu zwingen und zugleich die Neutralisierung des Suez-Kanals zu erreichen. Ihr Ziel war die Wiederentstehung der „Suez-Kanal-Gesellschaft“, die Nasser im Juli 1956 enteignet hatte. Es war nun klar, daß diese Staaten die politische Krise der Sowjets in Ungarn zu nutzen gedachten, um ihrer Aktion gegen Ägypten zum Siege zu verhelfen.

Die sowjetische Haltung gegenüber Ungarn und Imre Nagys Reformpolitik wurde daraufhin in Moskau Ende Oktober erneut überprüft. Das Politbüro tagte permanent. Am 31. Oktober wurde die Entscheidung getroffen. Chruschtschow hatte vor den Anwesenden betont: „Wenn wir jetzt, da der Westen im Nahen Osten seine eigene ‚Politik‘ macht, Ungarn räumen würden, stellen wir uns nur bloß. Unsere Partei würde nie verstehen, daß wir unsere Position nicht nur in Ägypten, sondern auch in Ungarn den westlichen Imperialisten aus-

26 Vgl. Hegedüs B. András (Hrsg.), *Döntés a Kremlben 1956. A szovjet pártelnökség vitái Magyarországról* (Beschlüsse des Kremls 1956. Die Debatten des sowjetischen Politbüros über Ungarn), Budapest 1996.

27 Diese aufregende Dokumentensammlung hatte ein junger russischer Historiker, Wjatscheslaw Sereda, unlängst – im Winter 1995/96 – in Moskau zufällig entdeckt.

liefern.“<sup>28</sup> Marschall Schukow hatte sofort zugestimmt. Man überlegte, wie man in den nächsten Tagen in Ungarn vorgehen sollte: Man müßte Zeit gewinnen und geeignete Leute für eine neue pro-sowjetische Regierung finden, die mit sowjetischer Unterstützung bereit und in der Lage wären, rasch die „volksdemokratische Ordnung“ wiederherzustellen. Insbesondere die sowjetischen Militärs befürchteten, daß, sollte Ungarn aus dem Sowjetimperium ausscheiden, dies bei den anderen Volksdemokratien einen „Domino-Effekt“ hervorrufen würde<sup>29</sup>. Chruschtschow hatte sich noch in dieser Sitzung dahingehend geäußert, daß man Imre Nagys Popularität bei der Bevölkerung nützen sollte. In der neu zu bildenden pro-sowjetischen Regierung könnte man ihn vielleicht – wenn er „mitmacht“ – als Vize-Ministerpräsidenten verwenden.

Die Organisation einer „Arbeiter- und Bauern-Regierung“ nach sowjetischem Muster wurde sofort in Angriff genommen. Nach langem Hin und Her hatte man als Chef dieser Marionetten-„Regierung“ János Kádár gewinnen können. Er war seit dem 25. Oktober 1956 Generalsekretär der ungarischen KP und Minister in der Nagy-Regierung.

Marschall Iwan Konjew, Oberbefehlshaber des Warschauer Paktes, erhielt den Befehl, den Truppenaufmarsch gegen Ungarn zu intensivieren. Er begab sich am 1. November nach Ungarn. Losschlagen wollte man am 4. November. Konjew ließ aus dem Karpatischen Militärbereich eine Schützen- und eine Panzer-Armee aufmarschieren. Der Operationsplan „Wirbelsturm“ (Ungarns militärische Niederwerfung) wurde in größter Eile ausgearbeitet. Demnach sollten am 4. November 1956 nicht weniger als 16 Divisionen gegen das „sozialistische Bruderland“ Ungarn losschlagen.

Am 1. November 1956 begab sich Chruschtschow mit Malenkow und Molotow insgeheim auf eine Reise. In Brest besprach er die „Lösung der ungarischen Frage“ mit Gomulka, Ulbricht und dem tschechischen Parteichef Nowotny. Molotow reiste anschließend nach Bukarest und unterrichtete die rumänischen und bulgarischen Genossen über die bevorstehende Intervention in Ungarn. Chruschtschow und Malenkow konferierten auf der Adria-Insel Brioni in einer Nachtsitzung vom 2. auf den 3. November auch mit Marschall Josip Broz Tito, um seine „Genehmigung“ zu Ungarns militä-

rischer Niederwerfung einzuholen – die sie von Tito auch erhielten<sup>30</sup>. Hier erreichte Chruschtschow überdies die Nachricht, daß es seinen Budapester KGB-Agenten gelungen sei, János Kádár dazu zu bewegen, alle Verbindungen zu Imre Nagy abzubrechen; Kádár sei schon unterwegs nach Moskau. Dort hatte man eigentlich leichtes Spiel in Ungarn: Die Westmächte reagierten nur mit leeren Worten auf die Ereignisse in Budapest. Für sie war und blieb Ungarn „sowjetisches Interessengebiet“.

Zum ungarischen Freiheitskampf sind heute auch die Akten der USA einsehbar. Aus ihnen geht hervor, daß Washingtons diesbezügliches Interesse beschämend minimal war<sup>31</sup>. Am 25. Oktober ließ Präsident Eisenhower in einem Pressecommuniqué zwar die „Freiheitsliebe“ der Ungarn öffentlich rühmen; am 27. Oktober sagte Außenminister Dulles Ungarn wirtschaftliche Unterstützung zu, schloß aber gleichzeitig jegliche militärische Hilfe aus. Er deklarierte eindeutig: Die amerikanische Militärdoktrin, kommunistischen Aggressionen mit einer Nuklear-Drohung entgegenzutreten, könne „selbstverständlich“ nicht in jeder Situation angewendet werden<sup>32</sup>.

---

## Der sowjetische Aufmarsch

---

Dem Aufmarsch der sowjetischen Truppen, der bereits in vollem Gange war, wollte die Regierung Nagy vorerst mit diplomatischen Mitteln entgegenwirken. Nagy selbst verkündete Ungarns Austritt aus dem Warschauer Pakt, um somit Moskau das Recht zu nehmen, Truppenkonzentrationen auf dem Gebiet eines „Bruderlandes“ vorzunehmen. Er proklamierte am 1. November auch Ungarns Neutralität parallel zum österreichischen Staatsvertrag von 1955 und verlangte, die „Ungarnfrage“ auf die Tagesordnung der UNO zu setzen. Er besprach sich mehrmals mit Botschafter Andropow und wartete auf ein Zeichen aus Moskau. Andropow wich jedoch stets aus; seine Aufgabe war, Nagy zu beruhigen, um für die Realisierung des Operationsplans „Wirbelsturm“ Zeit zu

30 Vgl. Veljko Mićunovic, Tito követe voltam Moszkvában 1956–1958 (Ich war der Botschafter von Tito in Moskau 1956–1958), Budapest 1990, S. 11.

31 Vgl. John P. Glennon (Hrsg.), Foreign Relations of the United States, 1955–1957. Volume XXV. Eastern Europe, Washington 1990.

32 Vgl. László Borhi, Az Egyesült Államok és a szovjet zóna, 1945–1990 (Die USA und die sowjetische „Zone“, 1945–1990), Budapest 1994, S. 56.

28 H. B. András (Anm. 26), S. 62.

29 Vgl. Anatoli Gribkow, Der Warschauer Pakt. Geschichte und Hintergründe des östlichen Militärbündnisses, Berlin 1995, S. 30.

gewinnen. Endlich überraschte er Imre Nagy mit der „freudigen“ Nachricht: Eine hochkarätige sowjetische Militärdelegation sei in Budapest eingetroffen, die den Auftrag habe, mit Regierungsvertretern über die Modalitäten des sowjetischen Truppenabzugs aus Ungarn zu verhandeln.

Die Verhandlungen begannen in der Tat vielversprechend. Da alle Fragen am 3. November zwischen den beiden Delegation nicht geklärt werden konnten, schlug Armeegeneral Malinin, der Chef der sowjetischen Delegation, vor, man solle die Verhandlungen abends im sowjetischen Hauptquartier unweit von Budapest in Tököl fortsetzen. Die Ungarn zögerten, doch dann gaben sie nach. Kaum waren die Ungarn im Verhandlungsraum von den Sowjets empfangen worden, wurden sie durch KGB-General Iwan Serow verhaftet. Damit verloren die ungarischen bewaffneten Kräfte auf einen Schlag ihr gesamtes Führungsgremium.

Am frühen Morgen des 4. November 1956 gab Marschall Konjew den Befehl zur Auslösung der Operation „Wirbelsturm“<sup>33</sup>. Mit wenigen Ausnahmen wurden alle ungarischen Kasernen ohne Waffengewalt eingenommen, die Volksarmisten entwaffnet und in ihren Quartieren eingesperrt. Die Flughäfen waren schon 48 Stunden vorher von sowjetischen Panzern umstellt worden. Jeglicher Flugverkehr mit dem Ausland – es handelte sich hier um Hilfsleistungen aus dem Westen – mußte eingestellt werden. Der Angriff auf Budapest wurde um 4.30 Uhr ausgelöst. Konjew rechnete auch hier mit nur geringem Widerstand, den er mit dreieinhalb Divisionen unter Generalleutnant Laschtschenko innerhalb von wenigen Tagen bezwingen wollte. Er irrte sich. Der ungarische Generalstab konnte zwar im sowjetischen Hauptquartier festgesetzt und somit jeglicher organisierter militärischer Widerstand ausgeschaltet werden, aber die Kämpfe in der Hauptstadt dauerten länger als eine Woche. Die Aufständischen – hauptsächlich Zivilisten und einzelne Armeeangehörige – fügten dabei den Sowjets empfindliche Verluste zu<sup>34</sup>.

33 Vgl. E. I. Malaschenko, *Osobyj Korpus v ogne Budapesta* (Das Besondere Armeekorps im Kampf um Budapest), in: *Woennoj istoričeskij zurnal*, (Moskau), (1994) 1, S. 30–36.

34 Nach ungarischen – inoffiziellen – Angaben: Über 300 Tote und 1 000 Verwundete; etwa 300 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge wurden meistens mit Brandbomben („Molotow-Cocktails“) vernichtet. Nach sowjetischen offiziellen Angaben aus dem Jahr 1993 betrug die sowjetischen Militärverluste zwischen dem 23. Oktober und dem 15. November 1956: 669 Gefallene, 1 540 Verwundete, 51 Vermißte (Offiziere und Soldaten). (Vjaceszlav Szereda/Alekszandr Sztikalín (Red.): *Hiányzó lapok 1956 történetéből*. Dokumentu-

Imre Nagy räumte am 4. November seinen Amtssitz im Parlamentsgebäude und versuchte, mit Botschafter Andropow in Kontakt zu treten. Als dies mißlang, nahmen er und seine Mitarbeiter das von Botschafter Soldatić angebotene Asyl in der jugoslawischen Botschaft in Budapest an. Er wußte nicht, daß auch dies eine Falle, ein zwischen Tito und Chruschtschow vorher ausgehandeltes „Spiel“ war: Man wollte vorerst Nagy von den Ereignissen im Lande fernhalten, ihn auf neutralen Boden locken und politisch ausschalten.

Am 11. November hörte der militärische Widerstand in Budapest auf, am 13. November auch auf dem Lande. Die sowjetische militärische Übermacht hatte gesiegt. Die westliche Öffentlichkeit, die Politiker wie die intellektuelle Elite, tat, was sie bis in die jüngste Gegenwart immer tat: Sie protestierte heftig und ging den Konsequenzen aus dem Wege. Die internationale Diplomatie bemühte sich – nachdem Präsident Eisenhower am 4. November wiedergewählt worden war und die USA ihre außenpolitische Tätigkeit erneut voll aufgenommen hatten –, den Nahost-Krieg so rasch wie möglich zu beenden, was ihr auch, zugunsten von Präsident Nasser, bis Ende Dezember 1956 gelang.

Was Ungarn betraf, so lagen hier die Dinge anders. In den Vereinten Nationen wurde die Ungarn-Frage im Interesse der Koexistenzpolitik der Großmächte geschickt verzögert, diplomatisch verschleppt und Ende des Jahres 1957 auf ein „Nebengeleis“ geschoben, um sie schließlich zu vergessen. Der Westen hatte ganz offensichtlich kein Interesse daran, nationale Freiheitsbewegungen an den Rändern des sowjetischen Imperiums zu unterstützen.

---

## Das Kádár-Regime

---

Die Regierung Kádár war anfänglich nur als Provisorium gedacht. Chruschtschow hatte eine ungünstige Meinung über ihn: „Bei uns könnte ein solcher Mann nicht einmal Rayon-Partei-Sekretär sein!“, meinte er Ende November 1956, als er insgeheim nach Budapest gekommen war<sup>35</sup>. Die Kádár-Regierung bestand entweder aus Altstalinisten der Rákosi-Ära oder aus unbedeutenden Funktionären, die im Land überhaupt kein Anse-

mok a volt SZKP KB levéltárából [Fehlende Blätter aus der Geschichte von 1956. Dokumente aus dem Ex-Archiv der KPdSU], Budapest 1993, S. 142.)

35 Chruschtschow erinnert sich (Anm. 11), S. 328.

hen hatten. Imre Nagy weigerte sich, an dieser Marionettenregierung teilzunehmen und damit den Volksaufstand vor aller Welt zu desavouieren. Aus denselben Gründen weigerte er sich, offiziell zu demissionieren.

Obwohl nach der militärischen Niederwerfung des Volksaufstandes der passive Widerstand breiter Schichten der Bevölkerung noch monatelang anhielt, Streiks organisiert wurden und es immer wieder zu Massendemonstrationen gegen die Regierung Kádár kam, so erschien ein anhaltender Widerstand aufgrund der Weltlage wie der rasch zunehmenden innenpolitischen Repressionen als letztlich hoffnungslos. Am 1. Mai 1957 konnte sich Kádár bereits vor einer großen Menge „Werkstätiger“ zeigen: Er verdamnte den Volksaufstand als „Gegenrevolution“ und verkündete die Festigung der „volksdemokratischen Ordnung“ in Ungarn. Imre Nagy saß zu dieser Zeit der wiederbeginnen- den sozialistischen „Ordnung“ mit seinen Anhängern in einem Budapester Gefängnis. Kádárs feierliches öffentliches Versprechen, man würde niemanden wegen seiner Teilnahme an den „Oktober-Ereignissen 1956“ zur Rechenschaft ziehen<sup>36</sup>, war längst „vergessen“. Justizwesen und Innenministerium waren inzwischen von reformfreudigen Elementen administrativ und polizeilich gesäubert worden. Kádár konnte bereits einen Rachefeldzug gegen seine eigenen Landsleute beginnen – und zwar ohne daß Moskau dies besonders gewünscht hätte.

Es sollen dazu hier nur die ersten offiziellen, im Jahre 1990 publizierten Angaben zitiert werden, die nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in Ungarn bekannt wurden und keineswegs als endgültige Rechenschaft gelten: Zwischen 1956 und 1961 wurden etwa 300 Personen hingerichtet<sup>37</sup>, darunter auch Imre Nagy und General Pál Maléter. 26 Offiziere und Soldaten endeten ihr Leben am Galgen, auch 14 Frauen wurden in der kommunistischen Terror-Justiz gehenkt<sup>38</sup>. Zu langjährigen Haftstrafen wurden etwa 20 000 Menschen verurteilt; 15 000 kamen für kürzere oder längere Zeit in Internierungslager. Von der „antifaschistischen“ Linken in Westeu-

ropa wurden die Verbrechen des „roten Faschismus“ weitgehend ignoriert. Noch vor der Sperrung der Staatsgrenzen nach Westen und Süden, also nach Österreich und Jugoslawien im März 1957, verließen nicht weniger als 211 000 Ungarn ihre Heimat, um den politischen Verfolgungen im kommunistischen Ungarn zu entgehen<sup>39</sup>. Die Verfolgungen wurden auch auf Familienmitglieder der Opfer ausgedehnt. Nach Nazi-Manieren wurde „Sippen-Haft“ eingeführt. 1963 gewährte das Kádár-Regime eine Amnestie für die aus politischen Gründen Verhafteten und Internierten – aber nur deswegen, weil die Regierung von der westlichen Staatengemeinschaft (vor allem von den USA) politisch akzeptiert werden wollte. Man brauchte dringend westliche Kredite, um die marode ungarische Volkswirtschaft wieder in Schwung zu bringen.

Kádár – bis zu diesem Zeitpunkt ein politisch verhaßter Mann in Ungarn – wandelte sich in den nächsten Jahrzehnten zu einer Art Landesvater. Mit westlichen Krediten – die eigentlich der ungarischen Wirtschaft hätten zugute kommen sollen – ließ Kádár den Lebensstandard der „Werkstätigen“ stabilisieren, dann erhöhen. Der ungarische „Gulaschkommunismus“ wurde Ende der sechziger Jahren geboren. Und János Kádár verkündete lautstark seine politische Parole: „Wer nicht gegen uns ist – ist für uns!“ In der Gesellschaft und bei den Massenmedien ließ er einen frischeren Wind wehen, westliche Auslandsreisen wurden genehmigt, und er machte die siebziger Jahre zu einer relativ repressionsfreien Zeit in Ungarn.

Trotz eines gewissen eigenständigen politischen Kurses wurden die Bindungen zu den Sowjets nicht lockerer, sondern eher enger. Ein Truppenabkommen vom Mai 1957 regelte die „provisorische Stationierung“ sowjetischer Truppen in Ungarn. Dieses „Provisorium“ dauerte bis zum Juni 1991. Sowjetische Wirtschaftsfachleute mischten sich in die ungarische ökonomische Entwicklung ein. Die wirtschaftlichen Reformpläne der Ungarn Ende der sechziger Jahre wurden vorerst gestoppt – nur langsam, in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, duldeten man deren Fortsetzung. Ungarn mußte die sowjetischen politischen Expansionsabsichten in Afrika und in Nordvietnam finanziell massiv unterstützen, obwohl es bereits Mitte der siebziger Jahre begann, alle ökonomi-

36 Vgl. Regierungsprogramm der „Ungarischen Revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung“ (Kádár-Gruppe) vom 4. November 1956 in Szolnok; insbesondere Abschnitt Nr. 3, in: 1956 plakátjai és röplapjai (Die Plakate und Flugblätter von 1956), Budapest 1991, S. 345.

37 Nach dem letzten Stand der Forschung (Juli 1996) wurden 402 Personen hingerichtet, drei starben im Kerker.

38 Vgl. Tibor Gellért/Attila Burillák, Szolgálatteljesítés közben életüket áldozták, 1945–1980 (Sie opferten ihr Leben während ihrer militärischen Dienstzeit, 1945–1980), Budapest 1989, S. 68–69.

39 Vgl. G. Litván/J. M. Bak (Anm. 22), S. 158; ferner Peter Gosztöny, A magyar Golgota. A politikai megtorlások vázlatos története Magyarországon 1849 – től 1963 – ig (Das ungarische Golgota. Skizzenhafte Aufarbeitung der politischen Verfolgungen in Ungarn von 1849 bis 1963), Budapest 1993, insbesondere das Kapitel: „1956“.

schen Reserven zu verschwenden und mit stets größerem Tempo in eine allgemeine Wirtschafts- und Finanzkrise zu geraten.

Politisch schlug Kádár einen klugen Weg ein: Er schloß in den siebziger Jahren mit breiten Schichten der Bevölkerung einen „Burgfrieden“. Diese ließ die Kommunisten nach ihrer Façon politisieren, dafür durfte sie sich an der allgemeinen Korruption in der Volkswirtschaft ihren Anteil sichern. Es entstanden Privathöfe, auf denen die Bauern für Gewinn arbeiteten, während die Felder der Genossenschaft nur nebenbei bearbeitet wurden. Mit einiger Geschicklichkeit und „sozialistischen Nepotismus“ wurden Tausende von Wochenend-Häusern aus staatlichen Mitteln gebaut, Pkws eingekauft – dies alles zu Lasten der sozialistischen Volkswirtschaft, die zur „nationalen Kuh“ der cleveren Bevölkerung wurde. Die stillschweigende Zulassung all dessen durch das Regime lieferte die Grundlage für die Bewertung János Kádárs im Volksmund als „Unser guter König János“. Ungarns Auslandsschulden jedoch kletterten in den Jahren von 1974 bis 1978 von einer Milliarde US-Dollar auf acht Milliarden, um schließlich im Jahre 1990 20 Milliarden US-Dollar zu erreichen<sup>40</sup>.

Die große politische Wende in Ost- und Mitteleuropa 1989 traf die KP-Spitzen dieser Länder wie ein Paukenschlag. Unfähigkeit, Chaos und Panik-

40 Vgl. Andreas Oplatka, *Der Eiserner Vorhang reißt. Ungarn als Wegbereiter*, Zürich 1990.

stimmung beherrschte die Szene. János Kádár mußte miterleben, daß der Volksaufstand 1956 neu bewertet wurde<sup>41</sup>. Er galt seit März 1989 nicht mehr als „reaktionäre Gegenrevolution“, sondern als eine von einer breiten Bevölkerungsschicht getragene Volkserhebung, ja als eine *Revolution!* Die KP begann wieder, sich aufzulösen; massenhaft verließen die Mitglieder die „Ungarische Sozialistische Arbeiter-Partei“. Kádár wurde abgelöst<sup>42</sup>. Lediglich das Ehrenamt eines Parteipräsidenten besaß er noch. Sein geistiger Zustand wurde von Tag zu Tag schlechter.

Imre Nagy und alle, die zwischen 1957 und 1961 von Kádárs Schergen hingerichtet worden waren, wurden im Mai 1989 exhumiert und nach einem würdevollen öffentlichen Staatsakt am 16. Juni 1989 feierlich bestattet. Kádárs Parteifreunde wollten diese Szene dem KP-Veteranen ersparen; er sollte Ungarn für diese Zeit verlassen. Kádár lehnte ab. Zur selben Stunde, da Ungarns Oberstes Gericht den gesamten Nagy-Prozeß von 1958 als Farce für null und nichtig erklärt bzw. Nagy und seine Gefährten – einschließlich der Hingerichteten – öffentlich rehabilitiert hatte, – am 7. Juli 1989 – verstarb Kádár, 77 Jahre alt, geistig völlig verwirrt in einem Budapester Hospital.

41 Zu Einzelheiten vgl. Imre Pozsgay, *Politikus-pálya a pártállamban és a rendszerváltásban* (1989. Politiker-Laufbahn im Parteistaat und in der Zeit des Regimewechsels), Budapest 1993.

42 Vgl. András Kanyó (Red.), *Kádár János-Végakarat* (János Kádár-Testament), Budapest 1989.

Markus Wehner

## Stalinistischer Terror

### Genese und Praxis der kommunistischen Gewaltherrschaft in der Sowjetunion 1917–1953

Wie immer man den Begriff „Stalinismus“ definieren mag, dem hohen Maß staatlich ausgeübter Repression muß dabei zentrale Bedeutung zukommen. Massenverhaftungen und -erschießungen, Haft in Gefängnissen und im GULag (dem Straflagersystem in der UdSSR), Deportation und Verbannung sowie eine Hungerkatastrophe, die durch die Politik der Führung verschuldet war, trafen viele Millionen Menschen. Der Terror des Regimes hatte erhebliche demographische, soziale und kulturelle Auswirkungen. Unter ihnen litten nicht nur diejenigen, die das Vierteljahrhundert stalinistischer Herrschaft seit Stalins „Revolution von oben“ (1928–1932) bis zu seinem Tod 1953 überlebten, sondern auch die folgenden Generationen.

Die Wende des Jahres 1989 und der Untergang des Sowjetkommunismus haben den Blick für Ausmaß und Bedeutung der stalinistischen Gewaltherrschaft in der Sowjetunion und ab 1945 in ihren Satellitenstaaten freigemacht und eine Auseinandersetzung mit dem Stalinismus ermöglicht, die nicht mehr von den ideologischen Gefechten des Kalten Krieges dominiert ist. Die Öffnung der Archive im Osten Europas erlaubt es, bisherige Forschungen zu erweitern, Mechanismen der Gewaltausübung aufzudecken und sowohl verharmlosende als auch überzogene Interpretationen zu korrigieren.

Dieser Aufsatz soll anhand neuer Veröffentlichungen russischer und westlicher Historiker sowie eigener Archivstudien den stalinistischen Terror in der Sowjetunion in seiner Entstehung und seinen wichtigsten Erscheinungen skizzieren<sup>1</sup>. Auf Forschungskontroversen wird nur am Rande eingegangen; Die zeitgenössische Rezeption der stalinistischen Gewaltherrschaft im Westen, insbesondere durch die politische Linke, kann hier nur gestreift werden. Die Auseinandersetzung mit dem stalinistischen Terror in der UdSSR und im

heutigen Rußland wird am Ende des Beitrags resümiert.

---

#### I. Voraussetzungen der Gewaltherrschaft im sowjetischen Stalinismus

---

Um den Ursprüngen der Gewalt im Stalinismus auf die Spur zu kommen, ist es unverzichtbar, sowohl die historischen Umstände der russischen Revolution als auch die ideologischen Ziele der Bolschewiki zu betrachten. Die Oktoberrevolution war mehr als ein Staatsstreich einer Handvoll gewaltbereiter Revolutionäre. Sie resultierte aus ungelösten Problemen des Russischen Reiches, den Versäumnissen seiner Regierungen, der Reformunwilligkeit der letzten Zaren und vor allem aus dem verlorenen Weltkrieg. Die politische Ordnung Rußlands hatte sich schon vor dem Oktober 1917 aufgelöst, die radikalisierten Massen betrieben die gesellschaftliche Umwälzung. Unter diesen Voraussetzungen konnte sich die entschiedenste Partei der Linken, die Bolschewiki, durchsetzen.

Das gesellschaftspolitische Projekt der Bolschewiki wurzelte vor allem in der marxistischen Theorie. Aus ihr bezogen sie ihre utopischen Vorstellungen von einer rational durchorganisierten Gesellschaft und einem „neuen Menschen“. Als urbane, auf die Arbeiterschaft orientierte Partei sahen sie diesen im klassenbewußten Proletarier. Die neue Gesellschaft sollte in der sozialistischen Stadt leben, die von moderner Technik und Industrie geprägt sein würde. Zwischen den Zielen des Projekts und den gesellschaftlichen Ausgangsbedingungen Rußlands zu Beginn des 20. Jahrhunderts bestand allerdings eine Kluft, die größer kaum zu denken war. Die Bolschewiki sahen sich mit einem Land konfrontiert, dessen Bewohner zu mehr als vier Fünfteln Bauern waren. Der russische Bauer, meist Analphabet und den patriarchalischen Strukturen des Dorfes verhaftet, stand der Utopie vom „neuen Menschen“ diametral entgegen. In ihm sahen die Bolschewiki den Träger von

1 Für die westliche Literatur zum Stalinismus vgl. Jörg Baberowski, *Wandel und Terror: die Sowjetunion unter Stalin 1928–1941*. Ein Literaturbericht, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, 43 (1995), S. 97–129; zur Forschung in Rußland 1992–1995 vgl. John Keep, *Der Stalinismus in der neueren russischen Literatur*, in: *Neue Politische Literatur*, 40 (1995) 3, S. 421–440.

Kleinbürgerlichkeit, Religiosität und Besitzstreben. Um in der Bauernschaft ein sozialistisches Bewußtsein zu schaffen, bedurfte es ihrer radikalen Umformung. Nur so konnten sozialistische Industrie und Planwirtschaft Wirklichkeit werden. Der Bolschewik Wladimir Miljutin schrieb 1919: „Die Individualwirtschaft des Bauern kann keineswegs als Stützpunkt der sozialistischen Industrie dienen. Die organisierte Industrie kann und darf nicht von den Schwankungen des Kleinbesitzes abhängig sein, der heute Rohmaterial für die Industrie liefert, es morgen vorenthält.“<sup>2</sup>

Das Proletariat, das die Bolschewiki als ihre Stütze betrachteten, war eine kleine Minderheit der Bevölkerung Rußlands. 1913 machte es 2,5 Millionen von 130 Millionen Einwohnern aus. Der russische Arbeiter war zudem noch „halbbäuerlich“, seine Identität bezog er meist noch aus dem Dorf. Die Chancen für einen raschen Übergang der russischen Gesellschaft zum Sozialismus standen also schlecht. Die Bolschewiki betrachteten ihre Partei jedoch als „Avantgarde“ und „soziale Inkarnation der Arbeiterklasse“ – ein ideologischer Kunstgriff, mit dem sie ihre mangelnde gesellschaftliche Verankerung zu kompensieren suchten. Die marxistische Utopie und das Avantgardekonzept der Bolschewiki hatte für ihr Verhältnis zur Gewalt direkte Folgen: War die „Diktatur des Proletariats“ eine vom Lauf der Geschichte bestimmte Notwendigkeit, so konnte man mit dem historischen Recht auf seiner Seite gegen die Feinde der Revolution vorgehen.

Die Genese der bolschewistischen Gewaltherrschaft wurde auch von den Umständen der russischen Revolution bestimmt: Mit dem Ersten Weltkrieg wurde in Europa zum ersten Mal das moderne Massentöten praktiziert. In Rußland sollte diese Gewalt bis in die zwanziger Jahre nicht abebben. Im Gegenteil: Dem Weltkrieg folgte ein grausamer Bürgerkrieg, der die Gesellschaft bis in die einzelnen Familien in Freund und Feind spaltete. Bolschewistischer „roter“ und antirevolutionärer „weißer“ Terror standen sich in ihrer Menschenverachtung nichts nach. Ziel der Kämpfe zwischen den verschiedenen Kräften, denen Hunderttausende zum Opfer fielen, war die Vernichtung des Gegners; ein Menschenleben zählte nichts mehr. „Der Bürgerkrieg kennt kein geschriebenes Gesetz“, erklärte der Bolschewik Martin Lazis im August 1918 in der Zeitung „Iswestija“. „Alle in den Kämpfen gegen dich verwundeten Feinde abschlachten – das ist das Gesetz

des Bürgerkriegs... Im Bürgerkrieg gibt es keine Gerichte für Gegner. Der Kampf geht auf Leben und Tod.“<sup>3</sup>

Für die Bolschewiki war der Bürgerkrieg – nach den Jahren in Exil und Untergrund, in zaristischen Gefängnissen und der Verbannung – die zweite große Schule ihrer Politik. Er war ein Erfolgserlebnis, das Identität und Mythos der heroischen Partei, ihre organisatorischen Strukturen und Methoden der Herrschaftsausübung entscheidend prägte. Während des Krieges weiteten sie ihre Revolution auf das breite Land aus, bauten eine riesige Bürokratie und eine Millionenarmee auf – Organisationen, auf die sie in Krisenzeiten als Ersatz für die fehlende Unterstützung der Bevölkerung bauen konnten<sup>4</sup>. Sozialer Fortschritt, das bewiesen in den Augen der Bolschewiki Revolution und Bürgerkrieg, war ohne Gewaltanwendung nicht zu haben. Man setzte diese Gewalt nicht nur gegen den militärischen Gegner ein, sondern gegen den Klassenfeind, gegen Adel und Bourgeoisie, gegen die Mitglieder anderer Parteien wie Sozialdemokraten oder Sozialrevolutionäre, gegen alle Feinde der Revolution.

Eine zentrale Rolle für die Ausübung des Terrors kam dem Geheimdienst Tscheka zu, der „Außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung von Konterrevolution“. Sie wurde im Dezember 1917 im revolutionären Petrograd gegründet. Als die Tschekisten im März 1918 mit der Sowjetregierung nach Moskau umzogen, hatte ihr Leiter, der polnische Kommunist Felix Dsershinski, nicht mehr als 120 Mann unter seinem Befehl. Doch schon in den nächsten Monaten erfolgte ein rascher Aufbau der Tscheka-Organen, die nun den „roten Terror“ gegen die Klassenfeinde ausübten. Bis Ende 1921 war der Apparat der Tscheka einschließlich ihrer Sondertruppen auf 143 000 Personen angewachsen<sup>5</sup>. Der Geheimdienst war 1918–1921 in Rußland zum gefürchteten Unterdrückungsapparat geworden.

Die Fixierung der Bolschewiki auf militärische Problemlösungen zeigte sich auch im Verhalten gegenüber dem Dorf. Seit dem Frühjahr 1918 beschlagnahmte eine „Versorgungsarmee“ das

3 Iswestija vom 23. August 1918, zit. nach Isaac Steinberg, Gewalt und Terror in der Russischen Revolution (Oktoberrevolution oder Bolschewismus), Berlin 1931, S. 59.

4 Vgl. Moshe Lewin, The Civil War, in: Diane Koenker/William Rosenberg/Ronald Suny (Hrsg.), Party, State, and Society in the Russian Civil War, Bloomington – Indianapolis 1989, S. 399–423.

5 Vgl. Lennard D. Gerson, The Secret Police in Lenin's Russia, Philadelphia 1976, S. 26–39; George Leggett, The Cheka: Lenin's Political Police, Oxford 1981.

2 W. P. Miljutin, Sozialismus und Landwirtschaft, Hamburg 1920, S. 37 f.



Getreide bei den Bauern, was diese oft der letzten Reserven beraubte und eine verzweifelte Situation schuf, auf die die Landbevölkerung mit Aufständen reagierte.

## II. Die friedlichen zwanziger Jahre?

Die zwanziger Jahre galten in der Geschichtsschreibung zur Sowjetunion lange als friedliche, ja goldene Epoche. Doch können sie kaum als einheitliche Periode bewertet werden. Der Bürgerkrieg wurde nach dem Sieg gegen die „weißen“ Truppen gegen die Bauern fortgeführt. Im Frühjahr 1921 hatten die erheblich gesteigerte Getreiderequirierung Bauernaufstände in Südrußland, der Ukraine und in Sibirien zur Folge. Kommunisten und Bauern gingen mit großer Grausamkeit gegeneinander vor. Im Gouvernement Tambow im zentralen Schwarzerdegebiet schlossen sich Anfang 1921 40 000 Mann der Bauernarmee des ehemaligen Sozialrevolutionärs Antonow an. Das Politbüro entschied, die Beschlagnahme der Lebensmittel im Aufstandsgebiet aufzuheben, entsandte jedoch zugleich 100 000 Rotarmisten nach Tambow. In den Dörfern, die sich weigerten, Kämpfer und Waffen preiszugeben, wurden die Bewohner zu Dutzenden als Geiseln erschossen, bis der Widerstand gebrochen war. Die Familien der Aufständischen brachte man in Konzentrationslager. Insgesamt verschleppte man von Mai bis September 1921 über 50 000 Männer, Frauen und Kinder in die neun Konzentrationslager des Gouvernements, viele starben an Cholera oder Typhus oder wurden erschossen, über 20 000 wurden in Arbeits- und Straflager in ganz Sowjetrußland deportiert. Auch vor dem Einsatz von Giftgas gegen die Dörfer im Aufstandsgebiet schreckte man im Sommer 1921 nicht zurück<sup>6</sup>.

Von dem emanzipatorischen Anspruch eines sozialistischen Strafsystems war nichts übriggeblieben, wie die mit dem Aufbau der Konzentrationslager betraute Tambower Verwaltung für Zwangsarbeiten bekannte: „Die existierenden Regeln über Zwangsarbeitslager, die vom Zentrum ausgearbeitet wurden, waren für die neuen Lager völlig untauglich. Sie sahen die Schaffung einer Situation für die Gefangenen vor, in der die Verbrecher unter dem Einfluß eines rationalen Arbeitsregimes

und einer kulturellen und erzieherischen Arbeit sich moralisch grundlegend verändern und aus Faulenzern und Parasiten zu ehrlichen und nützlichen Bürgern der Republik werden. Die neu gegründeten Lager konnten diese Aufgabe nicht übernehmen.“<sup>7</sup>

Im Laufe des Jahres 1922 flaute der innere Bürgerkrieg ab. Das Land war nach acht Jahren Krieg und Bürgerkrieg erschöpft, eine Hungersnot raffte 1921/22 fünf Millionen Menschen hinweg. Den Bolschewiki gelang es, diese Lage für die Konsolidierung ihrer Macht zu nutzen: Der Hunger brach dem bäuerlichen Widerstand das Rückgrat, zugleich nutzte man ihn als Vorwand, um gegen den letzten ideologischen Gegner, die Russisch-Orthodoxe Kirche, vorzugehen. Man warf ihr vor, sich gegen die angeordnete Konfiszierung der Kirchengüter für die Hungerhilfe zu stellen, verhaftete zahlreiche Priester und verurteilte sie in Schauprozessen. Lenin begründete den Schlag gegen die Kirche zu Zeiten der Hungersnot in einem Schreiben an das Politbüro eindeutig: „Gerade jetzt ist der einzige Moment, in dem wir mit 99 zu 100 Chancen auf einen vollen Erfolg haben, um den Gegner ganz zu zerschlagen... Gerade jetzt und nur jetzt, da man in den Hungergebieten Menschen ißt und auf den Wegen Hunderte, wenn nicht Tausende Leichen liegen, können (und müssen) wir die Beschlagnahme der Kirchenschätze mit wahnsinniger und unbarmherziger Energie durchführen, ohne vor irgendeinem Widerstand halt zu machen. Gerade jetzt und nur jetzt wird die überwältigende Mehrheit der Bauernmasse entweder für uns oder auf jeden Fall nicht in der Lage sein, die Handvoll erzkonservativer Geistlicher zu unterstützen.“<sup>8</sup>

Nach 1922 kam es zu einer Erholung des Landes. Die Liberalisierung des Wirtschaftslebens, als „Neue Ökonomische Politik“ proklamiert, begann zu greifen. Politische Zugeständnisse waren damit nicht verbunden. Die Reste der verbotenen sozialistischen Parteien der Menschewiki und Sozialrevolutionäre wurden 1921/22 nach den Anweisungen Lenins von der Tscheka zerschlagen, die Führer der Sozialrevolutionäre 1922 in einem Schauprozess abgeurteilt<sup>9</sup>. In der bolschewistischen Partei selbst waren oppositionelle Gruppen im Frühjahr 1921 durch Lenins „Fraktionsverbot“

6 Vgl. hierzu ausführlicher meine Dissertation: Bauernpolitik im proletarischen Staat. Die Bauernfrage als zentrales Problem der sowjetischen Innenpolitik (Freie Universität Berlin, 1995).

7 Staatsarchiv der Russischen Föderation (weiterhin: SARF) r-393/89/231, Bl. 80.

8 Iswestija ZK KPSS [Nachrichten des ZK der KPdSU] 4/1990, S. 190–195, hier S. 191.

9 Vgl. Marc Jansen, A Show Trial Under Lenin. The Trial of the Socialist Revolutionaries, Moscow 1922, The Hague u. a. 1982.

kaltgestellt worden. Anfang 1922 wurde allerdings die Tscheka aufgelöst. Für die Isolation politischer Gegner war nach Meinung der bolschewistischen Führung nun Haft oder Verbannung ausreichend. Auch stellte die Unterhaltung des immensen Tscheka-Apparates eine große Belastung für das Staatsbudget dar. Im Februar 1922 beschloß daher das Politbüro die Reorganisation der Tscheka in die „Staatliche Politische Verwaltung“, die GPU. Ihre Kompetenzen wurden erheblich beschnitten, Erschießungen ohne Gerichtsurteil waren der GPU untersagt.

Doch bereits wenige Monate später erhielt der Nachfolger der Tscheka einen Teil der früheren Vollmachten zurück. Das Politbüro gewährte der GPU Ende April 1922 das Recht „auf unmittelbare Erschießungen von Banditenelementen am Ort“<sup>10</sup>. Im August ermächtigte man die GPU, Urteile zur Verbannung auszusprechen. Nach der Gründung der UdSSR wurde die GPU Ende 1923 zur „Vereinigten Staatlichen Politischen Verwaltung“ (OGPU). Die Praxis, die Rechte des Geheimdienstes durch Sondervollmachten zu erweitern, blieb bestehen. Ein zentraler Begriff, um die Repressionen zu rechtfertigen, war die „soziale Gefährlichkeit“ eines Individuums. Dieser Terminus fand Anfang der zwanziger Jahre Eingang in die sowjetische Gesetzgebung und legte den Grundstein dafür, daß Verurteilungen auch ohne Nachweis einer Straftat möglich waren. Mit ihrer Gründung erhielt die OGPU das Recht, Mitglieder „sozial gefährlicher“ Bevölkerungsgruppen bis zu drei Jahren in Arbeitslager einzuweisen: Leute „ohne bestimmte Beschäftigung“ waren davon ebenso betroffen wie die Besitzer von Edelmetallen oder Schwarzbrenner<sup>11</sup>. Auf dem Weg der Sondervollmachten konnte die OGPU bis 1927 die Machtfülle der Tscheka zurückerobern.

Gegen die Nationen am Rand der UdSSR, die mit Hilfe der Roten Armee sowjetisiert worden waren, ging man noch Mitte der zwanziger Jahre mit Methoden des Bürgerkriegs vor. Dies galt vor allem für den Kaukasus, in dem die Tscheka nicht aufgelöst worden war. In Georgien nutzte man im September 1924 einen Aufstand der Bauern, um die im Untergrund aktiven georgischen Sozialdemokraten zu zerschlagen. Es kam dabei angeblich zur Erschießung von über 12 000 Gefangenen<sup>12</sup>.

10 Russisches Zentrum zur Aufbewahrung und Erforschung von Dokumenten der neuesten Geschichte (RZAEDNG – ehem. Zentrales Parteiarchiv der KPdSU) 17/3/290, Bl. 4.

11 Vgl. SARF 3316/16a/68, Bl. 15.

12 Vgl. Markus Wehner, *Le soulèvement géorgien de 1924 et la réaction des Bolcheviks*, in: *Communisme (Les archives: La nouvelle histoire de l'URSS)*, (1995) 42/43/44, S. 155–169.

1925 setzte man die vollständige Entwaffnung der Bevölkerung Tschetscheniens durch. Der Widerstand gegen diese Aktion wurde erst nach der Erschießung zahlreicher Dorfältester und durch Bombardements mehrerer Dörfer gebrochen<sup>13</sup>.

Den Methoden des Bürgerkriegs wurde in der „friedlichen Nachkriegszeit“ der zwanziger Jahre nie konsequent abgeschworen. Das Aufrechterhalten einer Bürgerkriegsideologie verhinderte eine Konsolidierung der Gesellschaft. Militarisierungskampagnen trugen dazu bei, die Mentalität der „heroischen Periode“ am Leben zu erhalten. Ab 1926 wurde die „Kriegsgefahr“ angesichts kapitalistischer Einkreisung zu einem Dauerthema der sowjetischen Innenpolitik, im Sommer 1927 traten während einer „Woche der Verteidigung“ Hunderttausende neue Mitglieder in paramilitärische Organisationen ein. Es scheint, daß sich diese Militarisierung „von oben“ auf eine Militanzbereitschaft von Teilen der jungen Generation stützen konnte. Der kommunistische Jugendverband (Komsomol), der in den zwanziger Jahren starken Zulauf erfuhr, kultivierte den Kampf gegen Religiosität und bürgerliche Moral. Für einen Großteil der jungen sowjetischen Generation war der Krieg offenbar zur Lebensform geworden<sup>14</sup>. Stalin gehörte zu denjenigen in der Partei, die eine Kultivierung der Bürgerkriegsideologie förderten. Noch im Januar 1925 erklärte er: „Eine vollständige Liquidierung des Bürgerkriegs haben wir noch nicht erreicht, und wir werden sie wohl auch nicht bald erreichen.“<sup>15</sup>

---

### III. Stalins „Revolution“ und die Entstehung des GULag 1928–1932

---

In den Jahren 1925–1927 beschloß die politische Führung der UdSSR ein ambitioniertes Industrialisierungsprogramm. Um Kapital für den Ausbau der Industrie zu gewinnen, förderte man ab 1926 nicht etwa die aufstrebenden Bauern, wie man es kurz zuvor verkündet hatte, sondern belastete sie mit höheren Steuern und senkte die Preise für Agrarprodukte. Die erfolgreichen Bauern wurden als Ausbeuter und „Kulaken“ (Großbauern im zaristischen Rußland) diffamiert und 1927 vom

13 Vgl. *Istotschnik* [Quelle], (1995) 5, S. 140–151.

14 Dies ist die Arbeitsthese, die ein Forschungsprojekt („Jugend und Gewalt in der Sowjetunion 1917–1932“) an der Universität Jena (Prof. Stefan Plaggenborg) untersuchen will.

15 So Stalin auf einer Sitzung des Organisationsbüros des ZK. *RZAEDNG* 17/84/865, Bl. 11.

Wahlrecht ausgeschlossen. Als die Bauern Ende 1927 nicht die erwartete Menge Getreide an den Staat verkauften, ging man mit Gewalt gegen sie vor. Mit der Mobilisierung von 30 000 Funktionären des Partei-, Sowjet- und Justizapparates zu Propaganda- und Repressionsmaßnahmen in den Dörfern setzte Stalin seine Linie durch, nach der man den Aufbau der Industrie „nicht von den Launen der Kulaken abhängig machen“ könne. Der Aufbau der Kolchosen und Sowchosen müsse, „ohne Kräfte und Mittel zu schonen“, vorangetrieben werden<sup>16</sup>. Stalin selbst leitete während einer Reise in Sibirien im Januar 1928 die Aktion gegen die „Kulaken“, die man zu Hunderten als „Spekulanten“ vor Gericht brachte. Zugleich wurden Tausende Sowjet- und Parteifunktionäre, die diese Rückkehr zu Methoden der Bürgerkriegszeit nicht unterstützten, als „Saboteure“ ihrer Ämter enthoben.

Im darauffolgenden Jahr wandte man die beschriebenen Methoden erneut gegen die Bauern an. Stalin gelang es, die Gegner dieser Politik im Politbüro (N. Bucharin, M. Tomschi, A. Rykow) als Vertreter einer „rechten Abweichung“ von der politischen Führung auszuschalten. Damit hatte sich der Generalsekretär der Partei 1929, zwei Jahre nach dem Ausschluß der linken Opposition um Leo Trotzki und Grigori Sinowjew, als uneingeschränkter Führer durchgesetzt. Mit Stalins 50. Geburtstag im Dezember 1929 wird der Beginn des Stalin-Kults verbunden.

Die geschilderten Repressionen gegen die Dörfer waren nur die Vorboten des umfassenden Angriffs auf die Bauernschaft. Im November 1929 gab Stalin auf dem Kongreß der Agrarier-Marxisten das Signal, die „durchgängige Kollektivierung“ der Landwirtschaft und „den direkten Angriff auf die Kulaken“ zu beginnen. In den ersten Monaten des Jahres 1930 traf eine Welle brutaler Gewalt die Dörfer der UdSSR. Die Bauern wurden gezwungen, auf ihren Besitz an Boden und Vieh zu verzichten und den Kolchosen „freiwillig“ beizutreten. „Kulaken“ wurden enteignet, verhaftet oder einfach von ihrem Hof vertrieben. Um eine bestimmte Quote der Dorfbevölkerung zu enteignen, wurden die Maßnahmen auch gegen mittlere Bauern angewandt. Von der „Entkulakisierung“ waren etwa eine Million Bauernhaushalte mit sechs Millionen Menschen betroffen. Von ihnen wurden bis Ende 1931 über 380 000 Familien – etwa 1,8 Millionen Menschen – in den Ural und nach Sibirien verbannt. Insgesamt deportierte man bis zum Ende der Kollektivierung 1933 2,5 Millio-

nen Bauern unter fürchterlichen Umständen in sogenannte „Sondersiedlungen“. Viele überlebten den langen Transport in den verschlossenen Güterwaggons nicht, insgesamt kamen beim Transport und in den Ansiedlungsorten etwa 600 000 Personen ums Leben<sup>17</sup>. Um diesem Schicksal zu entgehen, hatten sich Ende 1929 Tausende deutscher Kolonisten in der UdSSR nach Moskau begeben, um ihre Ausreise zu erzwingen. Dies wurde jedoch durch die zögerliche Haltung der deutschen Reichsregierung, die die Kolonisten aufnehmen sollte, und den Widerstand der sowjetischen Innenbehörden, die eine Massenauswanderung befürchteten, verhindert. Der größte Teil der deutschen Bauern in der UdSSR teilte daher das Schicksal seiner russischen und ukrainischen Nachbarn<sup>18</sup>.

Das rücksichtslose Vorgehen des Geheimdienstes, der Armee und der mobilisierten Arbeiterbrigaden führte zu Protest und aktivem Widerstand der Bauern. Sie schlachteten ihr Vieh ab, legten Brände und griffen die Partei- und Staatsfunktionäre an. Die OGPU registrierte 1930 14 000 Fälle von „Kulakenterror“ und ebenso viele Fälle dörflichen Massenprotests, der oft von den Bäuerinnen angeführt wurde<sup>19</sup>. Die Bauern erreichten so 1930 ein zeitweiliges Einlenken des Staates, doch gegen dessen erneuten massiven Angriff 1931 konnten sie sich nicht mehr behaupten. Zehntausende wurden festgenommen und in Gefängnisse und Arbeitslager gebracht. Das ohnehin defizitär wirtschaftende Lager- und Gefängnisssystem wurde nun immer kostspieliger. Die OGPU kam den Wünschen der politischen Führung nach einer schnellen Lösung dieses Problems nach: Sie schlug vor, das Lagernetz auszubauen und die Arbeitskraft der Gefangenen an den Großbaustellen des ersten Fünfjahrplans zur Industrialisierung auszunutzen. Damit konnte sich der Geheimdienst bei Stalin gegen die zögerliche Innen- und Justizbehörde durchsetzen, die an den Strafvoll-

17 Vgl. Stefan Merl, Das System der Zwangsarbeit und die Opferzahl im Stalinismus, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 46 (1995) 5/6, S. 282–289; I. E. Selenin, „Revoljuzija swerchu“: sawerschenie i tragitscheskie posledstwija [„Revolution von oben“: Realisierung und tragische Folgen], in: *Woprosy istorii* [Fragen der Geschichte], (1994) 10, S. 28–42.

18 Vgl. Markus Wehner/Christoph Mick, Finanzminister Hilferdings Furcht vor ungeheuren Kosten. Wie die deutsche Reichsregierung 1929 die Emigration deutscher Kolonisten aus der Sowjetunion verhinderte, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30. 11. 1995.

19 Vgl. Viktor P. Danilov/Alexis Berelowitch, Les documents de la VČK-OGPU-NKVD sur la campagne soviétique 1918–1937, in: *Cahiers du monde russe*, XXXV (1994) 3, S. 633–682.

16 Josef Stalin, *Werke*, Bd. 11, Berlin (Ost) 1953, S. 5.

zugskonzepten der zwanziger Jahre festhalten wollten.

Die Zahl der Insassen in Gefängnissen und Lagern in der UdSSR hatte zwar in den zwanziger Jahren die Höchstzahl im zaristischen Rußland (184 000 Gefangene im Jahre 1912) überschritten, lag aber Mitte der zwanziger Jahre noch unter 300 000. Nur zehn Prozent dieser Gefangenen befanden sich in Lagern und Gefängnissen der OGPU. Bis Anfang der dreißiger Jahre hatte sich die Zahl der OGPU-Gefangenen bereits verzehnfacht. Nach Abschluß der Kollektivierung 1934 gab es insgesamt über drei Millionen Sowjetbürger, die in Lagern, Gefängnissen und Sondersiedlungen der UdSSR ihrer Freiheit beraubt waren. Ein großer Teil von ihnen unterstand der OGPU und ihrer 1930/31 geschaffenen „Hauptverwaltung der Lager“, besser bekannt unter ihrer Abkürzung GULag. Die Gefangenen des GULag wurden an Großbauprojekten wie dem Moskau-Wolga-Kanal und dem Weißmeerkanal eingesetzt, wo Tausende durch die harte Arbeit bei unzureichender Ernährung starben. Die Entstehung des GULag war 1934 in den Grundstrukturen abgeschlossen. Sie stand in direktem Zusammenhang mit der Kollektivierung und dem Beschluß, in großem Umfang Zwangsarbeit einzusetzen<sup>20</sup>.

Etwa gleichzeitig mit der Zerschlagung einer unabhängigen Bauernschaft gerieten auch die alten Eliten unter Druck. Die 1928 eingeleitete „Kulturrevolution“ wandte sich gegen die Überreste „bürgerlichen“ und „kleinbürgerlichen“ Denkens, gegen die „Schädlingstätigkeit“ der „bürgerlichen Spezialisten“, die nun von „roten“ Direktoren und Managern ersetzt wurden. Einige Tausend Wissenschaftler und Experten, die ihre Ausbildung noch vor der Revolution erhalten hatten und in den zwanziger Jahren im Regierungsapparat, in Instituten und Hochschulen wichtige Posten bekleideten, mußten sich Überprüfungen unterziehen, wurden entlassen und häufig verhaftet. Der Terror wandte sich nun auch gegen die Funktionsträger des Staatsapparats. Den Auftakt machten im Frühjahr und Sommer 1927 die Gerichtsprozesse gegen Funktionäre der Handelsorganisationen, mit denen die Regierung Sündenböcke für ihre verfehlte Preispolitik präsentierte. 1928 folgte der Schauprozeß gegen die Leitung der Kohlengruben von Schachty im Donezbecken. In den Jahren bis 1932 kam es zur Verurteilung führender Fachleute auf allen Gebieten von Wissen-

schaft und Technik. Man warf ihnen vor, Sabotage betrieben oder sogar oppositionelle Parteien gegründet zu haben, die jedoch allein in den Fiktionen der OGPU existierten. 1930 inszenierte man Schauprozesse gegen die „Industriepartei“, 1931 gegen das „Bundesbüro der Menschewiki“. Die angeblichen Mitglieder einer „Werk tätigen Bauernpartei“, unter ihnen bekannte Ökonomen wie N. Kondratjew und Agrarsoziologen wie A. Tschajanow, wurden 1932 von der OGPU zu langen Haftstrafen verurteilt.

---

#### IV. Hungersnot und relative Entspannung 1932–1934

---

Die Stalinsche „Revolution“ zerstörte die traditionellen Lebenswelten des Landes noch nachhaltiger als die Kriegs- und Revolutionszeit der Jahre 1914/17–1922. Der „große Umbruch“ führte zur sozialen Entwurzelung breiter Bevölkerungsschichten. Die sowjetische Gesellschaft wurde, wie der Historiker Moshe Lewin es nannte, zu einer „Flug-sandgesellschaft“. Die „Kulaken“, die man nicht deportiert hatte, und viele Kolchosbauern bildeten eine riesige Migrationsbewegung: Von 1929 bis 1933 zogen schätzungsweise zwölf Millionen Menschen vom Land in die Städte, in der Hoffnung, eine Arbeit zu finden und zu überleben. Die überstürzte Industrialisierung brauchte billige Arbeitskräfte. Vielen Bauern gelang in diesen Jahren der soziale Aufstieg in die Arbeiterschaft. Allerdings waren die Arbeits- und Wohnverhältnisse in den Provinzstädten und auf den Großbaustellen katastrophal, das Lebensniveau der Arbeiter lag deutlich unter dem Standard der zwanziger Jahre. Der größte Teil der Bauern (und vor allem der Bäuerinnen) blieb allerdings an das noch ärmlichere Leben in den Kolchosen gebunden.

Der Krieg des Staates gegen die Bauern hatte einen großen Teil der landwirtschaftlichen Produktionsbasis vernichtet und die Versorgungslage der Bevölkerung drastisch verschlechtert. 1932/33 kam es abermals zu einer riesigen Hungersnot. Die Parteiführung entschied, das Getreide unerbittlich zu beschlagnahmen, um die Städte und die Armee zu versorgen und es zu exportieren. Damit nahm sie den Tod von Millionen Bauern billigend in Kauf. Man raubte den Bauern sogar die letzte Möglichkeit, sich zu ernähren: Per Gesetz vom 7. August 1932 „Über den Schutz des Staatseigentums“ sollten alle, die sich auf den Feldern der Kolchosen

20 Vgl. zu dieser Entwicklung und zu den genannten Zahlen die Studie von Michael Jakobson, *Origins of the Gulag. The Soviet Prison Camp System 1917–1934*, Lexington 1993.

und Sowchosen ein paar Ähren nahmen, mit zehnjähriger Lagerhaft oder dem Tod durch Erschießen bestraft werden. Nach den Einschätzungen russischer, ukrainischer und westlicher Experten verhungerten 1932/33 sechs bis sieben Millionen Menschen, vor allem in der Ukraine (3,5–4 Millionen Tote), aber auch im Nordkaukasus (etwa eine Million) und dem Wolgagebiet (500 000). In den Dörfern Kasachstans fielen 1,8 Millionen Menschen dem Hunger zum Opfer, etwa die Hälfte der kasachischen Bevölkerung<sup>21</sup>.

Im Unterschied zur Hungersnot der Jahre 1921/22, als man eine umfangreiche Lebensmittelverteilung durch ausländische Hilfsorganisationen zugelassen hatte, versuchte die politische Führung der UdSSR, die Katastrophe vor der Welt und der eigenen Bevölkerung zu verbergen. Die Bauern durften die Städte nicht betreten, die Hungergebiete wurden abgeriegelt, den Hungernden die Flucht vor dem Tod unmöglich gemacht<sup>22</sup>.

Die katastrophalen Folgen von Stalins Politik führten zu Beginn der dreißiger Jahre nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch in der Partei zu Haß und feindlichen Stimmungen gegen den Parteiführer. Stalin ließ 1932/33 erste Prozesse gegen alte Bolschewiki durchführen, die er der Opposition gegen seine Politik verdächtigte. 1934 begann dann eine Phase relativer Entspannung im Leben der Sowjetgesellschaft. Das Schlimmste schien überstanden, eine gewisse ökonomische Liberalisierung wurde zugelassen, die Planziffern des zweiten Fünfjahrplans waren gemäßiger als die des vorangegangenen. Die Versorgungssituation wurde besser, das System der Lebensmittelkarten in den Städten aufgehoben, der Rubel stabilisierte sich. Zugleich hielten „bürgerliche Vergnügungen“ wie Tennis, Jazzmusik oder Foxtrott Einzug in die städtische Kultur. Auf dem 17. Parteikongreß Anfang 1934 konnten ehemalige Führer der Opposition wieder auftreten, auch wenn sie sich den obligatorischen Huldigungen an den „großen Führer“ Stalin unterwerfen mußten. Die Reorganisation der OGPU in eine Hauptverwaltung für Staatssicherheit des Innenkommissariats (NKWD) im Juli 1934 nahm dem Geheimdienst seine zuvor zugestandene Gerichtsfunktion<sup>23</sup>. Das Stalinsche „Tauwetter“ dauerte jedoch nicht lange an.

21 Die Zahlen bei I. Selenin (Anm. 17), S. 38.

22 Vgl. Robert Conquest, *Ernte des Todes. Stalins Holocaust in der Ukraine 1929–1933*, München 1988.

23 Vgl. Oleg Chlewnjuk, *1937-j: Stalin, NKWD i sowetskoe obschtschestwo [1937: Stalin, der NKWD und die sowjetische Gesellschaft]*, Moskau 1992, S. 33–45.

## V. Der große Terror 1937–1938

Der sogenannte „Große Terror“ der Jahre 1937 bis 1938 ist das wohl bekannteste Kapitel der stalinistischen Gewaltherrschaft. „1937“ wurde zum Synonym für den Stalinschen Terror schlechthin. Nach nun zugänglichen – möglicherweise zu niedrigen – Archivdaten wurden in diesen beiden Jahren 1,4 Millionen Menschen verhaftet und über 680 000 erschossen<sup>24</sup>.

Was waren die Gründe für diese Massenvernichtung und wie wurde die Vernichtungsmaschinerie in Gang gesetzt? Gewöhnlich wird der Beginn des Großen Terrors mit der Ermordung des Leningrader Parteichefs Sergej Kirow am 1. Dezember 1934 in Verbindung gebracht. Daß Stalin diesen Mord befahl, konnte bislang nicht nachgewiesen werden. Ebenso wenig scheint die Vermutung zuzutreffen, daß Kirow der Kopf einer gemäßigten Gruppe im Politbüro war<sup>25</sup>. Sicher ist jedoch, daß Stalin den Kirow-Mord für eine erneute Verschärfung des innenpolitischen Klimas ausnutzte. Mit dem Datum von Kirows Todestag wurde ein Gesetz erlassen, das die Aburteilung von „Konterrevolutionären“ im Laufe von zehn Tagen ermöglichte. Ein öffentliches Verfahren, das Recht auf Appellation und ein Gnadengesuch wurden aufgehoben, bei Verurteilung zum Tode wurde die Strafe unverzüglich ausgeführt. 1937/38 wurden Hunderttausende auf der Grundlage dieses Gesetzes zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Noch im Dezember 1934 wurden in Leningrad 6 500 Personen als Vergeltung für den Mord an Kirow erschossen. Stalin selbst gab den Befehl, die Mörder unter den ehemaligen Mitgliedern der linken Opposition zu suchen. In mehreren Prozessen im Dezember 1934 und Januar 1935 wurden fast 800 ehemalige Oppositionelle zum Tode oder zu Haftstrafen verurteilt. Zugleich begann man eine Kampagne zur erhöhten Wachsamkeit, die von

24 Vgl. J. Arch Getty/Gábor T. Rittersporn/Viktor N. Zemskov, *Victims of the Soviet System in the Pre-war Years: A First Approach on the Basis of Archival Evidence*, in: *American Historical Review*, Bd. 98, October 1993, S. 1028. Die genaue Zahl der registrierten Erschossenen der Jahre 1937–1938 (681 692 Personen) läßt vermuten, daß dabei die niedrigeren „Planziffern“ addiert wurden.

25 Vgl. dazu Stalinskoe Politburo w 30-e gody. *Sbornik dokumentow [Das Stalinsche Politbüro in den 30er Jahren. Dokumentenband]*. Bearbeitet von O. Chlewnjuk u. a., Moskau 1995, S. 90–91. Zu den kontroversen Bewertungen des Kirow-Mordes vgl. J. Arch Getty, *Origins of the Great Purges*, Cambridge 1985, und Robert Conquest, *Stalin and the Kirov murder*, New York 1989.

dem Ritual der „Kritik und Selbstkritik“ in Partei- und Betriebszellen begleitet war. Seit 1933 wurde eine große Parteisäuberung, ab Mai 1935 eine Überprüfung der Parteiausweise aller Mitglieder durchgeführt. Bis Dezember 1935 wurden 219 000 Mitglieder aus der KPdSU ausgeschlossen, 18,5 Prozent aller Parteiangehörigen. Von ihnen wurden über 15 000 verhaftet. Die Mehrheit der Bevölkerung sah sich von den „Säuberungen“ in der Partei jedoch noch wenig betroffen<sup>26</sup>.

Bis Mitte 1936 gab es unter den Funktionären der Partei- und Justizorgane Versuche, eine Ausweitung des Terrors zu verhindern. Doch mit dem ersten großen Schauprozeß im August 1936 gegen die ehemaligen Parteiführer Sinowjew und Kamenew und der Ernennung von Nikolaj Jeschow zum neuen Geheimdienstchef im September hatte Stalin einen neuen terroristischen Kurs eingeschlagen. Bis zum Mai 1937 wurden 350 000 Personen verhaftet. Vom Terror betroffen waren vor allem die politischen und administrativen Eliten des Landes: 70 Prozent der Mitglieder des ZK der KPdSU (98 von 139) fielen ihm zum Opfer, fünf Mitglieder und Kandidaten des Politbüro. Von den Ministern (Volkskommissaren) wurden etwa ein Drittel, von ihren Stellvertretern und den Abteilungsleitern die Hälfte verhaftet oder erschossen. Auch die Hälfte aller Richter und Staatsanwälte wurde entlassen, die meisten von ihnen festgenommen<sup>27</sup>. Eine weitere Zielgruppe des Terrors war die Führung der Roten Armee: Gegen sie ließ Stalin im Juni durch ein Sondermilitärgericht einen Prozeß wegen Verrats führen, acht Generäle wurden hingerichtet. Im Gefolge dieses Prozesses wurden 35 000–40 000 Mann des Offizierskorps verhaftet, ein großer Teil von ihnen erschossen. Zwei große Schauprozesse gegen ehemalige Oppositionelle fanden im Februar 1937 (gegen Pjatakow, Radek und 15 weitere Angeklagte) und im März 1938 (gegen Bucharin, Rykow und 19 andere) statt<sup>28</sup>. Die Furcht vor Trotzlisten, Spionen, Verrätern, Schädlingen und Volksfeinden nahm die Form einer Massenhysterie an.

Neben dem Schlag gegen die Eliten des Landes wurden ab dem Sommer 1937 auch breite Bevölkerungsschichten vom Terror betroffen – eine Tatsache, die bislang in der Forschung fast unberücksichtigt geblieben ist. Anhand neuer Archivadokumente läßt sich die Massenvernichtungsak-

tion beschreiben: In ihrem Verlauf wurden in den folgenden 14 Monaten mindestens 700 000 Menschen verhaftet und über 200 000 erschossen<sup>29</sup>. Am 2. Juli 1937 verabschiedete das Politbüro einen Beschluß „über die antisowjetischen Elemente“. Darin hieß es, ein großer Teil der Kulaken und Kriminellen sei aus den Lagern und Sondersiedlungen in seine ehemaligen Wohngebiete zurückgekehrt und stiftete dort zu terroristischen Verbrechen an. Deshalb wurden alle regionalen Partei- und NKWD-Organen aufgefordert, „alle in die Heimat zurückgekehrten Kulaken und Kriminelle zu registrieren, um die feindlichsten unter ihnen sofort zu verhaften und zu erschießen und die anderen . . . in Gebiete gemäß der Anweisung des NKWD zu verbannen“<sup>30</sup>. Für diese Operation wurden in allen Regionen sogenannte „Troiki“ (Dreierkommissionen) gebildet, die aus dem Chef der NKWD-Verwaltung, dem Parteisekretär und dem obersten Staatsanwalt bestanden. Die regionalen Parteisekretäre wurden aufgefordert, unverzüglich die Zahl der zu Erschießenden (sogenannte 1. Kategorie) und der zu Verbannenden (2. Kategorie) an das ZK zu melden. So teilte der Sekretär des Moskauer Komitees, Nikita Chruschtschow, am 10. Juli 1937 mit, daß in Moskau und im Moskauer Gebiet 8 500 „Kulaken und Kriminelle“ der 1. Kategorie und 44 305 der 2. Kategorie vorhanden seien<sup>31</sup>.

Der im NKWD ausgearbeitete Einsatzbefehl wurde am 30. Juli 1937 vom Politbüro gebilligt. Allen Regionen wurden darin „Vernichtungskontingente“ zugewiesen – Planziffern für den Massenmord. Neben Kulaken und Kriminellen waren als „antisowjetische Elemente“ zu verhaften: ehemalige Sozialrevolutionäre, Teilnehmer der Bauernaufstände der Jahre 1919–1922, ehemalige Soldaten der „weißen“ Armeen, Reemigranten, ehemalige zaristische Gendarmen und Beamte sowie ehemalige Mitglieder nationaler Unabhängigkeitsbewegungen. 259 450 Personen sollten nach diesem Einsatzbefehl festgenommen, 72 950 nach einem Schnellverfahren erschossen, die übrigen zu acht bis zehn Jahren Lagerhaft verurteilt werden. Da auch die Familien der Verhafteten ins Lager eingewiesen werden konnten, war eine beträchtliche Erhöhung der Verhaftungszahlen möglich. Zugleich wurde in dem Einsatzbefehl die Möglichkeit eingeräumt, beim Sekretariat des ZK

26 Vgl. O. Chlewnjuk (Anm. 23), S. 56–71.

27 Vgl. ebd., S. 232–233.

28 Vgl. zu einigen der wichtigsten Prozesse: Schauprozesse unter Stalin: 1932–1952. Aus dem Russischen von Hilde Ettinger u. a., Berlin 1990.

29 Die weitere Darstellung folgt den Dokumenten, die in den Moskauer Zeitungen Trud [Arbeit] vom 4. 7. 1992 und Moskowskie nowosti [Moskauer Nachrichten] vom 21. 7. 1992 veröffentlicht wurden.

30 Zit. nach Trud, ebd.

31 Vgl. Moskowskie nowosti, (Anm. 29).

– also bei Stalin und Molotow – zusätzliche Mord-„Kontingente“ anzufragen.

In einem Wettlauf bei der Vernichtung der „Volksfeinde“ ersuchten die örtlichen Funktionäre schon seit Ende August 1937 das Sekretariat des ZK, die „Kontingente“ zu erhöhen. Das Politbüro beschloß bis zum 15. Dezember 1937 zusätzliche 22 500 Erschießungen, am 31. Januar 1938 noch einmal 48 000 Exekutionen. Zwischen Anfang Februar und Ende August 1938 wurde die Vernichtung von weiteren 89 750 Menschen sanktioniert. In den Anweisungen aus Moskau wurde häufig nicht mehr zwischen den beiden Kategorien unterschieden, so daß die örtlichen Stellen entscheiden konnten, ob sie alle Verhafteten erschossen oder einen Teil zur Lagerhaft verurteilten.

Wie lief diese unfaßbare Mord-Aktion vor Ort ab? Aus Turkmenistan ist bekannt, daß der örtliche NKWD-Chef, um sein „Kontingent“ zu erfüllen, in der Hauptstadt Aschchabad den Marktplatz abriegeln und die dort Befindlichen nach Belieben verhaften ließ. Ebenso kam es zu wahllosen Festnahmen von Passanten auf der Straße. Die Verhafteten wurden der Konterrevolution beschuldigt und von „Zeugen“ überführt, die in Wirklichkeit Mitarbeiter des Geheimdiensts waren. Die Organe des turkmenischen NKWD verhafteten und erschossen auf diese Weise einige hundert Menschen mehr, als von Moskau „genehmigt“ worden war<sup>32</sup>. Das sinnlose Blutbad wurde erst Ende des Jahres 1938 gestoppt. Am 17. November 1938 gab die Führung in Moskau die Anweisung heraus, die Massenverhaftungen einzustellen. Eine Woche später wurde Jeschow als Chef des NKWD durch Lawrenti Beria abgelöst.

Offenbar sah nun auch die Führung ein, daß der Terror ein Ausmaß erreicht hatte, das ihre eigene Position untergrub. Der Zuwachs der Industrieproduktion war 1937 und 1938 stark gesunken. Zugleich mehrten sich Zeichen, daß der Unglaube gegenüber der offiziellen Propaganda und der Haß gegenüber der Führung in der Bevölkerung zunahmen. Mit der Einsetzung Berias begann eine Säuberungswelle im NKWD. Nachdem Jeschow 1937/38 die Gefolgsleute seines Vorgängers G. Jagoda hatte beseitigen lassen, wurden nun 1939/40 Jeschow und seine Vertrauten angeklagt und erschossen. Für die „Übertreibungen“ bei der

Ausübung des Terrors brauchte die Parteiführung Sündenböcke. Insgesamt wurden 1936–1940 über 21 000 NKWD-Kader erschossen<sup>33</sup>.

---

## VI. Der Terror gegen nationale Minderheiten 1937–1944

---

Eine weitere Gruppe, gegen die sich der Große Terror neben den Bauern, den Eliten und den „antisowjetischen Elementen“ richtete, waren die nationalen Minderheiten, deren Herkunftsländer im „kapitalistischen Ausland“ lagen. So gab es 1937/38 eine Reihe von „Sonderaktionen“, die darauf hinweisen, daß der Große Terror zum Teil auch Züge einer ethnischen Säuberung trug. Das Politbüro beauftragte am 20. Juli 1937 das NKWD, alle Deutschen, die in Rüstungsbetrieben arbeiteten, festzunehmen. Am 9. August bestätigte die Parteiführung den Befehl des NKWD „zur Vernichtung der polnischen Terror- und Spionagegruppen“. Bis Dezember 1937 wurden über 18 000 in der UdSSR lebende Polen verhaftet. Am 15. Januar 1938 übertrug man dem NKWD die Zerschlagung der „konterrevolutionären nationalen Kontingente“: In der Beschlußvorlage hatte das NKWD Polen, Deutsche, Letten, Esten, Finnen, Griechen, Iraner, Chinesen und Rumänen genannt. Das Politbüro befahl dem NKWD, die Aktion auf Bulgaren und Makedonier auszuweiten<sup>34</sup>.

Vom Terror betroffen waren auch viele ausländische Kommunisten, die vor Hitler in die Sowjetunion geflohen waren. Als Ausländer, Kommunisten und häufig als qualifizierte, leitende Kräfte erfüllten sie gleich mehrere „Opferkriterien“. Viele von ihnen wurden erschossen oder zu Lagerhaft verurteilt<sup>35</sup>. Im Falle der deutschen Kommunisten war die Moskauer Exil-Führung der KPD

33 Vgl. Argumenty i fakty, 43/1989 (28. 10.).

34 Vgl. Moskowskie nowosti vom 21. 7. 1992.

35 Das Schicksal vor allem deutscher, österreichischer und Schweizer Kommunisten im sowjetischen Exil ist in den letzten Jahren untersucht worden. Vgl. In den Fängen des NKWD. Deutsche Opfer des Stalinistischen Terrors in der UdSSR, Berlin 1991; Hans Schafranek (Hrsg.), Die Betrogenen. Österreicher als Opfer stalinistischen Terrors in der Sowjetunion, Wien 1991; Hermann Weber/Dietrich Staritz (Hrsg.), Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und „Säuberungen“ in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren, Berlin 1993; Peter Huber, Stalins Schatten in die Schweiz. Schweizer Kommunisten in Moskau, Zürich 1994; Brigitte Studer, Un parti sous influence. Le Parti communiste suisse, une section du Komintern 1931 à 1939, Lausanne 1994.

32 Diesen Fall schilderte der Moskauer Historiker O. Chlewnjuk kürzlich auf einer Konferenz über den Stalinismus. Vgl. Markus Wehner, Eine Gesellschaft ohne Selbstbild. Die Sowjetunion in den dreißiger Jahren. Neue Wege der Stalinismusforschung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. 7. 1996.

selbst in die Organisation des Terrors involviert. Allein zwischen September 1936 und September 1937 schloß das Exil-Politbüro der KPD mindestens 458 „Volksfeinde“ aus der Partei aus – die meisten vor, manche nach ihrer Verhaftung durch das NKWD. Im Jahre 1938 ging man dazu über, diese Ausschlüsse in fliegender Abstimmung zu beschließen<sup>36</sup>. Die deutsche Sektion in der Zentrale der Kommunistischen Internationale in Moskau teilte als Erfolgs- und Vollzugsmeldung Ende April 1938 mit, daß mehr als 70 Prozent der KPD-Mitglieder im sowjetischen Exil verhaftet seien. Im gleichen Schreiben hieß es, daß „in der Provinz . . . kein einziger Deutscher mehr in Freiheit ist. In Leningrad bestand die Gruppe deutscher Kommunisten zu Beginn des Jahres 1937 aus 103 Personen, aber im Februar 1938 sind nur noch zwölf übriggeblieben.“<sup>37</sup> Mehr als tausend verhaftete deutsche Kommunisten wurden nach Abschluß des Pakts zwischen Deutschland und der Sowjetunion in den Jahren 1939 bis 1941 an die Gestapo ausgeliefert.

Nationale Minderheiten in der UdSSR waren auch die Opfer von Terrormaßnahmen durch Deportationen, Sondersiedlungen und die sogenannten Arbeitsarmeen in den vierziger Jahren. Bereits zwischen 1934 und 1939 gab es Umsiedlungen, die im Zusammenhang mit der Vorbereitung auf einen Krieg der „Säuberung der Grenzgebiete“ dienten. „Westliche“ Minderheiten wie Deutsche, Polen, Finnen, Letten, Griechen, Esten, Litauer, Tschechen und Bulgaren waren betroffen. Eine erste großangelegte Deportation wurde 1937 durchgeführt: Im August dieses Jahres beschloß die Parteiführung, die gesamte koreanische Bevölkerung (200 000 Personen) aus dem Gebiet des Fernen Ostens nach Kasachstan und Usbekistan umzusiedeln<sup>38</sup>. 1939 begann die systematische Deportation großer ethnischer Gruppen und ganzer Völkerschaften. Mehr als 380 000 Bewohner des sowjetisch besetzten Ostpolens wurden 1939/40 in die UdSSR deportiert.

Die größte Zwangsumsiedlung war mit dem Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion verbunden. Von September 1941 bis Februar 1942 wurden

unter Einsatz Zehntausender NKWD-Männer und Rotarmisten über 900 000 Rußlanddeutsche in Eisenbahnwaggons nach Sibirien, Kasachstan und Mittelasien verfrachtet. Über 400 000 kamen allein aus dem Gebiet der Wolgadeutschen. Wie die „Kulaken“ wurden die Deportierten als „Sondersiedler“ behandelt. Sie hatten den Status von Verbannten und unterstanden in den Ansiedlungsgebieten der Aufsicht von Sonderkommandanturen des NKWD. Die arbeitsfähigen männlichen Deutschen wurden seit Ende 1941, die Frauen im Herbst 1942 in die „Arbeitsarmee“ eingezogen. Für die Mehrheit bedeutete dies ein strenges Lagerregime bei Schwerstarbeit. Große Teile der „Arbeitsarmee“ wurden Anfang 1942 dem GULag angegliedert. Im Winter 1942/43 kam es hier zu einem Massensterben. Bis zum Sommer 1944 wurden über 400 000 Deutsche, Finnen und Rumänen in die „Arbeitsarmee“ mobilisiert<sup>39</sup>. Nach den Deutschen traf die Politik der Deportationen 1943/44 auch 600 000 Kaukasier und 220 000 Krimtataren. Insgesamt wurden zwischen 1941 und 1948 etwa drei Millionen Menschen deportiert. Mindestens eine halbe Million kam dabei zu Tode<sup>40</sup>.

---

## VII. Terrorwellen der späten Stalinzeit 1945–1953

---

Mit dem Sieg der Roten Armee über das nationalsozialistische Deutschland erhoffte sich die Bevölkerung der Sowjetunion eine Liberalisierung des politischen Systems. Die Lager des GULag wurden jedoch nicht aufgelöst, sondern 1947 nach Kriterien wirtschaftlicher Effizienz reformiert und ausgeweitet. Die Zahl der Häftlinge in den Lagern und Arbeitskolonien des GULag erreichte mit etwa 2,5 Millionen Personen 1950–1953 ihren Höchststand. Hinzu kam die gleiche Anzahl von Verbannten (Sondersiedlern) und etwa 300 000 Häftlinge in den Gefängnissen des Landes<sup>41</sup>. Ab dem Sommer 1945 sperrte man einen großen Teil der aus Deutschland zurückgekommenen Kriegsgefangenen (über die Hälfte hatte die Gefangen-

36 Vgl. Stiftung Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Zentrales Parteiarchiv, I 2/3/82, Bl. 82 ff. Am 25. 7. 1938 schloß die KPD-Führung 158 Parteimitglieder per Rundschreiben aus.

37 Otetschestwennyj Archiv [Das vaterländische Archiv], (1992) 6, S. 61; Istoritscheskij Archiv [Das historische Archiv], (1992) 1, S. 117–123.

38 Vgl. Michael Gelb, An Early Soviet Ethnic Deportation: The Far-Eastern Koreans, in: Russian Review, 54 (1995) 7, S. 389–412.

39 Vgl. dazu den Dokumentenband: Alfred Eisfeld/Victor Herdt (Hrsg.), Deportation, Sondersiedlung, Arbeitsarmee. Deutsche in der Sowjetunion 1941 bis 1956, Köln 1956; GULAG v gody vojny [Der GULAG in den Kriegsjahren], in: Istoritscheskij Archiv, (1994) 3, S. 71.

40 Vgl. S. Merl (Anm. 17), S. 288 f.

41 Vgl. J. A. Getty u. a. (Anm. 24), S. 1040; John Keep, Last of the Empires. A History of the Soviet Union, 1945–1991, Oxford 1994, S. 13.



schaft in den nationalsozialistischen Lagern nicht überlebt) erneut in nun sowjetische Lager ein. Ähnlich erging es Hunderttausenden von „Ostarbeitern“, die während des Krieges nach Deutschland verschleppt worden waren. Sie wurden nun vom sowjetischen Staat als „Vaterlandsverräter“ noch einmal bestraft. Von über fünf Millionen Repatrianten wurden mehr als 600 000 bis Ende 1945 direkt in Sonderlager des NKWD gebracht, die anderen mußten als Bürger zweiter Klasse ständig Repressalien befürchten.

Ab 1948/49 setzten weitere Terrorwellen ein. Sie glichen in der Suche nach „Volksfeinden“, in den Kampagnen zur „Erhöhung der Wachsamkeit“ und zur „Kritik und Selbstkritik“ in vielem dem Terror der späten dreißiger Jahre, doch waren sie mit weniger Verhaftungen und Todesurteilen verbunden. So wurden zwischen 1945 und 1953 über 585 000 Personen durch den Geheimdienst zu Lager- und Gefängnishaft verurteilt, jedoch „nur“ 12 155 zum Tode. Die Todesstrafe wurde im Mai 1947 abgeschafft, im Januar 1950 jedoch wieder eingeführt<sup>42</sup>. Auch kam es nicht wieder zu Schauprozessen, wohl aber zu einer Reihe von „Säuberungen“, die verschiedene Kreise der Partei und Bevölkerung trafen. Zu ihnen gehörte die „Leningrader Affäre“ von 1949 bis 1953. Sie stand im Zusammenhang mit dem Tod des Leningrader Parteiführers Andrej Shdanow 1948 und war zugleich Ausdruck eines Konflikts zwischen dem Machtzentrum Moskau und der „zweiten Hauptstadt“ Leningrad. Die Leningrader Parteiführer und mehrere hundert weitere Funktionäre gerieten in den Sog dieser von Moskau gesteuerten „Säuberung“.

Zur gleichen Zeit begann auch eine antisemitische Kampagne, die sich gegen den „wurzellosten Kosmopolitismus“ richtete. Sie traf tausende jüdische Intellektuelle und Kulturschaffende, die ihren Arbeitsplatz verloren. Zahlreiche jüdische Kulturinstitutionen wurden geschlossen. Die Mitglieder des zu Kriegszeiten gegründeten „Jüdischen Antifaschistischen Komitees“ wurden verhaftet, im August 1952 wegen angeblicher Spionage für die USA zum Tode bzw. zu Lagerhaft und Verbannung verurteilt. Schließlich berichteten die zentralen Zeitungen im Januar 1953 von der Verhaftung bekannter, meist jüdischer Ärzte. Sie hätten den Tod wichtiger Parteifunktionäre herbeigeführt und Stalin nach dem Leben getrachtet. Das „Ärztelkomplott“, das in der Parteiführung schon seit Sommer 1951 vorbereitet wurde, sollte Auftakt einer antizionistischen Terrorkampagne werden,

die eine Deportation der jüdischen Bevölkerung vorsah und die nur durch den Tod des kommunistischen „Führers“ verhindert wurde<sup>43</sup>.

---

## VIII. Die Reaktion des Westens und der linken Intelligenz auf den Terror

---

Bereits der frühe bolschewistische Terror fand im Westen entschiedene Kritiker, nicht nur aus dem konservativen Lager, sondern auch aus den Reihen der Linken. Zu ihnen gehörten Anarchisten wie Alexander Berkman und Emma Goldman, die mit großen Hoffnungen in das revolutionäre Rußland gekommen waren und nach zwei Jahren desillusioniert das Land der Sowjets verließen<sup>44</sup>. Der linke Sozialrevolutionär Isaac Steinberg, 1917/18 für einige Monate der erste Justizminister der Sowjetrepublik, verfaßte von 1920 bis 1923 eine fundamentale Kritik des Terrors als der „großen Sünde in unserer Revolution“. Er griff die Massenerschießungen, die Geiselnahmen, die Wiedereinführung der nach der Revolution abgeschafften Todesstrafe und die Gewaltverherrlichung der Bolschewiki an, für die der Zweck die Mittel heilige<sup>45</sup>. Den Berichten dieser Autoren und der russischen Emigranten über den Terror der Bolschewiki wurde im Westen aber nur wenig Glauben geschenkt. Viele liberale und linke Intellektuelle waren für den Aufbau der „neuen Gesellschaft“ zu begeistern. In Deutschland trugen die weit verbreiteten Ressentiments gegenüber den Westmächten zur Bewunderung des sowjetischen Experiments bei. Die Faszination durch die Revolution und den Bolschewismus war insgesamt in der Weimarer Republik kaum weniger mächtig als die antibolschewistischen Affekte<sup>46</sup>.

Auch die westlichen Reaktionen auf Stalins „Revolution von oben“ in den Jahren 1928 bis 1932 waren von Zurückhaltung geprägt. Auf der

---

43 Vgl. Arkadi Waksberg, *Die Verfolgten Stalins*. Aus den Verliesen des KGB, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 179–236.

44 Vgl. Emma Goldman, *Die Ursachen des Niedergangs der russischen Revolution*, Berlin 1922; Alexander Berkman, *Die russische Tragödie. Ein Rückblick und Ausblick*, Berlin 1923.

45 Vgl. I. Steinberg (Anm. 3).

46 Vgl. hierzu Gerd Koenen, *Überprüfungen an einem „Nexus“*. Der Bolschewismus und die deutschen Intellektuellen nach Revolution und Weltkrieg 1917–1924, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte*, XXIV (1995): Deutschland und Rußland, hrsg. vom Institut für Deutsche Geschichte der Universität Tel Aviv, Stuttgart 1995, S. 359–391.

42 Vgl. J. Keep (Anm. 41), S. 15.

diplomatischen Ebene setzte sich die Staatsräson gegenüber Menschenrechtsüberlegungen klar durch. So waren im deutschen Auswärtigen Amt die Rußlandpolitiker zwar enttäuscht, daß ihre Hoffnung, die UdSSR werde sich zu einer bürgerlichen Gesellschaftsordnung entwickeln, geplatzt war. Zur bisherigen Politik sah man aber keine Alternative. Das Vorgehen Stalins gegen die Bauern machte eine Revision der Rußlandpolitik nicht aktuell. „Ein stabiler, aber radikaler Stalin ist besser als ein gemäßigter, aber autoritätsloser X“, erklärte der deutsche Botschafter in Moskau, Dirksen<sup>47</sup>.

Die linke und liberale Intelligenz im Westen wurde in den dreißiger Jahren von Seiten der sowjetischen Auslandspropaganda auf bedingungslose Unterstützung der stalinistischen Politik eingeschworen, um antisowjetische Kampagnen zu begrenzen. Nachrichten über den Terror in der Sowjetunion wurden als übertrieben dargestellt. Sorgfältig vorbereitete Reisen westlicher Intellektueller und deren Publikationen im Westen halfen der UdSSR, ihr ramponiertes Image aufzubessern. So reisten Sidney and Beatrice Webb, Veteranen der sozialistischen Bewegung Großbritanniens, 1936 in die Sowjetunion und lobten sie als „neue Zivilisation“<sup>48</sup>. Wie alle Reisen wichtiger „Multiplikatoren“ aus dem Westen war auch diese von sowjetischer Seite gut vorbereitet worden. Das galt auch für den Besuch des Schriftstellers Lion Feuchtwanger am Anfang des Terrorjahrs 1937. In seinem im gleichen Jahr veröffentlichten Reisebericht pries Feuchtwanger die Zufriedenheit und das Glück der sowjetischen Arbeiter und Bauern, zeigte Verständnis für die „Schauprozesse“, deren absurden Anklagen und Geständnissen er Glauben schenkte, und lobte den schlichten, ehrlichen Stalin, der nichts anderes als die sozialistische Demokratie verwirklichen wolle<sup>49</sup>. Feuchtwanger stand mit diesen Ansichten nicht allein. Nur wenige linke Intellektuelle wie André Gide, gegen dessen kritischen Reisebericht Feuchtwanger anscrieb, wandten sich nach einem Besuch in Rußland vom Stalinismus ab. Die große Mehrheit selbst der demokratischen Linken verhielt sich angesichts des Triumphs von Nationalsozialismus und Faschismus blind gegenüber dem Terror des sowjetischen Kommunismus, ja viele stimmten in

die großen Gesänge zu Ehren des weisen Stalin ein<sup>50</sup>.

## IX. Die Rolle Stalins

Welche Rolle spielte Stalin im Zusammenhang mit dem Terror? Sicherlich konnte er allein das Terrortsystem nicht per Befehl schaffen. Dazu benötigte er überzeugte und gewaltbereite zehntausende „kleine Stalins“, begeisterte Aktivisten, verängstigte oder gleichgültige Denunzianten und Informanten des Geheimdiensts. Und doch war Stalin mehr als der „primus inter pares“ in der Parteiführung oder der „Oberschiedsrichter“ der Partei, wie es einige Forscher gerne sehen wollen<sup>51</sup>. Jede Terrorkampagne wurde zwar „unten“ aufgenommen und ausgeführt, sie kam aber von oben, ausschließlich mit Billigung oder auf Initiative Stalins. Stalin dirigierte die Schauprozesse und gab schon 1930 Anweisungen, welche Geständnisse bei prominenten Verhafteten zu erreichen seien und wer zu erschießen sei<sup>52</sup>.

Vom NKWD wurden in den dreißiger Jahren Listen bekannter Personen angefertigt, die durch das Militärkollegium des Obersten Gerichts oder die „Sonderberatung“ des NKWD zu verurteilen waren. Diese Listen wurden Stalin persönlich übermittelt, wobei von ihm die Strafe festgesetzt bzw. gebilligt wurde. Diese bestand entweder aus Erschießung (1. Kategorie), Haft zwischen acht und 25 Jahren (2. Kategorie) oder Haft unter acht Jahren und Verbannung (3. Kategorie). Für die Jahre 1937/38 wurden 383 Listen mit den Namen von 44 000 Parteifunktionären, Armeekommandeuren und Wirtschaftsmanagern gefunden, die an Stalin persönlich übermittelt worden waren. Von diesen Personen wurden 39 000 zur Erschießung bestimmt. Von 383 Listen waren 362 persönlich von Stalin abgezeichnet. 373 Listen waren von Molotow, 195 von Woroschilow, 191 von Kaganowitsch und 177 von Shdanow unterschrieben. Alle diese und andere Parteiführer waren persönlich

50 Vgl. André Gide, Zurück aus Sowjetrußland, Zürich 1937. Zur Verherrlichung der kommunistischen Führer durch linke Intellektuelle vgl. Gerd Koenen, Die großen Gesänge. Lenin, Stalin, Mao Tse-Tung: Führerkulte und Heldenmythen des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/M. 1991.

51 Vgl. J. A. Getty (Anm. 25). Vgl. zur „revisionistischen“ Forschungsrichtung: Hans-Henning Schröder, Stalinismus „von unten“?, in: Dietrich Geyer (Hrsg.), Die Umwertung der sowjetischen Geschichte, Göttingen 1991, S. 133–166.

52 Vgl. seine Briefe an Molotow, in: Pis'ma I. W. Stalina W. M. Molotowu, 1925–1936gg. [Briefe I. W. Stalins an W. M. Molotow 1925–1936], Moskau 1995, S. 211, 216.

47 Zit. nach Christoph Mick, Sowjetische Propaganda, Fünfjahrplan und deutsche Rußlandpolitik 1928–1932, Stuttgart 1995, S. 416.

48 „Soviet Communism: a new civilisation“ lautet der Titel des Buches von Sydney Webb (London 1937).

49 Vgl. Lion Feuchtwanger, Moskau 1937. Ein Reisebericht für meine Freunde, Amsterdam 1937.

für die Durchführung von Terroraktionen in Ministerien, der Armee und verschiedenen Regionen des Landes verantwortlich<sup>53</sup>. Und doch hing das Terrorregime am „Führer“ selbst. Niemand aus der engsten Umgebung Stalins – selbst nicht ein skrupelloser Mann wie Beria – kam nach dem Tod des „Führers“ auf die Idee, das Land könne weiterhin mit denselben terroristischen Methoden wie zuvor regiert werden. Ohne Stalin konnte der Stalinismus nicht mehr funktionieren.

---

## X. Die Auseinandersetzung über den Terror in der UdSSR und in Rußland

---

Chruschtschows Geheimrede auf dem 20. Parteitag 1956, in der er mit Stalins Verbrechen abrechnete, eröffnete in der Sowjetunion eine erste Auseinandersetzung mit dem Stalinismus. Sie war ein langwieriger, von vielen Widerständen begleiteter Prozeß. Daß er als Kritik des „Persönlichkeitskults“ vonstatten ging, weist schon darauf hin, daß die Grundlagen des Systems – die kommunistische Ideologie und das Machtmonopol der KPdSU – nicht in Frage gestellt werden durften. Selbst das Wort „Stalinismus“ galt den sowjetischen Parteiführern noch bis 1986 als Begriff der feindlichen westlichen Propaganda. Mit der Absetzung Chruschtschows im Oktober 1964 war auch die Aufarbeitung der Stalin-Zeit zu Ende. Sie geschah ab dann nur noch in illegalen Zirkeln und Schriften durch sozialistische Dissidenten wie den Historiker Roy Medwedjew oder neoslawophile Regimekritiker wie Alexander Solschenyzin. Mit der Perestrojka begann in der UdSSR dann ein boomhaftes Interesse an der eigenen Geschichte, das große Kreise der Bildungsschichten erfaßte und von Literaten und Publizisten befördert wurde. Der Versuch der Führung der KPdSU, die Diskussion um die sowjetische Geschichte zugleich auf einem antistalinistischen und proleninistischen Kurs zu halten, also die Parteiherrschaft nicht zu gefährden, war spätestens 1989 gescheitert<sup>54</sup>.

53 Diese Angaben stammen aus einem 1988 angefertigten Bericht für das ZK der KPdSU. Vgl. Westnik Archiwa Presidenta Rossijskoj Federazii, in: Istotschnik, (1995) 1, S. 123–130.

54 Zur Geschichtsdebatte der Perestrojka-Zeit vgl. Markus Wehner, Auf der Suche nach „Wahrheit“? Zum polemischen Streit sowjetischer Historiker und Publizisten über die 1920er Jahre und die Ursprünge des Stalinismus, in: Osteuropa, (1990) 12, S. 1129–1144; D. Geyer (Anm. 51); Robert Davies, Perestrojka und Geschichte. Die Wende in der sowjetischen Historiographie, München 1991.

War diese Debatte noch eher von den politischen Auseinandersetzungen der Umbruchzeit geprägt, so begann seit 1991 mit der Öffnung der Archive auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Stalinismus. Die Historiker in den GUS-Staaten haben seitdem viele Schlüsseldokumente der Stalin-Zeit veröffentlicht und das Schicksal der Opfer des Stalinismus beschrieben. Wenig ist bislang über die Täter im Stalinismus bekannt. Defizite bestehen auch im methodischen Herangehen. Die in den letzten Jahren in Rußland erschienenen Dokumentenbände, Monographien und Aufsätze stellen die Stalinismusforschung jedoch auf eine neue Quellenbasis. Daß die russischen, ukrainischen oder kasachischen Forscher vor allem erst einmal diejenigen Informationen sammelten, die ihnen jahrzehntelang vorenthalten wurden, kann man ihnen wohl ebensowenig vorwerfen wie den noch unbekümmerten, von früheren ideologischen Auseinandersetzungen geprägten Umgang mit der Totalitarismustheorie.

---

## XI. Versuch einer Bewertung

---

Sicherlich kann der Stalinismus nicht ausreichend durch den Terror beschrieben werden. Es ist fraglich, ob der Terror allein das Regime an der Macht hätte halten können. Dazu bedurfte es der Unterstützung, der Loyalität, des Glaubens von entscheidenden Teilen der Bevölkerung, von Seiten der Partei- und Komsomolaktivisten, der Wirtschaftsfunktionäre sowie Teilen der Arbeiterschaft. Hinzu kommt, daß der rasche soziale Wandel und auch die „Säuberungen“ vielen die Möglichkeit boten, in der gesellschaftlichen Hierarchie aufzusteigen und sich mit dem System zu identifizieren. Zumindest in der Industrialisierung und im Bildungsbereich wurden unzweifelhaft Erfolge erzielt. Der Terror behält jedoch für die Stalin-Zeit eine so große Bedeutung, daß auch eine sozial- und kulturgeschichtliche Betrachtung des Stalinismus nicht daran vorbeikommt, ihn als ein konstitutives Element einzubeziehen. Tut sie es nicht, gerät das Bild der stalinistischen Sowjetunion in erhebliche Schiefelage.

Was aber war das Ziel des Terrors? Welchen Sinn ergab es, Hunderttausende Menschen zu erschießen und Millionen ins Lager zu sperren? War der Gulag ein Teil der nachholenden Modernisierung Rußlands, der Terror also nur eine „Zwangsjacke des Fortschritts“, ein „Instrument staatlich forcierter Entwicklungspolitik“, wie ein Autor heute

immer noch behauptet?<sup>55</sup> Die Vernichtung von Millionen Menschen ergibt in dieser Interpretation keinen Sinn.

War der Terror ein Instrument zur Konfliktbewältigung und Herrschaftssicherung für ein schwaches Regime, das nicht in der Lage war, andere Wege zu beschreiten? Auch hier sind Zweifel angebracht. Die Stalinsche Parteiführung besaß eine große Sensibilität für die Gefährdung ihrer Herrschaft: Sie schraubte den Terror zurück, wenn sie sich bedroht sah – so 1934 nach der Hungerkatastrophe oder Ende 1938, als der Große Terror die Basis des Regimes vollständig zu untergraben schien. Terrorwellen wurden hingegen in Gang gesetzt, als das Regime sich besonders sicher fühlte (1929–1930, 1936, 1948–1949). Der Terror diente der Vernichtung potentieller Gegner, der Beseitigung alter, als unzuverlässig betrachteter Eliten, der Zerschlagung einer als unbeugsam und unkontrollierbar eingeschätzten Bauernschaft, der

55 Vgl. Gerhard Armanski, *Maschinen des Terrors. Das Lager (KZ und Gulag) in der Moderne*, Münster 1993.

Ausbeutung billiger Arbeitskräfte, schließlich der Bestrafung und Entwurzelung nationaler Minderheiten, die als „fünfte Kolonne“ im Land galten. Eine allgemeine Funktion des Terrors war die Einschüchterung und Disziplinierung der Bevölkerung. Der stalinistische Terror kann insofern – auch wenn er objektiv „irrational und ökonomisch kontraproduktiv“ war – doch in weiten Teilen „im Sinne von Herrschaft funktional“ erklärt werden<sup>56</sup>.

Das ganze Ausmaß des Terrors ist jedoch nur im Zusammenhang mit dem Ziel des Stalinismus zu verstehen, die Gesellschaft von allen potentiell feindlichen, selbst unbewußt resistenten und ungläubigen Elementen zu „säubern“. Der stalinistische Terror nahm keine soziale oder weltanschauliche Gruppe aus, sondern traf in seinen verschiedenen Kampagnen die gesamte Gesellschaft von den politischen Eliten bis zu den unteren Schichten. In diesem Sinne war der Stalinismus *die* totalitäre Diktatur des 20. Jahrhunderts.

56 H.-H. Schröder (Anm. 51), S. 164.

# Sowjetische Hegemonie und Kommunismus in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg

## I.

In der zeitgenössischen Geschichtsschreibung Ostmitteleuropas nennt man die 1989/90 zusammengebrochene Herrschaft totalitär oder meistens einfach beim Namen: Kommunismus. Als Synonyme sind „totalitäre Diktatur“<sup>1</sup>, „totalitäres politisches System“<sup>2</sup> im Gebrauch. Auch der „Reformkommunismus ist eine Variante des Chruschtschowschen Stalinismus“<sup>3</sup>; der „Stalinismus ist mit dem sowjetischen System identisch“<sup>4</sup>. Das seit Februar 1948 durch die Kommunisten in der Tschechoslowakei nach dem Stalinschen Sozialismusmodell errichtete „totalitäre Regime“ sei durch die Unterordnung nationaler Interessen unter die Bedürfnisse der sowjetischen Machtpolitik gekennzeichnet gewesen<sup>5</sup>.

Die polnische Historiographie betrachtet den durch Gomulka repräsentierten „polnischen Weg zum Sozialismus“ ebenfalls als „stalinistisches System“<sup>6</sup>. Jerzy Holzer lehnt dagegen die Bezeichnung „Stalinismus“ ab; es handele sich dabei um Propaganda der regierenden Kommunisten, die das von ihnen geschaffene System nicht als „Kommunismus als solchen“, sondern als fehlerhafte Entartung denunzierten in dem Moment, als die Repressionen vor ihnen selber nicht haltmachten<sup>7</sup>. Holzer spricht wie viele andere schlicht vom Kommunismus. Witold Pronobis, Remigrant aus

den USA, benutzt die Ausdrücke „Stalinismus“ und „stalinistisch“ nur zur Charakterisierung der Phase zwischen 1947 und 1953, des Zeitraums der „vollständigen Unterordnung des Landes unter die Direktiven Moskaus“<sup>8</sup>.

Meinungsvielfalt herrscht über den Beginn des sowjetisch-kommunistischen Totalitarismus: Für einige – wie Ivan Svitak – begann er in Ostmitteleuropa bereits 1938/39<sup>9</sup>; einige halten die Jahre 1944/45 für die entscheidende Zäsur, die meisten betrachten als Wendepunkt erst die Jahre 1947/48. Unterschiede in Terminologie und Chronologie spiegeln vielfach rechtspositivistische Probleme wider. Das abstrakte Prinzip der Rechtskontinuität terminiert den Beginn des „Unrechtsstaats“ in Rußland auf den 7. November 1917 (des Julianischen Kalenders), das polnische Recht legte den Anfang der kommunistischen Herrschaft mit dem 1. Januar 1944 fest, für die Tschechoslowakei und Ungarn gilt der 28. Februar 1948 bzw. der 8. Juni 1949 als Stichtag der „Vollendung der kommunistischen Machtübernahme“. Kompliziert ist die Rechtslage in Deutschland, gilt hier doch der 8. Mai 1945 als Stichtag für straf- und verwaltungsrechtliche Entscheidungen sowie – grosso modo – der 7. Oktober 1949 als Limit für rechtswidrige vermögensrechtliche Eingriffe, wobei noch zwischen besatzungsrechtlichen und besatzungshoheitlichen Maßnahmen zu unterscheiden ist<sup>10</sup>.

Das eigentliche Problem und oftmals ein Tabu stellt die Phase des Übergangs vom nationalsozialistischen zum kommunistischen Totalitarismus dar, und hier insbesondere die Behandlung nationaler Minderheiten nach dem Krieg. Der polnische Historiker Andrzej Paczkowski vertritt den Standpunkt, daß beide Totalitarismen nur in ihrer Maßlosigkeit vergleichbar seien. Jozef Smaga, des-

1 Ivan Svitak, *Nesnesitelne bremeno dejin* [Die unerträgliche Last der Geschichte], Praha 1990. Die Aufsätze sind zwischen 1968 und 1986 entstanden.

2 Autorenkollektiv (Pavel Belina u. a.), *Dejiny zemi koruny Ceske* [Geschichte der Länder der böhmischen Krone], Bd. 2, Praha 1992, Bd. 2, S. 268. Für den Zeitraum nach 1948.

3 I. Svitak (Anm. 1), S. 60–72.

4 Ebd., S. 35.

5 Vgl. Jiri Bilek, *Pomocne technicke prapory (1950–1954), Sesity Ustavu pro soudobé dejiny*, Bd. 2 [Technische Hilfsverbände (1950–1954), Hefte des Instituts für Zeitgeschichte, Bd. 2], Praha 1992, S. 7.

6 Jerzy Topolski, *Historia Polski od czasów najdawniejszych do 1990 roku* [Die Geschichte Polens von den Anfängen bis 1990], Warszawa 1994, S. 313, 317, 319. Vgl. Anm. 37.

7 Jerzy Holzer, *Solidarnosc 1980–1981. Geneza i historia* [Die Solidarnosc 1980–1981. Entstehung und Geschichte], Warszawa 1990, S. 13.

8 Witold Pronobis, *Polska i swiat w XX wieku* [Polen und die Welt im 20. Jahrhundert], Warszawa o. J. S. 350.

9 Vgl. Ivan Svitak, *Veliky skluz. Dobrovolna sovetizace 1938–1948* [Der große Rutsch. Die freiwillige Sowjetisierung 1938–1948], Praha 1990. Dieser 1981 entstandene Sammelband ist bereits 1984 und 1985 in München erschienen.

10 Vgl. Georg Brunner (Hrsg.), *Juristische Bewältigung des kommunistischen Unrechts in Osteuropa und Deutschland*, Berlin 1995.

sen Geschichte der Sowjetunion einige vergleichende Aussagen über „Hitlerismus“ und „Stalinismus“ enthält, meint, daß infolge vieler Paradoxien die „Effizienz beider Terrorismen unvergleichbar“ sei: Der Hitlerismus sei irrational, eindeutig, nicht steigerungsfähig und im Prinzip auf ein Volk begrenzt gewesen, während der Stalinismus viele Mutationen entwickelt habe<sup>11</sup>.

Das Phänomen der „freiwilligen Sowjetisierung“, wie Ivan Svitak den in der Tschechoslowakei angeblich schon 1938 eingeleiteten Unterwerfungsprozeß nannte (und gegenüber dem polnischen Widerstandsheroismus als typisierende Alternative vorstellte), können aber weder ethnischer bzw. kultureller Partikularismus noch geopolitische Zwänge hinreichend erklären. Der von Leszek Kolakowski prophezeite osteuropäische „Historikerstreit“ beherrscht längst die historisierende Publizistik; er hat nur noch nicht die höheren akademischen Weihen erhalten.

---

## II.

---

In Europa sind nur in den von der Roten Armee besetzten Ländern kommunistische Regime entstanden. In Griechenland und Österreich konnten unabhängige Regierungen gebildet werden; Finnland kapitulierte 1944, ohne anschließend besetzt zu werden; in Jugoslawien und Albanien wurden zwar kommunistische Regierungen etabliert, doch außerhalb der unmittelbaren Kontrolle durch die Rote Armee gerieten sie nicht in Abhängigkeit von Moskau.

Aus der Tschechoslowakei zogen die sowjetischen Truppen im Dezember 1945 zwar ab, doch infolge des ständigen Transitverkehrs sowjetischer Verbände zwischen den Besatzungszonen in Österreich, Deutschland, Ungarn und Polen blieben die Transport- und Kommunikationswege faktisch unter ihrer Kontrolle.

Militärische Maßnahmen, die direkte Operationsmöglichkeiten gegen den ostmitteleuropäischen Staatengürtel vom Boden der UdSSR erlaubten, garantierten die zwischen 1939 und 1945 im Baltikum, in Polen, Bessarabien, in der Bukowina und der Karpatho-Ukraine durchgeführten Annektionen; nach 1945 besetzten sowjetische Garnisonen in der SBZ/DDR, in Polen, Ungarn, Rumänien

11 Vgl. Jozef Smaga, *Narodziny i upadek imperium, ZSRR 1917–1991* [Entstehung und Zusammenbruch eines Imperiums, die UdSSR 1917–1991], Krakow 1992.

und Österreich die strategischen Kommunikationslinien.

Entsprechende strategisch-politische Kalküle wurden schon im Zusammenhang mit dem Vormarschtempo der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg sichtbar: Obwohl die Rote Armee bereits im Januar 1944 in den seit dem Hitler-Stalin-Pakt von 1939 umstrittenen Teil Polens einmarschiert war und im April 1944 die rumänische sowie die slowakische Grenze erreicht hatte, geriet der Vormarsch ins Stocken. Vojtech Mastny resümiert, daß die Rote Armee nach dem Erreichen der Grenzen zögerte, weil Stalin die anglo-amerikanische Landung in der Normandie am 6. Juni 1944 abgewartet habe<sup>12</sup>. Ende 1944 stand in Ostpolen, in der Slowakei, in Rumänien, Bulgarien, Ungarn und in kleinen Teilen Jugoslawiens eine Armee von 7,1 Millionen sowjetischen Soldaten. Die Kampfpausen wurden genutzt, um die eroberten Länder nach kriegsrechtlichen Prinzipien politisch zu sichern.

Auf der Jalta-Konferenz verpflichteten sich im Februar 1945 die Großmächte, „die Völker der befreiten europäischen Staaten“ bei der „Schaffung von vorläufigen Regierungsgewalten ... und die ... Errichtung von ... Regierungen auf dem Weg freier Wahlen“ zu unterstützen<sup>13</sup>. Stalin verstand dies, wie er im April 1945 Milovan Djilas gegenüber äußerte, in dem Sinne, daß „wer immer ein Gebiet besetzt, ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf(erlegt). Jeder führt sein eigenes System ein, soweit seine Armee vordringen kann.“<sup>14</sup>

Die „politische Pazifizierung“ der eingenommenen Gebiete durch Truppen des sowjetischen Innenministeriums zählte zu den ersten Aufgaben des einer direkten politischen Führung durch das ZK der sowjetischen Kommunistischen Partei unterstellten militärpolitischen Apparats. Nach dem Überfall Polens durch die UdSSR waren durch Beschluß des Politbüros des ZK vom 5. März 1940 21 857 kriegsgefangene Angehörige der polnischen Eliten als „tiefverwurzelte, unverbesserliche Feinde des Sowjetsystems“ aus Gründen der politischen „Prophylaxe“, wie es im Beschluß ausdrücklich hieß, ermordet worden<sup>15</sup>. Solch maßloser Terror trug zur Entstehung eines

12 Vgl. Vojtech Mastny, *Moskaus Weg zum Kalten Krieg*, München 1980, S. 190.

13 Zit. nach: Jens Hacker, *Der Ostblock*, Baden-Baden 1983, S. 158.

14 Milovan Djilas, *Gespräche mit Stalin*, Frankfurt/M. 1962, S. 146.

15 Vgl. *Russkaja mysl* [Die russische Idee], Paris, 23. Oktober 1992.

Klimas der Rechtlosigkeit und Willkür bei, das nach Kriegsende nur sehr langsam verschwinden konnte. Sowjetische Spezialverbände, von einheimischen Kräften assistiert und durch diese bald ersetzt, führten die Gesetzlosigkeit mit Terrorakten zunächst fort. In Polen wurden in den Jahren 1944–1948 formal legal über zweieinhalbtausend Todesurteile ausgesprochen, ohne förmliche Gerichtsverfahren allerdings schätzungsweise mehrere Zehntausend Polen ermordet<sup>16</sup>. Willkürliche Deportationen in die Sowjetunion und Internierungen von Hunderttausenden schufen in Ostmitteleuropa ein Bild des Grauens – ein krasses Gegenbild zur offiziellen Propagandaformel von der „Befreiung“ durch die Rote Armee.

Sowjetische Armee und Staatssicherheit nahmen nicht nur unmittelbaren Einfluß auf die innenpolitische Entwicklung, sie wirkten in den Armeen, Polizeien und Sicherheitsbehörden der mitteleuropäischen Länder auch indirekt: So dienten zwischen 1943 und Juli 1945 in der etwa 100 000 Mann starken polnischen Armee in der Sowjetunion über 33 000 sowjetische Soldaten, darunter 20 000 Offiziere und über 13 000 Unteroffiziere<sup>17</sup>. Das Offizierskorps dieser „polnischen Armee“ bestand 1943 zu zwei Dritteln aus Sowjets<sup>18</sup>; der größte Teil des polnischen Offizierskorps war von Berijas Staatssicherheit in Katyn ermordet worden. Noch 1953 dienten in der Polnischen Armee 52 sowjetische Generäle, 670 Offiziere und weitere 200 Berater<sup>19</sup>.

Auf der Grundlage des Militärabkommens von 1941 wurden in der UdSSR auch tschechoslowakische Einheiten aufgestellt. Von ihren ca. 16 000 Angehörigen im Frühjahr 1944 waren allerdings 12 000 wolhynische Tschechen mit sowjetischer Staatsbürgerschaft, außerdem dienten noch 350 sowjetische Offiziere und Unteroffiziere als Instruktoren<sup>20</sup>. In Jugoslawien wurden ab Oktober

1944 bei allen staatlichen, wirtschaftlichen und militärischen Institutionen sowjetische Berater eingesetzt, etwa 500 beim Militär. Freilich trugen sie Uniformen der Jugoslawischen Armee<sup>21</sup>.

Die Erringung der politischen Hegemonie durch einheimische Kommunisten erfolgte stufenweise im Rahmen ihrer Taktik der „Nationalen Front“. Dieser 1948/49 weitgehend abgeschlossene Prozeß war gekennzeichnet durch eine Kombination von Elementen einer Revolution „von oben“ und „von unten“. Die Übernahme der Regierungsgewalt durch Allparteienkoalitionen wurde durch organisierte Formen radikaler Einflußnahme ergänzt, die die Kontrolle der staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen sicherten. Diese – schrittweise institutionalisierten – Initiativen „schärften“ nicht nur die übernommenen alten oder im Aufbau befindlichen neuen staatlichen Machtinstrumente, sondern gewährleisteten gleichzeitig die personale Unterwanderung bzw. die Paralisierung der alten Ordnungsstrukturen.

Diese von Land zu Land stark variierende Taktik der jeweiligen „Nationalen Front“ wurde im Windschatten sowjetischer Truppen und Diplomatie vollzogen, die in die innenpolitische Entwicklung auf allen Ebenen massiv intervenierten. Polen war insofern ein Sonderfall, weil es sich beim Lubliner „Polnischen Komitee der nationalen Befreiung“ als Vorläufer der provisorischen Regierung im strengen Sinne um keine verfassungsmäßige Einrichtung handelte; die Tschechoslowakei wiederum deshalb, weil dort der Prozeß der kommunistischen Machtübernahme den Anschein völliger demokratischer Rechtskontinuität hinterließ. Doch auch hier ist die sogenannte Salami-Taktik voll zum Tragen gekommen<sup>22</sup>.

So wurde das Konzept des tschechoslowakischen Exilpräsidenten Edvard Beneš<sup>23</sup>, mittels einer militärischen Erhebung zwischen den vorrückenden alliierten Armeen ein *fait accompli* zu schaffen, sukzessive neutralisiert: Zunächst versagten die Briten aus diplomatischer Rücksichtnahme auf den sowjetischen Alliierten die unerläßliche Waf-

16 Vgl. Maria Turlejska, *Te pokolenia zalobami czarne ... Skazani na smierc i ich sedzowie 1944–1954* [Generationen in Trauer ... Die zum Tode Verurteilten und ihre Richter 1944 bis 1954], London 1989, S. 107.

17 Vgl. Wladyslaw Mis, *Od wojny do pokoju. Gospodarka Polski w latach 1944–1946* [Vom Krieg zum Frieden. Die Wirtschaft Polens in den Jahren 1944–1946], Warszawa 1978, S. 272.

18 Vgl. Antony Polonsky, Boleslaw Drukier, *The Beginnings of Communist Rule in Poland*, London 1980, S. 12.

19 Vgl. Andrzej Paczkowski, *Pol wieku dziejow Polski 1939–1989* [Ein halbes Jahrhundert polnischer Geschichte 1939–1989], Warszawa 1995, S. 263.

20 Vgl. Vaclav Pesa u. a., *Ceskoslovensky lid v boji proti imperialismu a fasismu v Evrope v letech 1933–1945* [Das tschechoslowakische Volk im Kampf gegen Imperialismus und Faschismus in Europa in den Jahren 1933–1945], Praha 1982, S. 292.

21 Vgl. Vladimir Dedijer, *Novi prilozci za biografiju Josipa Broza Tita (1945–1955)*, Treci tom [Neue Anlagen zur Biographie Josip Broz Titos (1945–1955), Dritter Band], Beograd 1984, S. 208 und 213.

22 Der Ausdruck Salami-Taktik geht auf den damaligen ungarischen Parteichef Matyas Rakosi zurück, der die Machteroberung durch die Kommunisten damit verglich, daß man wie bei einer Salami eine Scheibe nach der anderen abschneidet.

23 Edvard Beneš (1884–1948) war Volkssozialist, 1918 bis 1935 Außenminister, 1935–1938 Staatspräsident der ČSR, 1940–1945 Staatspräsident im Exil, 1945–1948 wieder Staatspräsident der ČSR.

fenhilfe, und tschechoslowakische Kommunisten dürften dann in Moskau ähnliche Gründe bewogen haben, Beneš nach Abschluß des sowjetisch-tschechoslowakischen Beistands- und Freundschaftsvertrages noch 1943 zu drängen, die Exilregierung nicht in die Heimat zurückkehren zu lassen, sondern eine neue Übergangsregierung zu bilden<sup>24</sup>. Auf Beneš' Hinhaltetaktik gaben die Exilkommunisten ihre erste Antwort, als sich im August 1944 in der Slowakei reguläre Truppen und irreguläre Partisanenverbände gegen die dortige separate Regierung erhoben. Die KPTsch-Exilführung behandelte die politische Vertretung der Aufständischen, den „Slowakischen Nationalrat“, als „autoritatives Organ der slowakischen nationalen Befreiungsbewegung“, worauf sich der „Slowakische Nationalrat“ einen Monat später mit sowjetischer Billigung zum „höchsten revolutionären Organ des Heimatwiderstandes auf legaler, exekutiver Ebene“ erklärte und dem Exilpräsidenten nur die Auslandsvertretung überließ<sup>25</sup>.

Ihre Autorität konnte die Exilregierung einen Monat später auch nicht in den inzwischen von sowjetischen Truppen besetzten tschechoslowakischen Gebieten der Karpatho-Ukraine gegen dort mit aktiver Unterstützung durch sowjetische Truppen entstandene „revolutionäre“ Nationalausschüsse durchsetzen<sup>26</sup>, so daß sich Beneš im Dezember 1944 gezwungen sah, in einem Dekret anstelle der alten territorialen Selbstverwaltung die von den Kommunisten geforderten Nationalausschüsse als neue Träger der öffentlichen Gewalt zu legitimieren.

Nach dem Einmarsch der Roten Armee in die Slowakei ab Mitte Januar 1945 machte der „Slowakische Nationalrat“ von seiner Exekutivlegitimation Gebrauch und verhinderte die Aufstellung einer unabhängigen Armee. Die Mobilisierung wurde auf die tschechoslowakische Armee in der UdSSR beschränkt<sup>27</sup>. Stalin drängte am 23. Januar 1945 die tschechoslowakischen Kommunisten – vor allem wohl wegen der Schwierigkeiten mit der Anerkennung der provisorischen polnischen Regierung durch die Westalliierten – allerdings auf Mäßi-

gung<sup>28</sup>. Im März 1945 überließ Beneš den Kommunisten acht von insgesamt 21 Sitzen der Provisorischen Regierung.

Die Hoffnung, daß die Westmächte Prag noch vor den sowjetischen Truppen erreichen würden, hatte Beneš noch nicht aufgegeben, als er am 31. März 1945 in Begleitung des sowjetischen Botschafters Sorin Moskau verließ. Noch auf sowjetischem Gebiet erfüllte er die Hauptforderung der Kommunisten: Die Exilregierung reichte ihre Demission ein – damit war der Präsident das einzige verfassungsmäßig legitimierte Staatsorgan<sup>29</sup>. Das am 2. April 1945 unterschriebene Verfassungsdekret Nr. 1 über die Organisation des Regierungsvorstands enthielt denn auch ein verfassungsrechtliches Novum: Dieses Gremium bestand aus den Vorsitzenden der in der Regierungskoalition vertretenen Parteien. Doch ihren politischen Aktionsradius schränkten die Parteien nicht nur auf diese Art der „Verstaatlichung“ ein. Ihre Manövrierfähigkeit war bereits durch einen „Sozialistischen Block“ der drei tschechischen sozialistischen Parteien – Kommunisten, Sozialdemokraten und Volkssozialisten – eingeengt worden.

Am 4. April 1945 kam die neue Regierung im slowakischen Kosice (Kaschau) an. Eine ihrer ersten Maßnahmen betraf die Ersetzung der alten Armeespitze und der Korpskommandeure durch aus der in der UdSSR gebildeten Auslandsarmee stammende Offiziere. „Es muß hervorgehoben werden“, berichtete der sowjetische Botschafter nach Moskau, „daß die Veränderungen durch Beneš nur unter dem Druck des Führungskerns der tschechoslowakischen Regierung unter Führung der Kommunisten“ erzielt worden seien<sup>30</sup>. Lobend fügte er hinzu, daß auch eine Reorganisation des Innenministeriums und die Bildung neuer Organe der Staatssicherheit „unter Ausnutzung der sowjetischen Erfahrungen“ vorbereitet worden sei<sup>31</sup>.

In Prag sah es damals noch so aus, als könnte das Konzept einer Restauration der demokratischen Strukturen aus der Vorkriegszeit aufgehen. Kommunistische Vertreter im illegalen „Tschechischen Revolutionsrat“, der am 5. Mai in Böhmen und Mähren die Übernahme der Regierungsgewalt dekretierte<sup>32</sup>, verhinderten aber, daß die nur ein

24 Vgl. Rozmluva z 18. prosince 1943, in: Milos Klimes u. a. (Hrsg.), Cesta ke Kvetnu. Dokumenty o vzniku a vyvoji lidové demokracie v Československu do února 1948 [Der Weg zum Mai. Dokumente über die Entstehung und Entwicklung der Volksdemokratie in der Tschechoslowakei bis zum Februar 1948], 2 Bde., Praha 1965, hier Bd. I, S. 57.

25 Vgl. Miroslav Boucek u. a. (Hrsg.), Program revoluce. Ko vzniku Kosického vládního programu [Das Programm der Revolution. Zur Entstehung des Kaschauer Regierungsprogramms], Praha 1975, S. 193.

26 Vgl. ebd., S. 200 ff.

27 Vgl. ebd., S. 234.

28 Vgl. ebd., S. 237.

29 Vgl. M. Klimes u. a. (Anm. 24), S. 575–578.

30 Sorin an Molotow und Wyschinski/Rechenschaftsbericht für den Zeitraum vom 3. April 1945–1. Januar 1946 vom 21. Januar 1946, in: Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation Moskau, 0138/27a/1/138a.

31 Ebd.

32 Vgl. M. Klimes u. a. (Anm. 24), S. 684–687.



bis zwei Stunden von Prag entfernten amerikanischen Truppen in den gegen die Wehrmacht ausgebrochenen Aufstand eingriffen<sup>33</sup>. So erreichten am 9. Mai 1945 sowjetische Militärverbände Prag und betätigten sich als Quartiermacher für die am nächsten Tag angekommene tschechoslowakische Übergangsregierung, die sich selbst – nach dem Zeugnis des sowjetischen Botschafters – als „Gefangene der Roten Armee“ bezeichnete<sup>34</sup>. Die Regierung habe die „ausschließliche Rolle der Sowjetunion und der Roten Armee bei der Befreiung der ČSR, bei der Errichtung der Demokratie und der Unabhängigkeit des Volkes“ anerkannt<sup>35</sup>.

Als wortradikale Verfechter eines nationalen Widerstandes gegen die Deutschen hatten die kommunistischen Parteien ihre politische wie soziale Integrationskraft stark erweitert; dies bewirkte auch die Amalgamierung des Kommunismus mit traditionellen Elementen des Nationalismus. Stalins „risikoscheues Kalkül“ (Andreas Hillgruber) mied ferner aus außenpolitischen Gründen zunächst eine strenge Orchestrierung kommunistischer Machtinstrumente.

In der national und politisch zerklüfteten Landschaft Jugoslawiens führte Tito eine „plebejische“ Konzeption der „Nationalen Front“ durch, indem er die Konsenspolitik mit Vertretern des alten Legalismus bald aufgab und stärker als in anderen Ländern unmittelbar zu radikalen Methoden einer „Revolution von unten“ griff. Diese Konfliktstrategie war von Massenterror begleitet, begründete aber die spätere Unabhängigkeit Jugoslawiens vom sowjetischen Einfluß.

Das Konzept der „Nationalen Front“ in den ostmitteleuropäischen Ländern als ein Gemisch aus legalen Konsensregierungen und revolutionären Basisräten war nicht nur ein Instrument Moskaus zur Kontrolle der nationalen Kommunisten; diese Taktik bezweckte gleichzeitig – wie der KPTsch-Vorsitzende Klement Gottwald 1945 intern preisgab –, durch die unerläßlichen wie unpopulären Nachkriegsmaßnahmen die Koalitionspartner zumindest propagandistisch zu kompromittieren, um auf diese Weise die Kommunisten als sozial und demokratisch zu profilieren. Denn schon im Herbst 1945 zeigten erste Nachkriegswahlen in Österreich und Ungarn, daß die kommunistischen

Parteien in Osteuropa noch weniger populär waren als in Westeuropa.

In der ČSR und in Polen war das mehr oder weniger erzwungene Konsenssystem der „Nationalen Front“ ab Anfang 1947 gelähmt. Eigentlich hat die Verständigung zwischen den politischen Spitzen nie richtig funktioniert: Schon 1945 berichtete der sowjetische Botschafter aus Prag über heftige Differenzen zwischen den Koalitionspartnern, über Kritik der Volkssozialisten und der katholischen Volkspartei am „totalitären bolschewistischen System“; und vorwurfsvoll bemerkte er über die tschechoslowakischen Kommunisten, daß sie aus „Angst vor dem Zerfall der Nationalen Front Kompromisse“ eingingen<sup>36</sup>.

Die Situation sei ernst, führte im April 1947 Wladyslaw Gomulka<sup>37</sup> im Politbüro der polnischen Kommunisten aus: Der ehemalige Regierungschef und Vorsitzende der sozialistischen Partei, Edward Osobka-Morawski<sup>38</sup>, arbeite gegen die Kommunisten, und der Vorsitzende der erst kürzlich aus der Regierung ausgeschiedenen und nunmehr offen oppositionell auftretenden Bauernpartei, Stanislaw Mikolajczyk<sup>39</sup>, kooperiere mit der katholischen Kirche<sup>40</sup>.

Ein Jahr später paralyisierten ähnliche Probleme für fast ein Jahr den Parteienblock in der SBZ, nachdem die Besatzungsmacht zwei weitere „bürgerliche“ Parteien geschaffen hatte, um die zwei bereits bestehenden politisch zu schwächen. Denn trotz aller vorgeblichen demokratischen Pluralität war die Konsenstaktik der „Nationalen Front“ nach den Worten des KPTsch-Vorsitzenden Klement Gottwald lediglich eine „Politik der Eroberung neuer Positionen, der Festigung der errunge-

36 Ebd.

37 Wladyslaw Gomulka (1905–1982), Altkommunist, 1943–1945 Sekretär und 1945–1948 Generalsekretär des ZK der (kommunistischen) Polnischen Arbeiterpartei, 1944–1949 stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats; 1951–1954 inhaftiert, 1956–1970 Erster Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei.

38 Edward Osobka-Morawski (1909), Sozialist, 1944–1947 Vorsitzender der polnischen Sozialistischen Partei, 1944 Vorsitzender des Polnischen Komitees der Nationalen Befreiung und dann bis Februar 1947 Vorsitzender des Ministerrats, 1947–1949 Minister für öffentliche Verwaltung.

39 Stanislaw Mikolajczyk (1901–1966), Führer der polnischen Bauernpartei, 1940–1945 im Exil, in der polnischen Exilregierung 1941–1943 stellvertretender und 1943–1944 Ministerpräsident. Bis Februar 1947 stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats, 1945–1947 faktisch Vorsitzender der Bauernpartei, im Oktober 1947 Flucht aus Polen, Exil in den USA.

40 Vgl. Protokoll des Politbüros Nr. 5 vom 2. April 1947, in: Archiwum Akt Nowych Warszawa [Archiv der neuen Akten Warschau], 295/V/3.

33 Vgl. Stanislav A. Ausky, *Vojska generala Vlasova v Cechach* [Die Truppen des Generals Wlassow in Böhmen], Praha 1992, sowie *Lidova demokracie* [Volksdemokratie], Praha, Nr. 18 vom 5. Mai 1990.

34 Vgl. Sorin (Anm. 30).

35 Ebd.

nen Positionen und der Verdrängung der Feinde in die Defensive“<sup>41</sup>.

### III.

Im sozialen Bereich prägten der Krieg und seine unmittelbaren Folgen weit stärker als die politischen Programme der Kommunisten die Nachkriegsentwicklung. Was die Eigentumsverhältnisse betraf, so war in Polen durch Stalins „Verschiebung“ der sowjetischen Westgrenze der Großgrundbesitz weitgehend beseitigt worden, denn die Majorate der polnischen Magnaten befanden sich in dem von der UdSSR 1939 annektierten Ost-Polen. In den Polen zugewiesenen Westgebieten wurde dann der deutsche Besitz auf ähnliche Weise nationalisiert, wie im Krieg fast die gesamte Industrie und das jüdische Vermögen in deutsche Hände übergegangen war; im ehemaligen Generalgouvernement verblieb nach dem Krieg nur ein kleiner Teil der kleinen und mittleren Industrie in privater Hand, so daß die Nationalisierung von 1946 in Polen nur den faktischen Zustand legalisierte.

Nicht viel anders ging die Transformation in der ČSR vor sich: Dort arbeiteten infolge der vorangegangenen „deutschen Ordnungsmaßnahmen“ und der späteren Nationalisierung des Eigentums von Deutschen, Ungarn und ihren „Kollaborateuren“ bereits 1947 61 Prozent und in der Slowakei sogar 65 Prozent der Beschäftigten im verstaatlichten Industriesektor<sup>42</sup>. Ähnliche Sozialisierungseffekte wurden in den besetzten Ländern – Bulgarien, Rumänien, Ungarn und in der SBZ – durch Bodenreform, personelle politische „Säuberungsmaßnahmen“ und Sicherung sowjetischer Reparationsansprüche erzielt. In Polen und in der Tschechoslowakei war dieser Prozeß mit der nahtlosen Weiterführung der von der deutschen Besatzung installierten totalitären Lenkungsmethoden verbunden: In beiden Ländern wurde die Zentralwirtschaftsverwaltung weitergeführt. Vergleichbare Auswirkungen hatte der Kriegstotalitarismus in der Landwirtschaft.

41 Klement Gottwald auf der Tagung des ZK der KPTsch vom 22./23. Januar 1947, in: Klement Gottwald, Spisy XI. 1943–1945 [Gesammelte Werke XI. 1943–1945], Praha 1955, S. 292.

42 Vgl. Frantisek Charvát/Jiri Linhart/Jiri Vecerník, Sociálne trídny struktúra Československa [Die soziale Klassenstruktur der Tschechoslowakei], Praha 1978, S. 61.

Erschreckend waren die demographischen Folgen des Krieges. Nach der Volkszählung von 1946 hatte Polen 24 Millionen Einwohner<sup>43</sup>. Der Krieg kostete 7,6 Millionen das Leben<sup>44</sup> und hinterließ über eine Million Waisen, insgesamt waren mehr als sechs Millionen – fast ein Drittel der Bevölkerung – auf staatliche Fürsorge angewiesen<sup>45</sup>. Die Zahl der polnischen Ärzte, Ingenieure, Juristen wurde im Krieg halbiert<sup>46</sup>. Massenwanderungsbewegungen hielten noch bis 1947 an, auch zwei Drittel der etwa 300 000 dem Völkermord entkommenen polnischen Juden verließen in mehreren Wellen bis 1950 das Land.

Mit 250 000–300 000 Toten und über 100 000 arbeitsunfähigen Kriegsinvaliden waren die Verluste in der Tschechoslowakei weniger dramatisch, doch können Leid und Trauer nicht mit statistischen Maßstäben gemessen werden<sup>47</sup>. Mehr als drei Millionen Deutsche wurden 1945/46 vertrieben. In der SBZ bestand die Bevölkerung zeitweilig zu einem Viertel aus Vertriebenen. Die Lockerung des sozialen Zusammenhalts war nur eine Begleiterscheinung der kriegsbedingten Mobilität.

Die räumlichen Wanderungen extremsten Ausmaßes – Flucht, Vertreibung, Migration – waren begleitet von allgemeiner Verarmung. In Polen und in der SBZ lag der durchschnittliche tägliche Kalorienwert der Ernährungsration noch Ende der vierziger Jahre deutlich unter dem Vorkriegsdurchschnitt<sup>48</sup>. In Berlin betrug die durchschnittliche Lebensmittelration im Oktober 1946 1 650

43 Vgl. Maria Turlejska, Swiat i Polska po wojnie (1945–1954) [Die Welt und Polen nach dem Krieg (1945–1945)], Warszawa 1969, S. 59. Davon waren 2,2 Millionen Deutsche.

44 Vgl. Andrzej Albert (d.i. Wojciech Roszkowski), Najnowsza historia Polski 1918–1980 [Neueste Geschichte Polens 1918–1980], London 1989, S. 495.

45 Nach Angaben des Ministers für Arbeit und soziale Fürsorge, in: Sprawozdanie Stenograficzne z posiedzieni KRN, IX. Sesja [Stenographische Berichte über die Sitzungen des Landesnationalrats, IX. Sitzung], (Dez. 1945/Jan. 1946), Sp. 179.

46 Nach Angaben von Stanislaw Wojcik (PSL), in: Sprawozdanie Stenograficzne z posiedzieni KRN, IX. Sesja [Stenographische Berichte über die Sitzungen des Landesnationalrats, IX. Sitzung], (Dez. 1945/Jan. 1946), Sp. 144.

47 Vgl. Anna Beinhauerová/Karel Sommer, K nekterym aspektum prumyslové zamestnanosti v ceskych zemích od osvobození do zahájení dvouletky [Zu einigen Aspekten der Beschäftigung in der Industrie in den böhmischen Ländern von der Befreiung bis zum Beginn des Zweijahrplans], in: Československý časopis historický [Tschechoslowakische Historische Zeitschrift], (1989) 3, S. 321–346, hier S. 325.

48 Vgl. Wladyslaw Mis, Zarys historii gospodarczej Polski Ludowej, Czesc I: Polska w okresie wielkich przemian społeczno-ekonomicznych 1944–1949 [Historischer Abriß der Geschichte der Volkswirtschaft Polens, Teil I: Polen in der Zeit der großen gesellschaftlich-ökonomischen Umwälzungen 1944–1949], Warszawa 1987, S. 62.

Kalorien<sup>49</sup>; in der SBZ waren 1948 „die derzeit festgesetzten Rationssätze mit einer durchschnittlichen Kalorienzahl von 1 500“ bewertet worden<sup>50</sup>. Der „tatsächliche Realisierungsgrad“ solch statistischen Planungsnormen war gering, in Polen betrug er zeitweilig nur 60 Prozent.

Die Arbeitsmoral sank derart dramatisch, daß beispielsweise in der polnischen Führung 1947 die Forderung auftauchte, daß „die Disziplin der Massen durch organisatorische Mittel gefestigt werden“ müsse<sup>51</sup>. In Böhmen und Mähren führten Inflation und andere Umstände dazu, daß der gegen Kriegsende bei 30 Prozent liegende Frauenanteil an den Beschäftigten nach einem vorübergehenden rapiden Absinken bis 1950 mit 33,4 Prozent diesen Stand wieder überschritt<sup>52</sup>. Die Metastasen des Kriegstotalitarismus beherrschten Wirtschaft wie Gesellschaft.

#### IV.

Die kommunistischen Parteien Ostmitteleuropas waren vor dem Krieg bestenfalls Splitterparteien, nur in der Tschechoslowakei war 1938 ein halbes Prozent der Bevölkerung Parteimitglied (in Deutschland lag der Anteil 1933 bei 0,35 Prozent und in Polen 1938 bei 0,06 Prozent). Nach dem Krieg wurden aus diesen Grüppchen Massenparteien: 1948 waren in der Tschechoslowakei mehr als zwanzig Prozent, in der SBZ fast zehn und in Polen immerhin sechs Prozent der Gesamtbevölkerung als Kommunisten organisiert. Und obwohl diese hohen Anteile nach Abschluß der innerparteilichen „Säuberungen“ Mitte der fünfziger Jahre deutlich nach unten korrigiert wurden – in der ČSR auf zwölf, in Polen auf fünf und in der DDR auf sechs Prozent –, blieb der nominelle Rückgang ohne Einfluß auf ihren Charakter als „Allerweltparteien“, deren Mitglieder sich nur zu etwa einem

Drittel Arbeiter nannten (was damals allerdings oft nur im „genetischen“ Sinne verstanden wurde, weil es Väter und Großväter betraf). Die Angestellten erreichten in der SED bereits 1956 eine Quote von etwa 40 Prozent.

Marginalisiert wurden die Vorkriegskommunisten: In der KPTsch waren es 1953 nur noch 1,5 Prozent, 1951 waren in der jetzt als „Partei des Volkes“ für sich werbenden SED mit einem Anteil von acht Prozent frühere Mitglieder der NSDAP in etwa genauso stark repräsentiert wie jene, die vor 1933 der KPD angehört hatten<sup>53</sup>. Diesen radikalen organisationssoziologischen Umbruch bezeichnete der tschechoslowakische Kommunistenchef Klement Gottwald schon 1945 als Chaos<sup>54</sup>, und noch 1948 stellte der deutsche Altkommunist Bernhard Koenen fest, daß zwischen Inlands- und Exilkommunisten, zwischen Neu- und Altkommunisten keine einheitliche und klare Ideologie vorhanden sei, „von den Millionenmassen der Mitglieder ganz zu schweigen“<sup>55</sup>. Mit den Nachkriegskonzepten „neue Demokratie“, „Volksdemokratie“ und „besonderer Weg zum Sozialismus“, mit Begriffen wie „Demokratie“ und „Diktatur“ konnte die zusammengewürfelte Parteimitgliederschaft nichts anfangen; sie verstand sie entweder überhaupt nicht oder falsch, ergab 1946/47 in der KPTsch eine innerparteiliche Umfrage<sup>56</sup>.

1947 leitete die Gründung des *Kominform* (des „Kommunistischen Informationsbüros“ zur zentralen Steuerung der ideologischen Propaganda) das Ende aller Experimente ein; ohnehin hatte die sowjetische ZK-Bürokratie die Nachkriegsentwicklung in den nationalen kommunistischen Parteien mit dem allergrößten Mißtrauen beobachtet<sup>57</sup>. Mit dem Sammlungsappell erfuhr auch das

49 Vgl. Wirtschaftsentwicklung in der Ostzone/9. Okt. 1946, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv (abgekürzt: SAPMO BArch), ZPA/NL 36/686.

50 DWK-Planung/Abteilung Landwirtschaft/Berlin, 23. März 1948, in: SAPMO BArch, ZPA/NL 36/687.

51 Kazimierz Kloc, Strajki w przemyśle w pierwszych latach Polski Ludowej [Industriestreiks in den ersten Jahren der Volksrepublik Polen], in: Studia nad ruchami społecznymi. Pod redakcją Pjotra Marciniaka i Wojciecha Modzelewskiego, Tom II. Uniwersytet Warszawski, Instytut Socjologii 1989 [Studien zu gesellschaftlichen Bewegungen. Unter der Redaktion von Pjotr Marciniak und Wojciech Modzelewski, Bd. II, Universität Warschau, Soziologisches Institut 1989], S. 36.

52 Vgl. F. Charvát u. a. (Anm. 42), S. 68.

53 Vgl. Jan Foitzik, Die stalinistischen „Säuberungen“ in den ostmitteleuropäischen kommunistischen Parteien, in: Hermann Weber/Dietrich Staritz (Hrsg.), Kommunisten verfolgen Kommunisten, Berlin 1993, S. 402–423.

54 Vortrag von Klement Gottwald auf dem 1. Prager Aktiv von KPTsch-Funktionären am 12. Mai 1945, in: Cestou Kvetna. Dokumenty k počátkum naší národní a demokratické revoluce. Duben 1945 – kveten 1946. Sestavil Jaroslav Soukup [Auf dem Mai-Weg. Dokumente über den Beginn unserer nationalen und demokratischen Revolution. April 1945–Mai 1946. Zusammengestellt durch Jaroslav Soukup], Praha 1975, S. 131–147.

55 Bernhard Koenen auf der 12. (26.) Tagung des Parteivorstandes der SED am 28./29. Juli 1948 (Protokoll), in: SAPMO BArch, IV 2/1/25, S. 182.

56 Vgl. Jan Foitzik, Nationalismus und Kommunismus, in: traverse, Zeitschrift für Geschichte, (Zürich), (1995) 3, S. 111–125, hier S. 115.

57 Vgl. Galina P. Muraschko/Albina F. Noskowa/Tatjana W. Wolokitina, Das Zentralkomitee der WKP (B) und das Ende der „nationalen Wege zum Sozialismus“, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 1994, S. 9–37.

Konzept der Regierung der „Nationalen Front“ wieder jene Deutung<sup>58</sup>, die ihr der Generalsekretär der *Komintern* – der „Kommunistischen Internationale“ –, Georgi Dimitroff, schon in seinem Grundsatzreferat auf dem VII. Weltkongreß der *Komintern* 1935 gegeben hatte: Die „Regierung der Einheitsfront“ sei keine Form der Stützung der liberalen Demokratie, auch keine friedliche Form des Übergangs zur proletarischen Diktatur, da die Sowjetmacht das Ziel bleibe<sup>59</sup>. Damit wurden die nationalen Wege der südost- und osteuropäischen Staaten wieder auf den Hauptweg zum Sozialismus gebracht. Als Wegweiser galt das von Stalin in der Sowjetunion geschaffene System, dessen „Bindemittel . . . Ideologie und ein außergewöhnlich ausgebauter Repressions- und Kontrollapparat (war), wobei die durch einen beispiellosen Kult umworbene Person des Tyrannen eine Klammer“ bildete<sup>60</sup>.

Zu den ersten Schritten zählte die Einschmelzung konkurrierender linker Parteien in die einheitliche nationale Arbeiterpartei (Ausnahmen wie 1945 in der Slowakei oder 1946 in der SBZ bestätigen die Regel), die durch organisatorische wie polizeiliche Disziplinierungsmittel zu straff zentralistischen und nach dem Prinzip unbedingter Gefolgschaftstreue funktionierenden „Parteien neuen (d. h. leninistisch-stalinistischen) Typus“ geformt wurden. In den „Nationalen Fronten“ wurden ab 1948 außer den geduldeten politischen Parteien auch die inzwischen kommunistisch dominierten Gewerkschaften, Genossenschaften, Frauen- und Jugendorganisationen um die Einheitspartei gruppiert, deren politische Vormachtstellung von ihren Trabanten noch zu Lebzeiten Stalins auch formell anerkannt wurde.

Begründet wurde dieses politische System unter Rückgriff auf Stalins Verdammung des „Dritten Weges“ aus dem Jahr 1929. Nationale Eigentümlichkeiten der Politik einzelner kommunistischer Parteien galten nunmehr lediglich als Ausdruck eines formalen Unterschieds, mit dem vor allem der vorangegangene Zeitabschnitt *ex post* legitimiert werden sollte. Der von den sowjetischen

Kommunisten vorgezeichnete Weg galt von nun ab nicht mehr nur als ein gemeinsamer, sondern für alle „Volksdemokraten“ als ein prinzipiell einheitlicher. Das betraf auch die Übernahme der stalinistischen Einpersonenherrschaft.

Das eigentliche Rückgrat dieser Herrschaftsform stellte jeweils der Staatssicherheitsdienst dar, der vermutlich auf der Grundlage sowjetischer Empfehlungen so auszubauen war, daß auf etwa 1 200–1 300 Einwohner ein Geheimpolizist kam. In Polen und Ungarn war diese Dichte schon Ende der vierziger Jahre erreicht. „Inoffizielle Mitarbeiter“, die damals noch in der Umgangssprache Spitzel, Fiesel usw. genannt wurden, zählte die Geheimpolizei zu Beginn der fünfziger Jahre sonst nur nach Hunderten; erst im Zuge der „systemimmanenten Demokratisierung“ wurden daraus zehn Jahre später Tausende und schließlich Zehntausende<sup>61</sup>. Der sowjetische Botschafter avancierte in den Ländern Osteuropas zum Statthalter. Er traf nach Rücksprache mit Moskau alle politischen Entscheidungen<sup>62</sup>. Garanten der innenpolitischen Stabilität waren die in allen Ländern des Ostblocks stationierten sowjetischen Garnisonen. Auf diesen sowjetischen militärischen „Beistand“ verzichtete 1948 die tschechoslowakische Parteiführung, obwohl Stalin ein solches Hilfeersuchen angeordnet hatte<sup>63</sup>.

Trotz all dieser ähnlich verlaufenden Gleichschaltungsprozesse bleibt es problematisch, sie als „Sowjetisierung“ zu bezeichnen. Von ihrer unterschiedlichen Intensität einmal abgesehen, konnte die sowjetische Einflußnahme aufgrund der differenzierenden materiellen Ausgangsbedingungen durchaus unterschiedliche Resultate erzeugen. Als „sowjetische“ Erfahrung galt schlechthin so gut wie alles, was etablierte Kommunisten je praktiziert hatten. Jedoch: Ein Mehrparteiensystem bei-

58 Die in der deutschen Begriffsnomenklatur strenge Unterscheidung zwischen Einheits-, Volks- und Nationaler Front ist auf die osteuropäischen Parteien nicht übertragbar.

59 Vgl. Georgi Dimitroff, *Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus*, zit. nach: Institut za medunarodni radnicki pokret (Hrsg.), *Sedmi Kongres Komunisticke Internacionale. Prvi deo* [Institut für internationale Arbeiterbewegung (Hrsg.), *Der VII. Kongreß der Kommunistischen Internationale*, Band 1], Gornji Milanovac 1983, S. 381 f., 597.

60 A. Paczkowski (Anm. 19), S. 289.

61 Jan Frolik, *Nastin organizacniho vyvoje statobezpecnostnich slozek Sboru narodni bezpecnosti v letech 1948–1989* [Skizze der Organisationsentwicklung der Staatssicherheitsverbände des Corps für nationale Sicherheit], in: *Sbornik archivnich praci* [Jahrbuch für archivalische Arbeiten], 2/1991, S. 447–510, hier: S. 479–483.

62 Der Einfluß des sowjetischen Botschafters ging so weit, daß er dem tschechoslowakischen Außenminister anordnete, den Kauf von Kleidern für Gattinnen von Botschaftern auf fünf und für Frauen von diplomatischen Räten auf zwei Stück jährlich zu begrenzen, weil ihr „Modestil“ im Ausland die „Einheit des volksdemokratischen Lagers“ gefährde. Vgl. *Zaznam o navsteve z 11. ledna 1954*, in: *Archiv ministerstva zahranicnich veci Praha, Generalni sekretariat 1945–1954* [Archiv des Außenministeriums Prag, Generalsekretariat 1945–1954], Kr. 181.

63 Vgl. Karel Kaplan, *Ceskoslovensko v letech 1945–1948*, 1. cast, [Die Tschechoslowakei in den Jahren 1945–1948, 1. Teil], Praha 1991, S. 149.

spielsweise, wie es in Polen, in der Tschechoslowakei und der SBZ/DDR zumindest der Form nach entstand, kannte die Sowjetunion nicht. Der polnische Wirtschaftsdiktator Hilary Minc meinte zwar, daß Polen und andere Volksdemokratien „fertige, erprobte sowjetische Muster übernehmen“ könnten<sup>64</sup>. Aber in der Sowjetunion gab es weder hinlängliche Erfahrungen mit einer Mehrsektorenwirtschaft noch einen klaren Eigentumsbegriff. Es gab dort ferner auch kein Sozialversicherungssystem und keine Krankenversicherung, kein Steuersystem und kein ausdifferenziertes Rechtssystem. Mit der Präzision der Bilder wachsen also die Unterschiede.

Das tatsächliche Funktionieren der kommunistischen Bürokratie wird häufig ebenfalls in abstrakter Weise verkürzt: So hatte sich die tschechoslowakische Armee-, Staats- und Parteiführung jahrelang um die Texte geheimer sowjetischer Militärvorschriften bemüht, um die tschechoslowakische Armee nach sowjetischem Muster umorganisieren zu können. Intern hieß es 1950 dazu: „Wir haben 1 011 sowjetische Militärreglements, übersetzt sind 38“, 813 lägen unbenutzt herum<sup>65</sup>. Die „Sowjetisierung“ war eben auch ihrer Methode nach „sowjetisch“; in ihrer Reichweite wird sie oft überschätzt.

In den Intentionen Moskaus gab es außer dem machtpolitischen Axiom kaum Konstanten, dafür zahlreiche funktionelle Variablen: Der sowjetische Antisemitismus beispielsweise war instrumentell: In Ungarn und in Polen stützten sich Parteiapparat und Geheimdienst auf „jüdische“ Funktionäre; in Prag organisierte man mit dem Slansky-Prozeß 1952 einen Pogrom, und die Frage bleibt noch offen, welche Rolle dabei massive antisemitische Denunziationen spielten, die aus der Prager Führung schon in den vierziger Jahren nach Moskau gesandt wurden.

64 Władysław Mis, *Rodowód planowania ekonomicznego w Polsce Ludowej* [Der Ursprung der Wirtschaftsplanung in der Volksrepublik Polen], Warszawa 1989, S. 49.

65 Karel Kaplan, *Sovetski poradci v Československu 1949 bis 1956, Sesity Ustavu pro soudobé dejiny*, Bd. 14 [Sowjetische Berater in der Tschechoslowakei 1949–1956, Hefte des Instituts für Zeitgeschichte, Bd. 14], Praha 1993, S. 73.

Der tschechische Historiker Karel Kaplan wies in diesem Zusammenhang vor allem auf die weitgehenden Macht- und Rechtsvollmachten sowjetischer Berater hin, die „ohne jede Verantwortung, weder verfassungsmäßige, noch gesetzliche oder politische, (wirkten) ... Diese trug der tschechoslowakische Amtsträger, falls von Verantwortung überhaupt die Rede sein kann ... Dies führte dazu, daß Funktionäre oft Standpunkte und Einwände der Berater übernommen haben, obwohl sie mit ihnen überhaupt nicht einverstanden waren. Die Minister wünschten sich sogar in ihrem Ressort möglichst viele Berater. Ihre Anwesenheit und Tätigkeit betrachteten sie als Schutzschild vor möglichen Anschuldigungen wegen falscher Entscheidungen, schlechter Amtsführung usw.“<sup>66</sup>

Die „Sowjetisierung“ war auch ein Alibi für die nationalen Führungskräfte, denn diese verfügten über keine Alternativkonzepte. Im Nachkriegsprogramm der polnischen Kommunisten wurde die „neue Demokratie“ schon im September 1944 als eine „Demokratie“ definiert, die „alle beseitigen kann, die ihr entgegenstehen“<sup>67</sup>. Elemente der nationalen politischen Kultur, wie sie die KPTsch vor 1948 verstand, waren ebenfalls nicht geeignet, den eigenen totalitären Machtanspruch zu hemmen. Einige Monate vor der Machtübernahme in der ČSR drohte im November 1947 der Informationsminister auf einer ZK-Tagung, daß es nicht mehr lange dauern würde, „bis bei uns der Moment kommt und Hochverrat das genannt wird, was heute aus Bequemlichkeit demokratische Äußerung einer anderen Meinung heißt, und Hochverrat wird es mit rückwirkender Geltung heißen ... Wir haben eine große Macht. Sie direkt anwenden, könnte man Diktatur nennen. Wir werden selbst den Moment wählen, wann wir diese Macht gebrauchen, ohne daß uns jemand wird vorwerfen können, daß wir den demokratischen Weg verlassen würden.“<sup>68</sup>

66 K. Kaplan, ebd., S. 9.

67 Zit. nach: Polska Partia Robotnicza. Dokumenty programowe 1942–1948 [Die Polnische Arbeiterpartei. Programatische Dokumente aus den Jahren 1942–1948], Warszawa 1984, S. 228–235.

68 Vaclav Kopecky auf der ZK-Tagung am 27./28. November 1947, in: Statni ustredni archiv Praha [Zentrales Staatsarchiv Prag], 01/4/16.

## Schauprozesse und Parteisäuberungen in Osteuropa nach 1945

Wie in allen Diktaturen zählten politische Verfolgungen auch in kommunistischen Staaten zu den zentralen Herrschaftsinstrumenten. Die innerparteilichen Säuberungen im Stalinismus waren jedoch eine Besonderheit. Sie stellten bereits zwei Jahrzehnte nach der Oktoberrevolution eine feste Größe in der kommunistischen Parteipraxis dar. Zwischen den dreißiger und fünfziger Jahren weiteten sie sich zur größten Kommunistenverfolgung in der Geschichte dieser politischen Bewegung aus.

Der Gebrauch des Begriffes „Säuberung“ im Sinne eines mehr oder minder systematischen Ausschlusses politisch Unerwünschter aus einer Partei, Organisation oder dem Staatsapparat ist im Westen erst seit dem entsprechenden Vorgehen Stalins in der Sowjetunion der dreißiger Jahre üblich. Er wird seither auch auf die gleichgerichteten politischen Prozesse im sowjetischen Machtbereich nach 1945 angewandt<sup>1</sup>. Ursprünglich verstand man in der kommunistischen Parteitheorie unter einer Parteisäuberung die in unregelmäßigen Abständen erfolgende Bereinigung der Mitgliederkartei durch das Streichen passiver Anhänger und den Ausschluß von Karrieristen, der Korruption Verdächtigten etc. Die erste Parteisäuberung fand 1921 in der Kommunistischen Partei Rußlands statt. Seit der Oktoberrevolution hatte sich deren Mitgliederzahl mehr als verdreifacht. Im Rahmen dieser Kontrolle trennte sich die Partei von rund einem Fünftel ihrer Mitglieder<sup>2</sup>.

Dominierten zunächst noch „unpolitische“ Ausschlußgründe, rückten bald tatsächliche oder vermeintliche Abweichungen von der Parteilinie in den Vordergrund. Mit dem seit 1920 aufgebauten Netz von Parteikontrollkommissionen entledigte sich die Parteiführung in den zwanziger Jahren der linken und rechten parteiinternen Opposition<sup>3</sup>.

1 Vgl. Madeleine G. Ballestrem, Säuberungen, in: Sowjet-system und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Band V, Freiburg – Basel – Wien 1972, Sp. 799 ff.

2 Vgl. Leonard Schapiro, Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Frankfurt/M. 1962 (Sonderdruck für die Bundeszentrale für Heimatdienst), S. 252 ff.

3 Vgl. Robert Vincent Daniels, Das Gewissen der Revolution. Kommunistische Opposition in Sowjetrußland, Köln – Berlin 1962.

Nachdem Stalin Anfang der dreißiger Jahre seine Vorherrschaft in der Partei ausgebaut hatte, erlangten die Säuberungen eine neue, tödliche Dimension. Zwischen 1934 und 1938 ließ der Diktator einen Großteil der alten Parteielite liquidieren. Dabei bildeten die drei großen Schauprozesse, die zwischen 1936 und 1938 gegen die einstige Führungsgarde stattfanden, nur die Spitze des Eisbergs. Zwischen 1933 und 1939 ging die Zahl der KPdSU-Mitglieder von 3,5 Millionen auf 1,6 Millionen zurück. Ungezählte sowjetische Bürger wurden in diesem Zeitraum hingerichtet oder verloren in den Arbeitslagern ihr Leben<sup>4</sup>. Der Terror richtete sich auch gegen ausländische Kommunisten, die im „Vaterland aller Werktätigen“ vor dem Nationalsozialismus und Faschismus Zuflucht gesucht hatten<sup>5</sup>. Mit dem von ihm entfesselten Terror vermochte es Stalin, sowohl in der Sowjetunion als auch in der internationalen kommunistischen Bewegung seine Alleinherrschaft durchzusetzen.

---

### Beginn des Kalten Krieges: Vom Konsens zur Konfrontation

---

Die osteuropäischen Staaten sahen sich nach dem Zweiten Weltkrieg drei politischen Säuberungswellen ausgesetzt. In der unmittelbaren Nachkriegszeit fand zunächst die „Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration“ statt. Diese erste Phase ging bald in eine gegen die traditionellen Funktionseliten instrumentalisierte politische Säuberung über. Sie erleichterte es den kommunistischen Parteien, ein Gesellschaftsmodell nach

4 Vgl. dazu das überarbeitete Standardwerk von Robert Conquest, The great terror. A reassessment, London 1990 (1. Auflage 1968). Die Forschungsarbeiten u. a. von Conquest waren in den achtziger Jahren einer Revision unterzogen worden, vgl. z. B. J. Arch Getty, Origins of the great purges. The soviet communist Party reconsidered, 1933–1938, Cambridge, Mass. 1985. Eine kritische Bewertung der unterschiedlichen Erklärungsansätze findet sich bei Achim Siegel, Die Dynamik des Terrors im Stalinismus. Ein strukturtheoretischer Erklärungsversuch, Pfaffenweiler 1992.

5 Das Schicksal der deutschen Emigration schildert anschaulich Hermann Weber, „Weiße Flecken“ in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung, Berlin 1990<sup>2</sup>.

sowjetischem Vorbild zu etablieren<sup>6</sup>. Die dritte Phase der Säuberungen betraf die kommunistischen Parteien selbst. Sie soll hier erörtert werden<sup>7</sup>. Nach außen kulminierte sie in den Schauprozessen gegen hohe Parteifunktionäre, die ab September 1949 die kommunistische Welt erschütterten<sup>8</sup>.

Die Sowjetunion war im Gefolge des Zweiten Weltkrieges zur Weltmacht aufgestiegen. Der Siegeszug des Kommunismus schien unaufhaltsam. Zunächst mit Billigung der westlichen Kriegsalliierten errichtete Moskau in Osteuropa einen Gürtel befreundeter Staaten. Dort hielten Kommunisten von Beginn an starke Positionen inne. Die einst militanten Gegner einer als „bürgerlich“ denunzierten Demokratie schienen ihre politischen Ziele auf parlamentarischem Wege verwirklichen zu wollen. Doch der politische Frühling in Osteuropa sollte nicht lange währen. Zwei Jahre nach Kriegsende hatte sich die Anti-Hitler-Koalition überlebt. Ein kaum noch kaschierbarer Riß trennte die einstigen Verbündeten. Falsche Erwartungen und Fehleinschätzungen hatten zu dem wechselseitigen Vorwurf geführt, die jeweils andere Seite verfolge eine expansive Außenpolitik.

Im März 1947 proklamierten die USA die Truman-Doktrin. Sie sicherte jenen Völkern Beistand zu, „die sich der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen widersetzen“. Schließlich erfolgte drei Monate später die Ankündigung des Marshallplanes. Die sowjetische Außenpolitik reagierte mit einem abrupten Kurswechsel, der in der Herausbildung des Ostblocks und schließlich im Kalten Krieg mündete. Im Herbst 1947 verkündete Andrej Schdanow die Zwei-Lager-Theorie. Der zufolge habe sich in der Welt ein „imperialistisches“ und „antidemokrati-

sches“ Lager unter der Führung der USA sowie ein „antiimperialistisches“ und „demokratisches“ mit der Sowjetunion an der Spitze herausgebildet<sup>9</sup>.

Doch eine Interpretation, welche die von der Sowjetunion seit Sommer 1947 forcierte Blockbildung im wesentlichen als eine Reaktion auf eine offensivere Politik der Westmächte versteht, würde zu kurz greifen. Kaum ein Jahrzehnt war seit dem „großen Terror“ vergangen, mit dem sich Stalin nicht nur jeglicher parteiinterner Rivalen entledigte, sondern auch die internationale kommunistische Bewegung endgültig gleichzuschalten trachtete. Da mehrten sich die Anzeichen, daß die „Bruderparteien“ nach wie vor nicht ohne weiteres gewillt waren, sich – bei aller prinzipieller Übereinstimmung – dem Moskauer Zentrum bedingungslos unterzuordnen<sup>10</sup>. Stalin selbst war es, der diesen Tendenzen ideologisch Vorschub geleistet hatte. Mit seiner Billigung waren alle kommunistischen Parteien nach Kriegsende unter der Losung der „besonderen Wege zum Sozialismus“ angetreten. Angesichts der neuen alten Sorge der Sowjetunion, von ihr feindlich gesonnenen Mächten umgeben zu sein, die zudem über ein Atombombenmonopol verfügten, erschien dem Kreml die Gleichschaltung des eigenen Herrschaftsbereichs geboten.

---

## Blockbildung: Vom Kominform zum Stalin-Tito-Konflikt

---

Die Gründung des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform) im polnischen Szklarska Poreba im September 1947 leitete die politisch-ideologische Blockbildung ein. Der Zusammenschluß kommunistischer Parteien unter der Führung der KPdSU sollte dem Moskauer Führungsanspruch sowohl außerhalb als auch innerhalb des kommunistischen Lagers den Nimbus der Übereinstimmung mit der kommunistischen Weltbewegung verleihen. Gleichzeitig gab er das

---

9 Vgl. Wilfried Loth, *Die Teilung der Welt 1941–1955*, 7., überarb. Aufl., München 1989, S. 156 ff.

10 Die – erfolgreichen – Bemühungen der Sowjetunion, die osteuropäischen Staatsparteien gleichzuschalten, dokumentiert – auf der Grundlage bislang unbekannter sowjetischer Quellen – die italienisch-russische Edition der Kominform-Protokolle: *The cominform. Minutes of the Three conferences 1947/1948/1949*, edited by Giuliano Procacci, Mailand 1994. Die folgenden Abschnitte über die Kominform-Gründung und den Stalin-Tito-Konflikt stützen sich auf die in der Edition veröffentlichten Einleitungskapitel von Grant Adibekov, Anna Di Biagio, Leonid Gibianskii und Silvio Pons.

6 Vgl. *Politische Säuberungen in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg*, hrsg. von Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller, München 1991.

7 Der Autor arbeitet im Rahmen des von der VW-Stiftung geförderten und von Prof. Dr. Hermann Weber geleiteten internationalen Forschungsprojektes „Intentionen, Methoden und Dimensionen innerparteilicher Säuberungen im kommunistischen Herrschaftssystem“ über die SED-Partei-säuberungen in den vierziger und fünfziger Jahren.

8 Vgl. Georg Hermann Hodos, *Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948–1954*, Berlin (Ost) 1990 (1. Auflage, Frankfurt/M. – New York 1988); Wolfgang Maderthaner/Hans Schafranek/Berthold Unfried (Hrsg.), „Ich habe den Tod verdient“. *Schauprozesse und politische Verfolgung in Mittel- und Osteuropa 1945–1956*, Wien 1991; *Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und ‚Säuberungen‘ in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren*, hrsg. von Hermann Weber und Dietrich Staritz in Verbindung mit Siegfried Bahne und Richard Lorenz, Berlin 1993.

Signal zur Beschleunigung jenes Transformationsprozesses in Osteuropa, der die Grundlage für den Aufbau der – euphemistisch wie pleonastisch als „Volksdemokratien“ bezeichneten – kommunistischen Diktaturen schuf. In dessen Verlauf erfolgten die Säuberung und Gleichschaltung der nichtsozialistischen Regierungsparteien, die Auflösung der Oppositionsparteien sowie die endgültige Zerschlagung der Sozialdemokratie. Zwischen Sommer 1947 und Frühjahr 1948 erfolgte teilweise staatsstreichartig die kommunistische Machtübernahme. Zur gleichen Zeit begann mit der Einführung der Planwirtschaft die ökonomische Einbindung der osteuropäischen Staaten in den Machtbereich der Sowjetunion. Ein vor allem im Verlauf des Jahres 1948 geknüpftes Netz von bilateralen Verträgen dokumentierte die Herausbildung des Ostblocks auch staatsrechtlich<sup>11</sup>.

Das Bild des monolithischen kommunistischen Blocks, den die osteuropäischen Staaten nach außen hin zu formen begannen, war jedoch trügerisch. Es bekam einen jähen Riß, als das Kominform-Büro im Juni 1948 die jugoslawischen Kommunisten öffentlich der Abweichung bezichtigte. Die von Stalin initiierte Attacke war als exemplarische Abrechnung mit jeglicher Tendenz zu nationaler Selbstbehauptung innerhalb der kommunistischen Bewegung gedacht. Dies schien angesichts der „Schwankungen“ einiger osteuropäischer Staaten in der Frage der von Moskau diktierten Ablehnung des Marshallplanes im Vorjahr dringend geboten. Auch hatten die selbstbewußten Hegemoniebestrebungen Jugoslawiens auf dem Balkan das Mißtrauen Stalins erregt. Als sich die jugoslawische Parteiführung der Kominform-Resolution nicht unterordnete, eskalierte die Auseinandersetzung. Aggressiv und eifertig verurteilten die osteuropäischen „Bruderparteien“ Tito. Dennoch drohte der Sowjetunion ein Autoritätsverlust, denn das Schisma gefährdete auch die ideologische Hegemonie der Führungsmacht. Schließlich schickte sich Tito an, den Sozialismus in Jugoslawien ohne sowjetische Hilfe aufzubauen. Moskau mußte die „antititoistische“ Kampagne daher mehr und mehr verschärfen. Der bereits im Sommer 1948 propagierte Verrat Titos am Sozialismus, welcher offenkundig nicht stattfand, mußte nachträglich konstruiert werden<sup>12</sup>.

11 Vgl. François Fejtö, Die Geschichte der Volksdemokratien, Band 1: Die Ära Stalin 1945–1953, 2., erw. Neuauflage, Frankfurt/M. 1988, S. 201 ff., 216 ff.

12 Vgl. ebd., S. 234 ff., 267 ff.

## Die „Partei Neuen Typs“

Die Truman-Doktrin und der Marshallplan bildeten für den Prozeß der osteuropäischen Blockbildung die äußere Zäsur. Der von Stalin inszenierte Konflikt mit Tito sollte sich als die entscheidende innere Zäsur für die Gleichschaltung der osteuropäischen Staatsparteien erweisen. Die Moskauer Führung widerrief die Theorie von der Existenz nationaler Sonderwege zum Sozialismus. Das sowjetische Modell wurde für allein gültig erklärt. Dies hatte für die kommunistischen Parteien Osteuropas weitreichende Konsequenzen.

Im Verlauf des Jahres 1948 war die zwangsweise Einschmelzung der sozialdemokratischen in die kommunistischen Parteien erfolgt, die allein in der SBZ bereits 1946 vollzogen worden war. Spätestens jetzt hatten sich diese Parteien an der Basis sowohl in sozialer als auch in ideologischer Hinsicht zu heterogenen sozialistischen Massenparteien entwickelt. Dies entsprach so gar nicht dem Ideal einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei. Unmittelbar nach Kriegsende hatten die kommunistischen Parteien zur Erringung und – zumindest ansatzweisen – Legitimation ihrer beherrschenden Stellung möglichst viele Mitglieder benötigt. Dabei konnte das „ideologische Niveau“ der Parteien mit deren rasantem organisatorischen Wachstum nicht Schritt halten. Für eine Einparteienherrschaft nach sowjetischem Vorbild bedurfte es jedoch einer streng zentralisierten Partei, deren Mitglieder mit militärischer Disziplin jeden Parteiauftrag bedingungslos erfüllten. So wurde die Transformation der osteuropäischen Staatsparteien zu „Parteien Neuen Typs“ (nach dem Vorbild der KPdSU) eine wesentliche Voraussetzung für die Sowjetisierung Osteuropas.

In den „Parteien Neuen Typs“ konzentrierte sich die politische Macht im Politbüro und im Sekretariat des Zentralkomitees. Der „demokratische Zentralismus“ wurde offiziell zur Grundlage des Parteiaufbaus erhoben, und die Einführung des „Nomenklatursystems“ institutionalisierte die bereits praktizierte Besetzung der Parteifunktionen von oben nach unten. Das „Fraktionsverbot“ würgte die innerparteiliche Diskussion ab. Die auf allen Ebenen neu eingerichteten Parteikontrollkommissionen organisierten den Kampf gegen den „Sozialdemokratismus“, den „Titoismus“ oder „Nationalismus“ in der Mitgliedschaft. Sie suchten und fanden „ungeeignete“ und „unwürdige“ Mitglieder, „Agenten“ und „Saboteure“, die aus der



Partei ausgeschlossen und nicht selten dem „Schwert und Schild“ der Partei, dem Staatssicherheitsdienst, überantwortet wurden.

## Die Schauprozesse und ihre Opfer

Der Stalin-Tito-Konflikt verlieh diesem Transformationsprozeß zusätzliche Militanz: Er gipfelte abermals in der Verhaftung hoher Parteifunktionäre. Die sowjetischen Schauprozesse der dreißiger Jahre erlebten im September 1949 in Ungarn und drei Monate später in Bulgarien eine Neuauflage. In den Moskauer Prozessen saß letztlich der im Exil lebende Trotzki auf der Anklagebank. Die Nachkriegsprozesse gegen den ungarischen Innenminister und Mitglied des Politbüros, László Rajk, und gegen den bis dahin zweiten Mann in der bulgarischen KP, Traitschko Kostow, richteten sich im Grunde gegen Tito. Stets „bewiesen“ die Angeklagten, daß weder Trotzki noch Tito je Kommunisten waren. Aus Tito wurde in den Geständnissen der gefolterten Parteiführer ein „anglo-amerikanischer“ Agent und „Faschist“<sup>13</sup>. Die Aussagen „dokumentierten“ zudem eine großangelegte „titoistische Verschwörung“ und Unterwanderung der kommunistischen Bewegung. Dieser Vorstellung leistete nicht zuletzt die vermutlich auch aus der eigenen politischen Praxis abgeleitete Unterwanderungsparanoia Vorschub, die in Stalins „Kurzem Lehrgang“ ihren Ausdruck fand: „Festungen werden am leichtesten von innen genommen. Um den Sieg zu erringen, muß man vor allem die Partei der Arbeiterklasse, ihren führenden Stab von Kapitulanten, von Deserteuren, von Streikbrechern, von Verrätern säubern.“<sup>14</sup>

Die Opfer in den Moskauer Prozessen hatten zumindest in der Vergangenheit eine von Stalin abweichende politische Haltung repräsentiert. Demgegenüber waren Rajk und Genossen keine Bucharins oder Sinowjews der Nachkriegszeit. Der Zeitzeuge und Historiker Georg Hermann Hodos warnt davor, den Angeklagten „titoistische Neigungen“ anzudichten oder sie als dezidierte „Nationalkommunisten“ zu stilisieren. Dies sei

nicht nur eine völlige Verkennung ihrer Persönlichkeit und ihrer politischen Rolle. Zudem drohe auch ein falscher Analogieschluß zu den dreißiger Jahren, „der, zu Ende gedacht, zu einer perversen Rechtfertigung der Henker führt: Die Opfer waren verdächtig, sich Stalin widersetzen zu wollen, also mußten sie rechtzeitig liquidiert werden.“<sup>15</sup> Dennoch kann man nicht von einer gänzlichen Beliebigkeit der Opferauswahl sprechen. Dies würde den Blick auf die in den osteuropäischen Parteien damals noch bestehenden Kräftekonstellationen verstellen.

Zweifellos gab es Ende der vierziger Jahre in diesen Parteien Strömungen, die für ein Minimum an nationaler Selbstbestimmung gegenüber der Sowjetunion eintraten. Unabhängig davon, ob die angeklagten Parteiführer der Schauprozesse des Jahres 1949 diese Strömungen repräsentierten oder nicht: Die Signale waren unmißverständlich. Die Schauprozesse waren nicht auf die justitielle Ahndung eines tatsächlichen Straftatbestandes ausgerichtet; sie hatten vielmehr politisch-taktische Funktionen. Somit spielten die Kategorien Schuld oder Unschuld keine Rolle. Prinzipiell konnte jeder hohe Parteiführer als Angeklagter in dem geplanten Kreuzzug instrumentalisiert werden. Die Opfer mußten lediglich – gleichsam als Spitze einer unterstellten Verschwörung – in der Parteihierarchie oben angesiedelt sein. Aus „pädagogischen“ Gesichtspunkten erschien es zweckmäßig, daß die Angeklagten innerhalb der Partei über Prestige verfügten.

Diese Kriterien trafen häufig auf sogenannte „Heimkommunisten“ in der Parteiführung zu. Sie hatten gegen die nationalsozialistische Okkupanten gekämpft, und nicht wenige betrachteten sie als Gegengewicht zu den sowjetischen Remigranten. Die Logik der vermeintlichen Spionagetätigkeit Titos und die Unterwanderungsfurcht erweiterten den Kreis der Verdächtigen. Rasch rückten die Westemigranten und dabei insbesondere jene Genossen, die in den dreißiger Jahren in den Internationalen Brigaden für die Spanische Republik gekämpft hatten, ins Visier der sowjetischen „Berater“. Diese sorgten für die Vorbereitung und den Vollzug der Prozesse entsprechend den Moskauer Vorstellungen. Wie eine ansteckende tödliche Krankheit wirkte die Fiktion des amerikanischen Superagenten Noel H. Field. Der Amerikaner hatte als Beauftragter einer kirchlichen Hilfsorganisation kommunistische Exilanten unterstützt. Jetzt galten alle diejenigen als amerikanische Agenten, die im Verlauf ihres Exils mit

13 Vgl. ebd., S. 273 ff.

14 Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) Kurzer Lehrgang, Berlin 1945, S. 436. Zur Verschwörungspanoia in der politischen Kultur der Sowjetunion vgl. Gábor T. Rittersporn, *The omnipresent conspiracy: On soviet imagery of politics and social relations in the 1930s*, in: J. Arch Getty/Roberta T. Manning (Hrsg.), *Stalinist Terror. New perspectives*, Cambridge, Mass. 1993, S. 99 ff.

15 G. H. Hodos (Anm. 8), S. 13.

Field in Berührung gekommen waren<sup>16</sup>. Eine weitere Opfergruppe bildeten ehemalige Abweichler, die nach 1945 in die kommunistischen Parteien zurückgefunden hatten.

---

## Parteisäuberungen als Mittel zum Zweck ideologischer Gleichschaltung

---

Ende der vierziger Jahre hatten die kommunistischen Parteien Osteuropas in ihrem Herrschaftsbereich alle staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schaltstellen besetzt. Trotzdem waren weder die regionalen Machthaber noch die sowjetische Führungsmacht mit dem Fortgang des sozio-ökonomischen Transformationsprozesses in diesen Staaten gänzlich zufrieden. Insbesondere die Produktivität der sich entwickelnden Planwirtschaften hinkte den Erwartungen hinterher. In der ideologischen Vorstellungswelt der kommunistischen Parteiführer hatten systemimmanente oder -bedingte Defizite keinen Platz, denn die aus der Sowjetunion importierten Methoden waren sakrosankt. So schien der Schlüssel zur Überwindung aller Funktionsdefizite in der Optimierung der Parteiarbeit zu liegen.

Hermann Matern, Leiter der Zentralen Parteikontrollkommission der SED, formulierte dementsprechend im Herbst 1949 die Erwartungen seiner Parteiführung: „Es ist doch gar kein Zweifel, Genossen, wenn die ganze Parteimitgliedschaft, wenn jedes einzelne Parteimitglied, dort, wo es steht, arbeitet und wirkt, Tag für Tag in der Masse der arbeitenden Bevölkerung... die Politik der Partei vertreten... würde..., daß wir dann ein anderes Verhältnis in der Bevölkerung hätten, daß dann die Partei einen viel größeren Einfluß hätte und daß die Erziehung der Bevölkerung zur neuen demokratischen Ordnung wesentlich weiter wäre, als das der Fall ist.“<sup>17</sup> Noch nahm sich die heterogene Parteibasis nämlich das Recht heraus, „die“ Politik der Partei vor Ort selbst zu interpretieren. Und solange dem linken „Sektierer“ in der einen Gemeinde die sozialistische Umgestaltung viel zu langsam vonstatten ging und der „rechte“ Sozialdemokrat in der anderen das Demokratiepostulat

für bare Münze nahm, war es mit dem einheitlichen Auftreten der Parteimassen nicht weit her.

Mit Hilfe umfassender Parteiüberprüfungen sollte dieser Zustand überwunden und der 1947/48 eingeleiteten Transformation der osteuropäischen Parteien zu „Parteien Neuen Typs“ zum Durchbruch verholfen werden. Die Überprüfungen hatten dabei vier wesentliche Funktionen zu erfüllen: Die Parteireinigung, die Kaderentwicklung, die Mitgliedererziehung und die Mitgliedermobilisierung.

Die Parteireinigung des Funktionärskorps zielte darauf ab, die „führende Rolle“ der von Moskau protegierten Fraktion innerhalb der Parteiführung sicherzustellen. Daher erfolgte die Funktionsenthebung oder der Ausschluß von Mitgliedern, die aufgrund biographischer Merkmale als „unzuverlässig“ eingestuft wurden (ehemalige Mitglieder von Splittergruppen, Westemigranten, Spanienkämpfer, Überlebende der deutschen Konzentrationslager und Zuchthäuser etc.). Im Hinblick auf das Gros der Mitgliedschaft stellte das große „Reinemachen“ fünf Jahre nach Kriegsende auch eine nachgeholt Überprüfung jener Mitglieder dar, die in den ersten Jahren unkontrolliert in die Partei geströmt waren. Jetzt wurden „klassenfremde Elemente“ und „Karristen“ aus der Partei ausgeschlossen sowie passive Mitglieder bzw. „Karteileichen“ gestrichen. Allgemeines Ziel war es, den Anteil der Arbeiter innerhalb der Partei zu erhöhen.

Die Überprüfungen wurden zum Ausgangspunkt einer planmäßigen Kaderarbeit, die vorher mangels entsprechender Unterlagen mehr als dürftig war. Die Überprüfungskommissionen hatten die Aufgabe, verborgene „Talente“ zu entdecken und personelle Fehlbesetzungen zu korrigieren. Im Dienste der Kaderentwicklung wurden die Mitglieder der Überprüfungskommissionen gezielt aus der „einfachen“ Parteimitgliedschaft rekrutiert. Sie sollten nach Abschluß der Parteiüberprüfung mit verantwortlichen Parteiaufträgen betraut werden. Im Verlauf der Transformation zur „Partei Neuen Typs“ sollte ein neues Funktionärskorps ohne politische Vergangenheit und daraus wurzelnde Loyalitäten geschaffen werden. Dementsprechend kam der ideologischen Erziehung der Mitgliedschaft im Sinne der jeweils gültigen ideologischen Lesart große Bedeutung zu. Das „freiwillige Selbststudium“ der Klassiker des Marxismus-Leninismus-Stalinismus hatte in den Jahren zuvor wenig gefruchtet. In den inquisitorischen Verhören wurde nicht nur ein bedingungsloses Bekenntnis zur Sowjetunion und zur aktuellen

16 Vgl. Wolfgang Kießling, Partner im „Narrenparadies“. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994.

17 Protokoll der Zonenkonferenz der Zentralen Parteikontrollkommission am 3. und 4. September 1949 in Halle; SAPMO, BArch. – DY 30: IV 2/4/436, Bl. 26

Parteilinie verlangt. Mit dem Kampf gegen „Sozialdemokratismus“, „Liberalismus“ und „Versöhnlerium“ sollten die Reste bürgerlich-demokratischer Wertvorstellungen und Normen, die dem propagierten Klassenkampf im Wege standen, überwunden werden.

Letztlich waren alle hier geschilderten Maßnahmen darauf ausgerichtet, die Parteimitgliedschaft in ihrer Gesamtheit für die Verwirklichung der Parteiziele zu mobilisieren. Es galt, den als gesetzmäßig determiniert betrachteten Übergang der kapitalistischen Gesellschaftsformation zur sozialistischen zu beschleunigen<sup>18</sup>.

---

### „Die Partei hat immer recht“

---

Insbesondere dieses Ziel, die Mitgliedschaft nach den Vorstellungen der Parteiführung umzuformen, soll hier ausführlicher thematisiert werden. In Abwandlung einer Überlegung Hannah Arendts formuliert, diene der von den Prozessen ausgehende Terror dazu, die eigene Anhängerschaft so zu organisieren, als gäbe es sie gar nicht im Plural, sondern nur im Singular; als gäbe es nur *einen* gigantischen Kommunisten auf der Erde, dessen Bewegungen in den Marsch eines automatisch notwendigen, von Moskau vorgegebenen und ideologisch verbrämten Geschichtsprozesses einfallen<sup>19</sup>.

Der Glaube an die Anschuldigungen wurde zum Prüfstein. An ihm schieden sich die Gläubigen von den Ungläubigen. Die Masse der Mitglieder war erst in der Nachkriegszeit der kommunistischen Partei beigetreten. Für sie hatte die Agitation, welche die Prozesse begleitete, eine bewußtseinsverändernde Aufgabe: In zahllosen Versammlungen mußten sie ihren Haß auf Tito und ihre Liebe zu Stalin bekunden. Irgendwann war das Stadium erreicht, „wo dem Wort die Handlung folgte, der Überzeugung das Engagement“<sup>20</sup>.

Kaum weniger einschneidend mußten sich die Unterwerfungsrituale auf jene Kommunisten auswirken, die bereits viele Jahre in der Bewegung standen und das Rückgrat der Partei bildeten. In der Zeit des Widerstandes und des Exils sowie des politischen Aufbruchs während der ersten Nachkriegsjahre hatten sie über einen größeren Handlungsspielraum und mehr Selbständigkeit verfügt.

Die Absurdität der in den Schauprozessen vorgebrachten Anschuldigungen ließ ihr Vertrauen in die Partei mit ihren Erfahrungen kollidieren, die sie in den vorausgegangenen Jahren gesammelt hatten. Zählten Rajk und Kostow nicht zu den Heroen des antifaschistischen Widerstands? Hatten nicht die aus dem westlichen Exil heimgekehrten, bis dahin untadeligen Genossen von der uneigennütigen Hilfe erzählt, die sie von Noel Field erfahren hatten? Und wie konnte Tito, der mit seinen Partisanen so erfolgreich gegen die nationalsozialistischen Besatzer gekämpft hatte, ein Faschist und englischer Spion sein?

Bela Szász, selbst ein Opfer des Rajk-Prozesses, hat in seiner Autobiographie den dadurch in Gang gesetzten Bewußtseinswandel mit dem aus dem 11. Jahrhundert stammenden ontologischen Gottesbeweis von Anselmus von Canterbury verglichen. Dieser hatte aus der subjektiven Idee eines Gottes auf dessen objektive Existenz, also aus dem Glauben auf die Wirklichkeit geschlossen: *Credo ut intelligam* – ich glaube, um es zu begreifen. So sahen sich die gläubigen Kommunisten dazu veranlaßt, die im Rajk-Prozeß aufgestellten Behauptungen als objektive Wirklichkeit anzunehmen und versuchten allenfalls, „diesen ontologischen Gedankengang – vielleicht unter der Wirkung unseres als rationalistisch bezeichneten Jahrhunderts – mit ihren eigenen Erfahrungen zu ergänzen und zu rechtfertigen“<sup>21</sup>. Hier kam die der kommunistischen Dialektik eigene Aufteilung jeder Handlung und jeder Tatsache in eine objektive und in eine – zu vernachlässigende – subjektive Seite zu Hilfe. Field hatte „objektiv“ zugegeben, ein Spion zu sein. So verfügte jeder, der mit ihm in Verbindung gestanden hatte, „objektiv“ über Spionagekontakte – unabhängig davon, ob er dies zum damaligen Zeitpunkt „subjektiv“ gewußt haben mochte. Und hatten erst nachgeordnete kommunistische Funktionäre Geständnisse unterzeichnet, in denen sie ihre Schuld für die unterschiedlichsten Verbrechen gegen den Staat und die Partei bekannten – war dann nicht deren vorgesetzter Genosse damit ebenfalls „objektiv schuldig“?<sup>22</sup>

Jene Genossen, die einen Teil der Geständnisse trotz aller Propaganda für unwahrscheinlich oder aus eigener Kenntnis für falsch hielten, „glaubten und vertrauten subjektiv wenigstens der pragmatischen Weisheit der Partei und glaubten daher auch an die objektive Schuld Rajks und seiner Mitange-

18 Vgl. Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt/M. 1955, S. 683.

19 Vgl. ebd.

20 F. Fejtö (Anm. 11), S. 278.

21 Béla Szász, *Freiwillige für den Galgen. Die Geschichte eines Schauprozesses*, Leipzig 1991, S. 206.

22 Vgl. Artur London, *Ich gestehe. Der Prozeß um Rudolf Slansky*, Berlin 1991, S. 117.

klagten<sup>23</sup>. Aus ihrer Sicht war es der Partei unmöglich, Unschuldige zu opfern. Die Frage, ob Rajk wegen tatsächlicher Verbrechen oder aufgrund einer augenblicklichen politischen Zweckmäßigkeit verurteilt wurde, hielten sie für sekundär. Hannah Arendt beschrieb diesen Bewußtseinsprozeß als die ideologiegeleitete „Emanzipation des Denkens von erfahrener und erfahrbarer Wirklichkeit“<sup>24</sup> – wobei es sich in diesem Prozeß weder um Bewußtsein, noch um Emanzipation und erst recht nicht um Denken handelte, sondern um erzwungene, blinde Ideologieglaubigkeit.

Wer diese Anpassung schließlich innerlich vollzogen hatte, wurde selbst Teil des Mechanismus der Säuberungen, wurde von der gleichen Paranoia erfaßt, die überall Agenten und Saboteure sah. Im nächsten Schritt machte man sich im eigenen Wirkungskreis als Protagonist der Inquisition mitschuldig, was sich für die späteren Entstalinisierungsbemühungen als Hypothek erweisen sollte. Bei Altkommunisten aktualisierten die Säuberungsprozesse parteispezifische Verhaltensweisen, die in den Jahren zuvor möglicherweise abgeschwächt worden waren. Bei Neumitgliedern hatten sie jenes Parteibewußtsein abrupt zu schaffen, in dem man diese zur sofortigen bedingungs- wie kritiklosen Anpassung zwang. Beide Bemühungen zielten letztlich auf die völlige Entmündigung der kommunistischen Parteigänger ab.

In dieser psychisch-politischen Konditionierung lag schließlich auch der Schlüssel zum reibungslosen Ablauf der Schauprozesse, die allein auf den Geständnissen der Angeklagten beruhten, denn objektive „Beweise“ gab es nicht. Die monatelange Folter und der Psychoterror aus Drohungen und Versprechungen hätten allein wohl kaum ausgereicht, die haft- und widerstandserprobten Kommunisten zu brechen. Der KP-Funktionär Artur London hatte 1952 mit dem einstigen tschechischen Generalsekretär der Partei, Rudolf Slánský, und zwölf weiteren Parteiführern auf der Anklagebank gesessen. Er beschrieb später die psychische Situation, der seine Kameraden und er sich ausgesetzt sahen: „In unserem Leben als politische Kämpfer hat uns die Praxis der Selbstkritik, unser Streben nach Vollkommenheit daran gewöhnt, in uns selbst die Verantwortung für Unzulänglichkeiten, Fehler und Mißerfolge zu suchen. Wir waren in dieser Disziplin ausgebildet worden und ahnten nicht, daß die stalinistischen Methoden – das, was man später Personenkult nennen würde – schließ-

lich in uns eine unbewußte Religiosität erwecken würde. Wenn wir jedoch schon in der Freiheit so reagierten, gegenüber der zum Gott erhobenen Partei diese Art verschwommenen Schuldgefühls empfanden, wie konnten wir uns unter dem Schock, daß eine Partei eine Verhaftung angeordnet, ihr Vorsitzender sie bestätigt hatte und diese ‚sowjetischen Berater‘ sie sogar noch guthießen, ihrem Griff entziehen?“<sup>25</sup>

Und so folgten viele Säuberungsoffer jenem entweder tödlich oder mit langen Haftstrafen endenden „Parteiauftrag“, den der ehemalige stellvertretende KPD-Vorsitzende und Abgeordnete des 1. Deutschen Bundestages, Kurt Müller, der 1950 von der SED nach Berlin bestellt und vom MfS verhaftet worden war, folgendermaßen beschrieb: „Was waren nun die ‚gewünschten Aussagen‘? Das offenbarte sich bereits bei meiner zweiten ‚Vernehmung‘ durch Mielke. Mielke erklärte mir bei dieser ‚Vernehmung‘ ganz offen: ‚Sie sind doch ein politischer Mensch und müssen begreifen, daß wir in Deutschland einen großen Prozeß zur Erziehung der Partei und der Massen brauchen. In diesem Prozeß werden Sie der Hauptangeklagte sein.‘ Er fügte hinzu: ‚Wir brauchen einen Prozeß wie den Rajk-Prozeß in Budapest.‘“<sup>26</sup>

In den engsten Zirkeln der Macht konnte man kaum Illusionen über den kriminellen Charakter der Prozesse hegen. Als in Prag 1952 der Schauprozess gegen Slánský inszeniert wurde, äußerte sich der Minister für Staatssicherheit der DDR, Wilhelm Zaisser, lapidar: „Nu was, ich kenne Slánský und ich glaube das alles nicht, aber wenn Gottwald das braucht, bin ich damit einverstanden.“<sup>27</sup>

---

## Hexenjagd

---

Die Säuberungen entwickelten rasch eine eigene Dynamik. Epidemisch rissen Denunziationen immer mehr Parteimitglieder in den Abgrund. Sowohl die Sorge, selbst ins Visier der sowjetischen „Berater“ geraten zu können, als auch die Möglichkeit, politische Rivalen auszuschalten, ließen die meisten osteuropäischen Parteiführer zu

25 A. London (Anm. 22), S. 117.

26 Kurt Müller, Ein historisches Dokument aus dem Jahre 1956. Brief an den DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/90, S. 19.

27 Helmut Müller-Enbergs, Der Fall Rudolf Herrstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni, Berlin 1991, S. 163.

23 B. Szász (Anm. 21), S. 207.

24 H. Arendt (Anm. 18), S. 688.

willigen Exekutoren der Forderungen Stalins und seines Geheimdienstchefs Lawrenti Berija werden.

Es gab jedoch offenbar auch einige Abweichungen von dieser Norm. So soll in Rumänien die Moskauer-Remigrantin und Vertraute Stalins, Ana Pauker, den in weiten Teilen der rumänischen Bevölkerung populären Kommunisten und Justizminister im ersten Nachkriegskabinett, Lucretiu Patrascanu, vor einem Schauprozeß bewahrt haben. Patrascanu war bereits 1948 auf Betreiben des rumänischen Generalsekretärs Gheorghe Gheorghiu-Dej verhaftet worden. Als es diesem im Herbst 1952 gelang, Ana Pauker und ihre Anhänger in der Partei auszuschalten, hatte Patrascanu seine „Verbrechen“ nach wie vor nicht gestanden. Nachdem mit dem Tod Stalins im Frühjahr 1953 die Inszenierung eines Schauprozesses obsolet geworden war, ließ Gheorghiu-Dej seinen einstigen Konkurrenten 1954 nach einem Geheimprozeß in aller Stille hinrichten<sup>28</sup>.

In Polen rettete eine „stille Verschwörung der Verzögerungstaktik“ (Hodos) in der Parteiführung und dem von ihr kontrollierten Sicherheitsdienst den vorherigen Generalsekretär der Partei, Wladislaw Gomulka, vor dem Schicksal Rajks und Kostows. Zu tief saß hier noch die Erinnerung an die stalinistische Säuberung der dreißiger Jahre. Damals waren die polnischen KP-Funktionäre fast vollständig liquidiert und die Partei aufgelöst worden. Um den Preis einer Opferung der zweiten und dritten Garnitur von kommunistischen Funktionären gelang es der Warschauer Parteiführung, den großen Prozeß solange hinauszuzögern, bis sich das Problem mit Stalins Tod selbst löste<sup>29</sup>.

Einen Sonderfall stellte schließlich die DDR dar. Auch hier liefen die Vorbereitungen für einen Schauprozeß. In dessen Fadenkreuz gerieten zunächst u. a. der bereits erwähnte Kurt Müller und der im August 1950 verhaftete Chefredakteur des Deutschlandsenders, Leo Bauer. Ob nun die Häftlinge zu spät „gestanden“ haben und/oder Stalin aufgrund seiner deutschlandpolitischen Interessen mit der Inszenierung eines deutschen Schauprozesses aus taktischen Gründen zögerte, ist nach wie vor unklar<sup>30</sup>. Fest steht, daß Ulbricht es vermochte, seine einflußreichsten Konkurrenten in der Parteiführung – darunter Paul Merker

und Franz Dahlem – in die Mühlen der Parteiquisition zu „stürzen und so seine beherrschende Stellung in der Parteispitze stetig auszubauen.

Wenn erst die Maschinerie der Parteikontrollkommission in Gang gesetzt worden war, riskierte jeder Untersuchungsbeamte, der auch nur die Unschuld eines Opfers in Erwägung zog, als Gesinnungsgenosse des Parteifeindes „entlarvt“ zu werden. Jedem Parteifunktionär, der in seinem Zuständigkeitsbereich keine „titoistische Wühlarbeit“ enttarnen wollte, drohte der Vorwurf mangelhafter Wachsamkeit – wenn nicht gar der Verdacht, selbst ein Agent oder Saboteur zu sein.

Diese Eigendynamik gab dem Terror der Säuberungen einen – zynisch formuliert – gleichermaßen rationalen wie irrationalen Charakter: Rational insofern, als sie den beabsichtigten Intentionen zunächst gerecht zu werden schienen. Irrationalen Charakter bekamen die Säuberungen, als sie trotz des eminenten Kadmangels ganze Gruppen erfahrener Funktionäre dauerhaft aus der Partei- und Staatsarbeit auszuschalten drohten. Die Möglichkeit, daß Parteiüberprüfungen die fehlende innerparteiliche Demokratie – und damit die interne Kritik- und Kontrollmöglichkeit – zumindest funktional teilweise ersetzten und dafür hätten sorgen können, daß inkompetente oder korrupte Funktionäre in regelmäßigen Abständen ihrer Funktionen enthoben wurden, spielte längst keine Rolle mehr. In einem bis dahin außerhalb der Sowjetunion ungekannten Amoklauf drohten die Säuberungen immer weitere Kreise der Partei in ihren Strudel zu reißen.

Zwischen 1948/49 und 1954 verloren die polnische kommunistische Partei rund ein Zehntel, die deutsche Partei ein Drittel und die tschechische Partei fast die Hälfte ihrer Mitglieder. Die Mitgliederzahl der ungarischen Staatspartei, die zum Zeitpunkt ihres Zusammenschlusses mit den Sozialdemokraten im Jahre 1948 1,1 Millionen Mitglieder gezählt hatte, reduzierte sich bis Januar 1950 auf 829 000 Genossen<sup>31</sup>. Insbesondere Funktionsträger sahen sich in den frühen fünfziger Jahren ständigen Säuberungswellen ausgesetzt. Beispielsweise wechselten die Mitglieder der SED-Kreissekretariate zwischen den Parteiwahlen 1949 und Herbst 1951 im Durchschnitt zwei- bis dreimal. Ersatz wurde ohne demokratische Legitimation vom Gremium selbst bzw. von der nächsthöheren Parteinstanz bestellt.

28 Vgl. Robert Levy, Did Ana Pauker prevent a „Rajk Trial“ in Romania?, in: EEPS. East European Politics and Societies, 9 (1995) 1, S. 143 ff.

29 Vgl. G. H. Hodos (Anm. 8), S. 209 ff.

30 Vgl. Hermann Weber, Schauprozeß-Vorbereitungen in der DDR, in: Kommunisten verfolgen Kommunisten (Anm. 8), S. 436 ff.

31 Vgl. Jan Foitzik, Die stalinistischen „Säuberungen“ in den ostmitteleuropäischen kommunistischen Parteien. Ein vergleichender Überblick, in: Kommunisten verfolgen Kommunisten (Anm. 8), S. 408 ff.; Jörg K. Hoensch, Geschichte Ungarns 1867–1983, Stuttgart 1984, S. 177, 183.

So stellte man etwa bei der Parteiüberprüfung 1951 fest, daß in 29 sächsischen Kreisen 58,6 Prozent der ersten und 76 Prozent der zweiten Kreissekretäre kooptiert worden waren<sup>32</sup>. Zwischen 1953 und 1954 waren schließlich 42 Prozent aller Kreisleitungsfunktionäre ausgewechselt worden, davon 71 Prozent der 1. und 2. Sekretäre sowie 53,6 Prozent der Sekretariatsmitglieder<sup>33</sup>.

## Antisemitismus

Der Prozeß gegen Slánský und dreizehn weitere ranghohe Parteifunktionäre in Prag Ende 1952 kündigte eine weitere Säuberungswelle an. Die Wahl der Opfer mußte jene kommunistischen Parteiführer beunruhigen, die sich bislang vor einer Verfolgung relativ sicher geglaubt hatten. Das Verfahren durchbrach nicht nur das bis dahin weitgehend gültige Prinzip, welches prominente Moskauer Remigranten von den Säuberungen ausnahm. Mit Slánský kam ein Kommunist in die Mühlen des Terrors, der in den Jahren zuvor als Vertrauensmann Stalins gegolten hatte. Ferner war er als der zweite Mann in Staat und Partei während der ersten Phase des Terrors in der Tschechoslowakei ein williges Werkzeug Berijas gewesen<sup>34</sup>.

Stalin scheute sich auch nicht davor, den nicht nur in Osteuropa latent vorhandenen Antisemitismus außen- wie innenpolitisch zu instrumentalisieren. Noch 1948 war Stalin als Pate des neuen Staates Israel aufgetreten. Doch seine anfangs gehegte Hoffnung, auf diese Weise die Auflösung des britischen Weltreiches zu beschleunigen und einen Brückenkopf im Nahen Osten zu gewinnen, hatte sich bald zerschlagen. Als der Partei- und Staatsführer schließlich daranging, die Bevölkerung mit nationalistischer Propaganda und Fremdenfeindlichkeit gegen ausländische Einflüsse abzuschotten, boten sich die jüdischen Bürger mit ihrem weitgespannten internationalen Zusammenhalt als Zielscheibe der als Kampf gegen den „Kosmopolitismus“ kaschierten Fremdenfeindlichkeit an<sup>35</sup>.

Prag wurde zum Signal für offen antisemitische, nach offizieller Lesart „antizionistische“ Säube-

rungen im Ostblock. 11 der 14 tschechischen Angeklagten waren Juden. In Rumänien wurde die einstige Stalinvertraute und Moskauremigrantin Ana Pauker zur Unperson. In Polen erfolgte die Verhaftung von 14 hohen kommunistischen Offizieren jüdischer Abstammung, in Ungarn führte die „Entlarvung zionistischer Agenten“ zur Verhaftung des jüdischen Rundfunkdirektors und ZK-Mitglieds István Szirmai sowie Dutzender weiterer jüdischer Kommunisten<sup>36</sup>. Selbst in Ostdeutschland schreckte die Führungsriege um Ulbricht nicht davor zurück, die wenigen Überlebenden des Holocaust zu bedrängen, welche im Lande verblieben waren und sich nicht selten für die SED engagierten. In den jüdischen Gemeinden fahndete man mit Hausdurchsuchungen nach belastenden Schriftstücken, um die „Lehren des Slánský-Prozesses“ zu untermauern<sup>37</sup>. Es erfolgten eine Reihe von Verhaftungen, deren prominentestes Opfer das einstige Politbüromitglied Paul Merker war. Obzwar kein Jude, bestand Merkers „Verbrechen“ darin, sich wiederholt für die Wiedergutmachung der von den Nationalsozialisten begangenen Verbrechen an den Juden auch in der SBZ/DDR eingesetzt zu haben<sup>38</sup>.

Mit der Aufdeckung der sogenannten „Ärzteschwörung“ in der Sowjetunion erfuhr der politische Antisemitismus seinen Höhepunkt. Es war der Tod Stalins im Frühjahr 1953, der den Prozeß der Selbstzerstörung abebben ließ. Die als Folge des Slánský-Prozesses in allen osteuropäischen Staaten zu verzeichnenden neuen Schauprozeßvorbereitungen wurden abgebrochen. Doch selbst im folgenden Jahr, als Ungarn bereits die Opfer des Rajk-Prozesses rehabilitierte, sollten in der ČSSR und in Rumänien Folgeprozesse stattfinden, denen weitere Kommunisten zum Opfer fielen. Noch im März 1955 fand in Ostberlin ein Geheimprozeß gegen Paul Merker statt<sup>39</sup>. Hier wie dort bemühten sich die Profiteure der Säuberungen, sich der Zeugen zu entledigen. Wo Hinrichtungen nicht mehr opportun erschienen, sollten die Verhaftungen durch Geheimprozesse nachträglich „legitimiert“ werden. Es bedurfte der von Chruschtschow eingeleiteten Entstalinisierung im Jahre 1956, um der Ära des parteiinternen Terrors im Kommunismus ein Ende zu bereiten.

32 Vgl. Bericht über die Ergebnisse der Überprüfung der Parteimitglieder und Kandidaten, in: Neues Deutschland vom 28. Oktober 1951, S. 3.

33 Vgl. Rudi Grützner/Luise Zentner/Traudel Pitsch, Was lehren uns die Berichte über Kaderentwicklung?, in: Neuer Weg, (1954) 11, S. 34 ff.

34 Vgl. G. H. Hodos (Anm. 8), S. 126 ff.

35 Vgl. Louis Rapoport, Hammer, Sichel, Davidstern. Judenverfolgung in der Sowjetunion, Berlin 1992, S. 119 ff.

36 Vgl. G. H. Hodos (Anm. 8), S. 113, 166, 232.

37 Vgl. Helmut Eschwege, Fremd unter meinesgleichen. Erinnerungen eines Dresdner Juden, Berlin 1991, S. 68 ff.

38 Vgl. W. Kießling (Anm. 16), S. 163 ff. sowie Jeffrey Herf, Antisemitismus in der SED. Geheime Dokumente zum Fall Paul Merker aus SED- und MfS-Archiven, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 42 (1994) 4, S. 635 ff.

39 Vgl. W. Kießling (Anm. 16), S. 337.

## **Peter Gosztony: Der Volksaufstand in Ungarn 1956. Eine Nation wehrt sich gegen die sowjetische Diktatur**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37–38/96, S. 3–14

Der Volksaufstand in Ungarn 1956 war im sowjetischen Machtbereich die erste umfassende politische, militärische und gesellschaftliche Erhebung, die sich nicht nur auf einzelne Städte, sondern auf das ganze Land ausdehnte. Innerhalb von 48 Stunden hörte die „volksdemokratische“ Ordnung in Ungarn auf, und dies (ausgenommen Budapest) mit wenig Blutvergießen. Seit dem denkwürdigen 20. Parteitag der KPdSU in Moskau, als Chruschtschow seine Geheimrede über Stalins Terrorherrschaft gehalten hatte und diese verdammt, garte es in Ungarn.

Im Herbst 1956 spitzte sich die internationale politische Lage zu. In Warschau kam es zu einer Krisensituation, im Nahen Osten drohte die Inbesitznahme des Suez-Kanals durch Präsident Nasser, den Verbündeten Moskaus, in einen Krieg auszuarten. Aus Ungarn erreichten den KGB nur alarmierende Nachrichten. Die Sowjets mußten handeln. Ihre Vorstellung, die Lage in Ungarn durch militärische Machtdemonstration zu meistern, schlug fehl. Rasch steigerten sich die Demonstrationen gegen die sowjetische Vorherrschaft zu einem Volksaufstand und schließlich zu einem Freiheitskampf. Dem neuen Premier-Imre Nagy gelang es zunächst, die Lage durch Zugeständnisse zu beruhigen. Die ungarische Bevölkerung glaubte schon, gewonnen zu haben. Außenpolitische Faktoren bereiteten aber sehr bald schon dem fast greifbaren Sieg ein Ende: Der am 29. Oktober 1956 ausgebrochene Nahost-Krieg sowie das politische Desinteresse der USA an Ungarn ließen im sowjetischen Politbüro die „Falken“ handeln. Am 4. November 1956 begann unter Marschall Konjew die militärische Überrumpelung der bis dahin von den Sowjets anerkannten Regierung Nagy. Gleichzeitig ließ Chruschtschow eine neue, prosowjetische Marionetten-Regierung unter János Kádár als Stadthalter sowjetischer Interessen in Ungarn einsetzen. Mitte November 1956 war der militärische Widerstand der Magyaren gebrochen; 16 sowjetische Divisionen kontrollierten das Land.

Eine neue politische Epoche nahm ihren Beginn: die Ära Kádár. Sie war in den ersten sechs Jahren durch Staatsterror gekennzeichnet, durch massive Verfolgungen der Aufständischen und entsprechend durch Massenflucht in den Westen. Dann kam die Zeit des „Gulaschkommunismus“, die Schritte der kleinen Freiheiten. Kádár proklamierte eine eigene Ideologie des Klassenkampfes. „Wer nicht gegen uns ist – ist mit uns!“ 1990 brach das Regime unblutig zusammen. Im Juni 1991 verließen die letzten Sowjetsoldaten Ungarn. Ein historischer Abschnitt – mit nicht wenig Blut und Leid verbunden – fand damit sein Ende.

## **Markus Wehner: Stalinistischer Terror. Genese und Praxis der kommunistischen Gewalt-herrschaft in der Sowjetunion 1917–1953**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37–38/96, S. 15–28

Der kommunistisch-stalinistische Terror vernichtete in den Jahren von 1917 bis 1953 viele Millionen Menschen. Erst nach dem Untergang des Sowjetkommunismus kann er in seinem ganzen Ausmaß beschrieben werden. Seine Wurzeln reichen zurück in die Phase von russischer Revolution und Bürgerkrieg. Die Bolschewiki setzten seit 1917 Terror gegen „Klassenfeinde“ ein, wofür ihnen die marxistische Ideologie als Rechtfertigung diente. Die Erfahrungen des Bürgerkriegs bewirkten eine Fixierung auf gewaltsame Methoden, von denen man sich auch in den zwanziger Jahren nicht löste. 1921/22 verhungerten Millionen Menschen als Folge der verfehlten bolschewistischen Agrarpolitik. Mit Stalins „Revolution von oben“ wurden ab 1930 wiederum terroristische Maßnahmen gegen Millionen Bauern angewandt. Hunderttausende kamen ums Leben. Zugleich entschloß sich die Parteiführung, das Lagersystem unter Leitung des Geheimdienstes auszubauen und Häftlinge in großem Ausmaß durch Zwangsarbeit auszubeuten. Die größte Opferzahl von sechs bis sieben Millionen Toten kostete 1932/33 eine weitere Hungerkatastrophe, die von der kommunistischen Führung verschuldet war.

Nach einer relativen innenpolitischen Entspannung 1934 schlug Stalin Mitte 1936 erneut einen terroristischen Kurs ein. 1937/38 wurden im „Großen Terror“ mindestens 1,4 Millionen Menschen verhaftet und über 680 000 erschossen. Stark betroffen waren die politischen Eliten – unter ihnen vor allem Exilkommunisten –, aber auch breite Schichten der Bevölkerung. Eine besonders verfolgte Gruppe stellten die nationalen Minderheiten dar, deren Herkunftsländer im „kapitalistischen Ausland“ lagen. Ethnische Minoritäten waren auch Opfer der Deportationen der vierziger Jahre, bei denen etwa drei Millionen Personen zwangsumgesiedelt wurden. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Hunderttausende sowjetische Kriegsgefangene und „Ostarbeiter“, die bereits unter dem nationalsozialistischen Terror gelitten hatten, in stalinistische Lager eingewiesen. Ab 1948 kam es erneut zu verschiedenen „Säuberungskampagnen“, die jedoch weniger blutig als der Terror der dreißiger Jahre abliefen. Sie trugen zum Teil antisemitischen Charakter.

Für die Inszenierung der Terrorkampagnen war Stalin in hohem Maße persönlich verantwortlich. Erst nach seinem Tod wurde der Massenterror nicht mehr als Mittel der Politik in der Sowjetunion eingesetzt. Terror allein kann jedoch nicht erklären, warum sich das stalinistische Regime so lange an der Macht hielt. Unterstützung durch entscheidende Gruppen der Bevölkerung und Identifizierung mit dem Sowjetsystem waren dafür unabdingbar. Dennoch kommt dem Terror eine so große Bedeutung zu, daß er ein konstitutives Element einer Sozialgeschichte des Stalinismus sein muß. Der stalinistische Terror sparte keine Bevölkerungsgruppe aus. In diesem Sinne war er die eigentliche totalitäre Diktatur des 20. Jahrhunderts.

### **Jan Foitzik: Sowjetische Hegemonie und Kommunismus in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37–38/96, S. 29–37

Im Zuge der militärischen Niederwerfung des deutschen Totalitarismus wurden in Osteuropa Regierungen eingesetzt, in denen durch die sowjetische Staatsmacht mit allen Mitteln protegierte nationale kommunistische Parteien die politische Hegemonie errangen. Die gleichzeitig stattfindenden weitreichenden ökonomischen, politischen und sozialen Umstrukturierungen waren in hohem Maße unmittelbare Folgen des Krieges unter den gegebenen machtpolitischen Bedingungen.

Seit 1947 wurde in Ostmitteleuropa ein beschleunigter Prozeß der Disziplinierung und Institutionalisierung der kommunistischen Parteien als totalitäres Herrschaftsinstrument in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft eingeleitet, der sich an Mustern orientierte, die in der Sowjetunion Stalins entwickelt wurden. Dieser als „Sowjetisierung“ bezeichnete Vorgang vereinheitlichte zwar zentrale Herrschaftsfunktionen in allen im sowjetischen Einflußbereich liegenden Staaten, doch – von der unstrittigen Sicherung der machtpolitischen Prädominanz der UdSSR abgesehen – waren seine Resultate keineswegs einheitlich. Durch die Überbetonung gemeinsamer Faktoren sowjetischer Hegemonie im ostmitteleuropäischen Raum vernachlässigt die Geschichtsschreibung noch weitgehend autochthone geschichtswirksame Faktoren.

### **Ulrich Mählert: Schauprozesse und Parteisäuberungen in Osteuropa nach 1945**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37–38/96, S. 38–46

Innerparteiliche Säuberungen und politische Schauprozesse zählten zu den zentralen Terror- und Herrschaftsinstrumenten in den kommunistischen Diktaturen der Vor- und Nachkriegszeit. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten diese Maßnahmen sowohl außenpolitische wie innenpolitische Dimensionen. Stalin bediente sich dieser Instrumente, um die „Sowjetisierung“ Osteuropas voranzutreiben. Innenpolitisch beschleunigten die Schauprozesse und Parteisäuberungen den Transformationsprozeß der heterogenen Arbeiterparteien der Nachkriegszeit zu totalitären kommunistischen „Parteien Neuen Typs“. Im Verlauf dieses äußerst gewaltsamen Transformationsprozesses liquidierten die aus dem Moskauer Exil zurückgekehrten kommunistischen Parteiführer konkurrierende Gruppen innerhalb des Parteiapparates. In bezug auf die Mitgliedschaft der Parteien hatten die Säuberungen vier wesentliche Funktionen zu erfüllen: Parteireinigung, Kaderentwicklung, Mitgliedererziehung und Mitgliedermobilisierung. Auf diese Weise sollten die – zumeist ideologisch verursachten – Funktionsdefizite in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft der frühen „Volksdemokratien“ überwunden werden. Die „Hexenjagd“ riß Anfang der fünfziger Jahre immer weitere Kreise der Partei in ihren Strudel. Erst mit Stalins Tod, im Frühjahr 1953, ebte dieser Prozeß der Selbstzerstörung ab.